Die Stellung Hamburgs zum inneren Konflikt in Preußen 1862—1866

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Hohen Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock
vorgelegt von

Karl Heinz Holst
aus Wismar i. M.

Wismar
Buch- und Kunstdruckerei Albert Sander
1932

Die Stellung Hamburgs zum inneren Konflikt in Preußen 1862—1866.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät

der Universität Rostock

vorgelegt von

Karl Heinz Holst

aus Wismar i. M.

Wismar

Buch- und Kunstdruckerei Albert Sander

1932

Referent: Professor Dr. Schüßler

Tag der mündlichen Prüfung: 14. März 1932.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen lieben Eltern
in Dankbarkeit
gewidmet.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Literaturverzeichnis		I
Vorwort.		V
I. Teil:	Die Stellung zum inneren Konflikt bis zum Regierungsantritt Bismarcks	1
II. Teil:	Der Höhepunkt des Konflikts.	
	A. Die ersten Monate des Ministeriums Bismarck	18
	B. Die polnische Frage	31
	C. Verschärfung der inneren Gegensätze . . .	34
	D. Der Höhepunkt des Konflikts	40
	E. Der Fürstentag	51
	F. Fortsetzung der inneren Kämpfe	52
	G. Die schleswig-holsteinische Frage	60
III. Teil:	Die Lösung des Konflikts.	
	A. Die Übergangsjahre 1864 und 1865 . . .	63
	B. Die letzten Kämpfe	67

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552721_0107

Literaturverzeichnis.

Aegidi Das Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart. Bd. 2—11. Hamburg 1862—1866.

Baasch Geschichte Hamburgs 1814—1918 Bd. 1, 1814—1867. Gotha-Stuttgart 1924.

Geschichte des Hamburgischen Zeitungswesens von den Anfängen bis 1914. Hamburg 1930.

Bandmann Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864—1866. Leipzig 1910.

Bismarck Gedanken und Erinnerungen, 1898.

Gesammelte Werke Bd. 10, bearbeitet von Wilhelm Schüßler. 1924—1928.

Brandenburg Die Reichsgründung. 2 Bde. 1916.

Dehio Die Taktik der Opposition während des Konflikts. Hist. Ztschr. Bd. 140 S. 279—347.

Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktzeit. Hist. Ztsch.. Bd. 144 S. 31—42.

Die innere Politik der preußischen Regierung 1862—1866 Berlin 1866.

Friedjung Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—1866. 2 Bd. 5. Aufl. Berlin—Stuttgart 1901.

Herrmann Hamburg und das Hamburger Fremdenblatt. 1928.

Herrschel Die öffentliche Meinung in Hamburg in ihrer Haltung zu Bismarck. Diss. München. Hamburg 1916.

Heyderhoff Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung. Politische Briefe aus dem Nachlass liberaler Parteiführer. Bonn u. Leipzig 1925.

Kaufmann Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1912.

Kopal Aus dem Hamburg der 60er Jahre. Hamburg, 1893.

Lange, Karl Bismarck und die norddeutschen Kleinstaaten im Jahre 1866. Berlin 1930.

Lenz Geschichte Bismarcks. Leipzig 1902.

Marcks Otto v. Bismarck. Stuttgatt u. Berlin 1915.

v. Melle Das Hamburgische Staatsrecht. 1891.

Gustav Heinrich Kirchenpauer. Hamburg u. Leipzig 1888.

Nirrnheim Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck in der öffentlichen Meinung. Heidelberg 1908.

Oncken Lassalle, eine politische Biographie. Stuttgart und Berlin 1923.

Parisius Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. 1878.

Penzler Bismarck u. die Hamburger Nachrichten. Berlin 1907.

Salomon Geschichte des deutschen Zeitungswesens. 3. Bd. Oldenburg u. Leipzig 1906.

Schröder, H Lexikon der Hamburgischen Schriftsteller bis zur Gegenwart. 1851—1883.

Schüßler Bismarck, Leipzig 1925.

Bismarck und der Parlamentarismus. Langensalza 1928.

Schwemer Die Reaktion und die neue Aera. 3. Aufl. 1921. (Aus: Natur u. Geisteswelt No. 101).

Vom Bund zum Reich. 3. Aufl. 1920. (Aus: Natur u. Geisteswelt Nr. 820).

Spahn, M. Die Presse als Quelle der neusten Geschichte u. ihrer gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten. Internat. Wchschr. für Wissensch. Kunst u. Technik 1908, Nr. 37/38.

v. Treitschke Zehn Jahre deutscher Kämpfe, 1865—1874. Berlin 1874.

Wahl, A. Beitrage zur Geschichte der Konfliktszeit. Tübingen 1914.

Westphahl Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848—1918. München u. Berlin 1930.

Welt- u. Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München und Berlin 1919.

Wohlwill Die Hamburgischen Bürgermeister Kirchenpauer Petersen, Versmann; Hamburg 1905.

Wuttke Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Leipzig 1875.

Zechlin Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht. Stuttgart u. Berlin 1930.

Ziekursch Die Reichsgründung. Frankfurt a/M. 1925.

Gedruckte Quellen.

Hamburger Nachrichten 1862—1866.

Die Reform 1862—1866.

Der Freischütz 1862—1866.

Hamburgischer Unpartheiischer Correspondent 1862—1866.

Die Nessel 1864—1865.

Die Opposition. Ein „Blaubuch" für die öffentliche Meinung 1863 (Flugschrift).

Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft. 1862—1866.

Ungedruckte Quellen.

Aus dem Hamburgischen Staatsarchiv, Berichte des hanseatischen Gesandten in Berlin Dr. Geffcken an Syndikus Merck.

Vertrauliche Berichte des hanseatischen Gesandten in Berlin Dr. Geffcken an Syndikus Merck.

Berichte des hanseatischen Gesandten in Wien Dr. Heckscher an Syndikus Merck.

Berichte des hanseatischen Gesandten in Frankfurt Dr. Krüger an Syndikus Merck.

Berichte des hanseatischen Vertreters auf dem Fürstentag 1863 Dr. Haller.

Vertrauliche Korrespondenz des Syndikus Merck mit Dr. Geffcken.

Vertrauliche Berichte des Syndikus Merck an Dr. Heckscher.

Senatsprotokolle 1862—1866.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit verfolgt den Zweck, eine Darstellung zu geben, wie man in Hamburg den Verlauf des inneren Konflikts in Preußen 1862 bis 1866 verfolgte, wie man die Aussichten Bismarcks und der Kammern beurteilte und die national-deutsche Politik durch die innerpreußischen Wirren gefördert oder gehemmt sah. Die öffentliche Meinung in Hamburg stand völlig unter dem Einfluß der liberalen Presse, deren führende Organe „Reform", die „Hamburger Nachrichten" und der „Freischütz" waren. Die Auffassung Herrschels,[1] welche die „Nachrichten" zu den konservativ-aristokratischen Blättern zählt, ist für die Konfliktszeit abzulehnen. Die „Nachrichten" verteidigen alle Forderungen des preußischen Liberalismus und bilden mit „Reform" und „Freischütz" eine geschlossene oppositionelle Front gegen das Ministerium Bismarck. Das „Hamburger Fremdenblatt" hatte damals für die öffentliche Meinung noch wenig Bedeutung. Der „Hamburgische Unpartheiische Correspondent" war das Organ des konservativen Hamburgers. Bis zur schleswig-holsteinischen Frage, wo er für den Augustenburger eintrat, war er ein treuer Anhänger Bismarcks. Die Verbreitung von Broschüren war sehr gering. Man bedurfte deren nicht, da eine unbeschränkte Pressfreiheit den Zeitungen eine freie Meinungsäußerung gestattete. Zur Beurteilung der Stellung Hamburgs zum inneren Konflikt wurden ferner die Berichte der hanseatischen Gesandten in Berlin, Frankfurt und Wien herangezogen, von denen aber nur diejenigen des Berliner Residenten Dr. Geffcken von Bedeutung waren. Ein Bild von der allgemeinen Stimmung im damaligen Hamburg zu den innerpreußischen Kämpfen zu geben, ist das Ziel dieser Arbeit. Möchte ihr die Erreichung dieses Ziels beschieden sein.

1] Herrschel, a. a. O. S. 12 f.

I. Teil

Die Stellung zum inneren Konflikt bis zum Regierungsantritt Bismarcks.

Liberalismus — deutsche Einigung, zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind. Die nationale Idee war es, welche dem Liberalismus die innere Kraft gab, die Herzen des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert zu erobern. Er wurde zum Wegbereiter Bismarcks und schuf schließlich mit ihm, seinem erbittersten Gegner aus der Konfliktszeit, das deutsche Reich. Man wollte ein Vaterland aller Deutschen unter der Führung eines liberalen Preußen. Schon glaubte man in den 40er Jahren dieses heißersehnte Ziel zu erreichen. Aber Friedrich Wilhelm IV. lehnte die ihm vom liberalen Deutschland angetragene Kaiserkrone ab. Das war die erste Niederlage der nationalen Politik des deutschen Liberalismus. Aber auch ein zweiter Versuch blieb erfolglos. Am 7. Mai 1868 wurde der Antrag der Nationalliberalen im Zollparlament, dasselbe zum deutschen Vollparlament zu erheben, abgelehnt. Dagegen stimmten nicht nur die süddeutschen Partikularisten, sondern vor allem die preußischen Konservativen. Bismarck selber sprach sich aus internationalen Gründen dagegen aus. Für das deutsche Volk wäre es segensreich gewesen, wenn das Zollparlament dem Antrag der Nationalliberalen gefolgt wäre. Die preußischen Konservativen aber kannten nur ein preußisches Vaterland. So mußte auch dieser Versuch scheitern. Als dann der deutsch-französische Krieg tobte, war es wiederum der Liberalismus, welcher seine Führer Bennigsen, Lasker und Forkenbeck nach Süddeutschland schickte, um die süddeutschen Brüder für den Einheitsgedanken zu gewinnen. Man kann also mit Recht behaupten, daß der Liberalismus mit seiner nationalen Politik seine größte Leistung vollbracht hat.

Was war nun der Liberalismus seinem innersten Wesen nach? Er war eine Partei, eine Kampfgemeinschaft, welche mit aller Entschiedenheit für die Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat kämpfte. Man wollte den Einzelnen schützen gegen die Willkür herrschender Gewalten. In dem Absolutismus mußte der Liberalismus seinen größten Gegner erblicken; denn dieser war ohne Zweifel die entschiedenste Negation der persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen Staatsbürgers. Für den Liberalismus war der Staat eine Rechtsordnung, in dem absolutistischen Staat aber regierte die Willkür des Herrschers. Man forderte daher den Verfassungsstaat. Die Verfassung sollte die Macht des Herrschers beschränken, vor allem aber auch die Rechte des einzelnen Staatsbürgers wahren. Das Volk sollte teilhaben an der Verwaltung des Staates. Neben dem verfassungsmäßig beschränkten Königtum sollte ein Parlament stehen, welches den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen und seine Rechte vertreten sollte.

Der Liberalismus war die Partei des deutschen Bürgertums. Das geistige Deutschland schenkte ihm seine großen Führer, voran die Historiker Heinrich v. Sybel, Max Duncker und Theodor

Mommsen, ihnen zur Seite bedeutende Politiker wie Waldeck, Lasker, Simson, Twesten, Virchow und Gneist.

Fast schienen sich die Ideen des Liberalismus in den Revolutionsjahren 1848/49 zu verwirklichen, aber nur zu bald zeigte sich, daß das Bürgertum noch nicht reif genug war, um der wiederkehrenden Reaktion Trotz zu bieten. Der Absolutismus hielt wieder seinen Einzug, und in Preußen herrschte fortan das reaktionäre Regiment des Ministeriums Manteuffel. Wie verheißungsvoll mußte daher die Regentschaft des Prinzen von Preußen und die damit verbundene neue Aera 1858 aufgenommen werden. Dieser Systemwechsel in Preußen mußte in dem deutschen Liberalismus einen freudigen Widerhall finden. Aufs neue durfte man wieder hoffen, daß die nationalen Wünsche des deutschen Volkes nun erfüllt würden. Das reaktionäre System Manteuffel war beseitigt, und liberale Minister waren in die Regierung eingetreten. Freudig folgte man dem Novemberprogramm des Prinzregenten, welches die Erfüllung der liberalen Wünsche zu verkünden schien. Preußen würde ein liberaler Verfassungsstaat werden, und es werde ihm dann auch ein leichtes sein, mit „moralischen Eroberungen" die deutsche Einigung herbeizuführen. Als sich dann aber zeigte, daß der Prinzregent und spätere König Wilhelm sich allmählich immer mehr von seinen liberalen Plänen entfernte und wieder dem reaktionären System zusteuerte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die deutsche Fortschrittspartei wurde 1861 gegründet und man ging zum offenen Kampf gegen die reaktionären Staatsgewalten über, was schließlich den langjährigen inneren Konflikt herbeiführte.

Der Liberalismus hatte auch in Hamburg seinen Einzug gehalten. Die öffentliche Meinung stand völlig unter seinem Einfluß. Mit aller Schärfe führte man seit 1848 den Kampf gegen das selbstherrliche Regiment des Senates und gegen die Erbgesessene Bürgerschaft. Man wollte eine liberale Verfassung und eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Bürgerschaft. Mußte man auch manche Niederlage hinnehmen, so gab man den Kampf doch keinen Augenblick auf. Die neue Aera in Preußen war es, welche den langjährigen Hamburger Verfassungskampf schließlich zu Gunsten des Liberalismus entschied.[1] Die liberal-demokratische Partei erfocht bei den ersten Wahlen[2] zur Bürgerschaft einen entscheidenden Sieg. Die Konservativen, welche in der alten Erbgesessenen Bürgerschaft die meisten Sitze hatten, waren nur schwach vertreten. Das neue Wahlrecht erstreckte sich aber nicht auf alle Teile der Bevölkerung. Da es an die Steuerzahlung gebunden war, wurden die niederen Schichten ausgeschlossen.[3] Wie in Preußen so wurde also auch in Hamburg die Volksvertretung fortan von dem liberalen Bürgertum beherrscht. Man hatte auch in der hanseatischen Handelsrepublik mit dem reaktionären System aufgeräumt. Der große Erfolg des liberal-demokratischen Elements bei den Wahlen gibt ein klares Bild von der damaligen Einstellung der Hamburgischen Bevölkerung. Die neue preußische Politik mußte daher großen Anklang finden. Es war aber nicht nur die Freude über den zu erwartenden Siegeszug der liberalen Ideen über ganz Deutschland, ein zweites Moment kam hinzu. Warum konnten nun erst die Verfassungskämpfe im eigenen

1] Baasch, Gesch. Hamburgs. S. 162 ff.
2] „ „ „ S. 166 ff.
„ „ „ S. 172

Staat beendet werden? Das Ministerium Manteuffel war es gewesen, welches die Hamburgischen Konservativen in ihrem Widerstand gegen die neue Verfassung unterstützt hatte.[1] Friedrich Wilhelm IV. und seine reaktionären Diener waren mit lebhaftem Protest am Bundestag (1851) gegen die neue Hamburgische Verfassung aufgetreten. Doppelte Freude brachte daher die neue Aera den Hamburgern. Um so schärfer mußte dann später die Abneigung gegen dieselbe hervortreten, als man erkannte, daß Preußen allmählich wieder in die Bahnen des reaktionären Systems einlenkte. Die Entlassung des Kriegsministers von Bonin (1859), der die neuen Heeresforderungen des Prinzregenten nicht vertreten wollte, und die Berufung des als reaktionär berüchtigten Albrecht von Roon zum Kriegsminister mußten den Eindruck erwecken, daß das liberale Programm des Prinzen Wilhelm doch nur sekundäre Bedeutung hatte. Gerade eine Reform der Wehrmacht, wie der Prinzregent sie forderte, war in den Augen der Hamburgischen Liberalen eine deutliche Hinwendung zum Absolutismus. Ein starkes Heer mußte immer die stärkste Stütze der Regierung gegen alle Forderungen und Wünsche des Volkes sein. Es war die beste Polizeitruppe, mit welcher die auf dem Wege der Verwirklichung sich befindenden Ideen des Liberalismus wieder unterdrückt werden konnten. Das Weiterbestehen der preußischen Landwehr, welche vornehmlich von der Neugestalung des Heeres betroffen wurde, wurde daher eindringlich gefordert. Wie wichtig für die Sache des Volkes die Existenz eines Volksheeres war, hatte die Entwicklung des Hamburgischen Verfassungskampfes gezeigt, wo der Senat machtlos war gegen die Forderungen der Bevölkerung, weil er sich nicht auf das Bürgermilitär verlassen konnte.[2] Hätte er eine zuverlässige Truppe zur Verfügung gehabt, so wäre der Verfassungskampf zweifellos schon lange im konservativen Sinn entschieden worden. Aber gerade weil das Militär von den Bürgern der Stadt gebildet wurde, war er schließlich gezwungen, den Wünschen der Bevölkerung nachzugeben; dadurch war überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, den Liberalismus in Hamburg zum Siege zu verhelfen. Konnte nicht eine wiederkehrende Reaktion in Preußen auch eine Rückwirkung auf Hamburg haben und die konservativen Kreise ermutigen, erneut mit preußischer Unterstützung den Kampf für die alte Verfassung aufzunehmen. Jeder Versuch, wieder in reaktionäre Bahnen einzulenken, mußte daher bekämpft werden. So ist es begreiflich, wenn die liberale Presse ihre Stimme gegen die Heeresreform erhob. Entschlossen stellte man sich an die Seite der neugegründeten preußischen Fortschrittspartei; sie im Kampfe um die Interessen des preußischen Volkes zu unterstützen, war den liberalen Zeitungen eine heilige Pflicht. Nicht nur warf sich die „Reform", das damals meist gelesene Blatt in Hamburg,[3] zum Vorkämpfer für das preußische Volk auf, sondern auch der radikale „Freischütz" und die gemäßigteren „Hamburger Nachrichten" stellten sich auf die Seite der Fortschrittspartei. Bewußt kämpfte man für das preußische Bürgertum, wenn man zum Kampf für das preußische Volk aufrief. Seine Vertreter mußten die Entscheidung herbeiführen und das Recht durch energische Opposition im Landtag gegen die anstürmenden Gefahren der

1] Baasch, Gesch. Hamburgs. S. 142 ff.
2] „ a. a. O. S. 110 u. S. 167
3] „ Gesch. d. hamb. Zeitungswesen S. 88

Reaktion verteidigen. Wenn man dann später seine Freude über den Sieg des preußischen Volkes bei den Wahlkämpfen Ausdruck gab, so feierte man eben darin die Erfolge des preußischen liberalen Bürgertums. Indem die Hamburgische liberale Presse ihre Stimme gegen die reaktionären und absolutistischen Forderungen des preußischen Ministeriums und seines Königs erhob, verfocht sie vor allem eine nationale Idee. Mit dem Kampf gegen den Absolutismus kämpfte man für die deutsche Einigung. Mit dem Staate Friedrichs des Großen sollte die deutsche Frage gelöst werden, aber ein absolutistisches Preußen mußte alle nationalen Hoffnungen zunichte machen. Dieser Gedanke beherrschte alle liberalen Blätter in Hamburg.

Je radikaler die Opposition im Abgeordnetenhaus wurde, umso lauter war der Beifall des Hamburgischen Liberalismus. Der „Freischütz" ging in seinem Haß gegen Bismarck sogar so weit, daß er bei Besprechung der Polenfrage 1863 seine nationale Idee völlig in den Hintergrund stellte und den Wunsch aussprach, Bismarck möchte durch die Westmächte gedemütigt werden. (s.S. 36

Einen Bundesgenossen fand die liberale Presse in Dr. Geffcken, dem hanseatischen Ministerresidenten in Berlin. Er war durchdrungen von den liberalen Ideen und mit Eifer verteidigte er die berechtigte Opposition der Fortschrittspartei. Sein fester Wille zum Recht ließ ihn nicht ruhen, immer wieder die Verfassungswidrigkeit der Maßnahmen der preußischen Regierung und Bismarcks aufs schärfste zu betonen. Als dann aber die Fortschrittspartei sich mehr und mehr zum Radikalismus hinwandte und nur noch negative Politik trieb, lediglich zu dem Zweck, um Bismarck zu stürzen, trennte er sich von ihr und damit auch von der Hamburgischen liberalen Presse. Mochte er ein noch so großer Gegner Bismarcks sein, der dessen Sturz freudig begrüßt hätte, so verlangte er doch von der preußischen Volksvertretung bei aller Oppsition eine positive Politik, wenn die Möglichkeit dazu gegeben war. Auch er wollte die Lösung der deutschen Frage durch Preußen herbeiführen. Hier ging er wieder mit den Hamburgischen liberalen Blättern zusammen. Auch er war fest davon überzeugt, daß nur ein liberal regiertes Preußen die berechtigten Wünsche des deutschen Volkes auf eine nationale Einigung zu erfüllen imstande sei.

Der „Hamburgische Unpartheiische Correspondent" war der treue Gefolgsmann der preußischen Regierung. Er war der Vertreter der konservativen Richtung, dessen Einfluß auf die öffentliche Meinung nach dem überwältigenden Sieg des Liberalismus in Hamburg fast völlig geschwunden war. Die öffentliche Meinung wurde während der Jahre der Konfliktszeit fast ausschließlich von der liberalen Presse beherrscht. Die Art, wie der Correspondent für die preußische Regierung eintrat, mußte ihn als reaktionär erscheinen lassen, und der große Leserkreis der liberalen Blätter zeigt, wie sehr man gerade ihnen Gehör schenkte. Mit dem Protest gegen die Heeresreform agitierte man zugleich gegen die feudalen und konservativen Kreise, welche man für jedes Mißlingen von volkstümlichen Reformversuchen verantwortlich machte. Vor allem wurde das Herrenhaus angegriffen,

in welchem man das größte Hindernis für den Liberalismus erblickte. Die H. N. (Hamburger Nachrichten) sehen in dem immer noch herrschenden feudalen Einfluß am preußischen Hof die unbegreiflichste Erscheinung der Gegenwart[1] und nach Ansicht der R. (Reform) gehören Leute wie der linksradikale Waldeck in die Umgebung des preußischen Königs.[2]

So war die Stimmung schon sehr gespannt, als am 14. Januar 1862 der neue preußische Landtag eröffnet wurde. Die Militärfrage wurde allgemein als der Angelpunkt der bevorstehenden Session bezeichnet. Geffcken[3] berichtet von der schwierigen Lage, in welcher sich Regierung und Volksvertretung befänden. Er hält eine Durchführung der Armeereform mit diesem Abgeordnetenhaus[4] für höchst zweifelhaft, wenn die Regierung sich nicht bereit finden würde, Konzessionen zu machen. Diese können nach seiner Ansicht nur in der wirklichen Durchführung solcher organischer Gesetze[5] liegen, welche die Macht der feudalen Partei brechen. Auch er sieht in dem Herrenhaus das größte Hindernis einer Verständigung zwischen Krone und Volk; dieses wünsche gerade den Konflikt zwischen König und Abgeordnetenhaus herbei, um das Ministerium, welches zum Teil mit liberalen Männern besetzt war, zu stürzen und ein homogen reaktionäres an seine Stelle zu setzen. Es werde daher weniger denn je geneigt sein,nachzugeben und alle Reformvorschläge des Abgeordnetenhauses würden an ihm scheitern.

Die nächsten Wochen schon sollten die Bestätigung seiner Vermutung bringen. Die Thronrede[6] hatte deutlich gezeigt, daß in der Militärfrage von höchster Stelle kein Entgegenkommen zu erwarten war und Geffcken erkannte durchaus richtig, das mea res agitur, welches aus der starken Hervorhebung derselben sprach.

Wie verhielt sich nun die Hamburgische Presse? Während der C. (Correspondent)[7] die nationale Bedeutung der Heeresreform würdigte, sprachen die liberalen Blätter sich mit Entschiedenheit gegen dieselbe aus. Lange Leitartikel werden den innerpreußischen Fragen gewidmet. Eine heftige Sprache wird gegen die preußische Regierung geführt. Die N. nehmen in ihrer Kritik über die Thronrede Gelegenheit, aufs neue gegen das Herrenhaus wie überhaupt gegen den feudalen Einfluß zu Felde zu ziehen.[8] Sie fordern dringend eine Umgestaltung des Herrenhauses, nur so sei die Möglichkeit gegeben, den drohenden Konflikt zwischen Krone und Volksvertretung abzuwenden. Sie zweifeln nicht, daß der König mit seiner volkstümlichen Gesetzgebung alle Widerstände des Abgeordnetenhauses gegen seine Pläne überwinden würde. Daran war aber nicht zu denken. Der König konnte sich nicht von der Partei lossagen, deren Unterstützung er sicher war; denn es stand außer allem Zweifel, daß die Fortschrittspartei in der Heeresreform der von dem König geplanten Ausschaltung der Landwehr nie zustimmen würde. Der Kampf der liberalen Presse gegen die Heeresreform wurde mehr und mehr zu einem prinzipiellen Kampf gegen die preußische Regierung und deren Politik, ja, er wurde zum Klassenkampf des Bürgertums gegen den Feudalismus. Selbst die liberalen Minister blieben von Angriffen nicht verschont. Die Reform bezeichnet sie

1] 4. 1. 1862 2] 13. 1. 1862 3] 7. 1. 1862 4] Die neugegründete Fortschr.-P. hatte b. d. letzten Wahlen [Herbst 1861] einen gewaltigen Sieg errungen

als Männer ohne feste Überzeugung.[1] 1858 hätten sie als Abgeordnete im Kampf gegen des Ministerium Manteuffel große Ersparungen am Militärbudget gefordert, heute wollten sie selber noch mehr Budgeterhöhungen.

Je weiter die Verhandlungen des Landtages fortschritten, um so schärfer wurde die Polemik. Geffcken[2] übt eine harte Kritik an dem Verhalten der Regierung. Er billigt durchaus die Haltung des Abgeordnetenhauses gegen die Neugestaltung der Armee; denn ohne ein politisches Aequivalent könne dasselbe nicht nachgeben. Er glaubt sogar in den vorgelegten Gesetzentwürfen (Oberrechnungskammer und Ministerverantwortlichkeitsgesetz) die Tendenz der Regierung zu erkennen, es der Volksvertretung schwer zu machen, die Hand zur Verständigung zu bieten. Eine Ministeranklage werde nach der gegenwärtigen Vorlage geradezu unmöglich gemacht, da Herren- und Abgeordnetenhaus sie gemeinsam beschlossen haben müßten. Es war klar, daß diese beiden sich nie einigen würden. Die Vorlage über die Oberrechnungskammer wird ebenfalls von ihm abgelehnt. Sie ändere nichts an dem bloß revidierenden Charakter der Oberrechnungskammer in Potsdam und stelle außerdem erhebliche Beschränkungen für die Prüfung der Ausgaben auf, worauf die Volksvertretung gerade den größten Wert legen mußte.

Während der Berliner Resident die Bedeutungslosigkeit dieser Vorlagen für die Rechte des Volkes erkannte, sah das führende Hamburgische Blatt, die „Reform", in denselben ein Zeichen, daß es dem König und der Regierung doch ernst sei mit dem freisinnigen Ausbau der Verfassung. Diese Ansicht vertrat sie jedoch nicht lange, denn schon wenige Wochen später schloß sie sich dem Urteil Geffckens an. Der C. trat eifrig für die Regierung ein, ihm konnten diese Vorlagen schon recht sein. Waren sie doch das beste Mittel für seine preußischen Gesinnungsgenossen im Herrenhause, alle Anklagen der liberalen Opposition des Landtages gegen die Regierung durch ein Veto zu unterbinden. Mit Recht weist Geffcken darauf hin, daß es daher den Abgeordneten unmöglich sei, diese Vorlagen anzunehmen.

Die Beratungen der Kammer zeigten immer deutlicher, daß sich Abgeordnetenhaus und Regierung mehr und mehr von einander entfernten. Die liberalen Zeitungen traten um so entschlossener für die Sache des preußischen Volkes ein, nicht nur in der Militärfrage, sondern auch in der kurhessischen und in der deutschen Frage vertraten sie den Standpunkt der Opposition.

Trotz dieser ablehnenden Haltung der liberalen Presse gegen das preußische Ministerium war man aber doch nicht antipreußisch eingestellt, im Gegenteil, die Lösung der deutschen Frage, für die man eifrig eintrat, wollte man *mit Preußen gegen Österreich* herbeiführen.[3] Man hatte eine hohe Meinung von dem preußischen Abgeordnetenhaus. Dasselbe vertrete nicht nur die Interessen des preußischen Volkes, sondern die Bedürfnisse des deutschen Volkes überhaupt. Es habe die hohe Aufgabe, das im Herzen der deutschen Nation lebende Recht auf seine nationale Einheit zur Geltung zu bringen. Auch aus diesem Grunde mußte es gegen die antiliberalen Pläne der Regierung unterstützt werden. Die Macht des Feudalismus mußte beseitigt werden, wenn

1] 1. 2. 1862
2] 30. 1. 1862
3] 15. 2. 1862. „Reform„ 30. 1. 1862. „Nachrichten"

man daran denken wollte, eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zu erzielen. Diese Ansicht teilten alle liberalen Blätter, von den gemäßigteren „Nachrichten" bis zum radikalen „Freischütz".

War die Agitation gegen die Heeresreform wie überhaupt gegen das preußische Ministerium schon sehr lebhaft geworden, so wurde dieselbe durch die Annahme des Hagen'schen Antrages und durch die darauffolgende Auflösung des Landtages noch erheblich verstärkt.

Der Abgeordnete Hagen hatte am 6. März einen Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht, welcher die Spezialisierung der Titel des Staatshaushalts forderte. Dieser Antrag stand im engen Zusammenhang mit der Vorlage der Regierung bezgl. der Oberrechnungskammer, welche, was Geffcken bereits betont hatte, dem Abgeordnetenhaus eine genaue Prüfung der Ausgaben nicht gestattete. Vor allem aber war er gegen den Kriegs- und gegen den Handelsminister gerichtet, welche immer Fondsübertragungen in ihren Departements vollzogen. Man wollte hiermit hauptsächlich verhindern, daß nicht mit Hilfe des Etats des Handelsministeriums Ausgaben für das Heer gemacht wurden, welche über das von der Kammer bewilligte Militärbudget hinausgingen. Obgleich der Finanzminister sich nicht prinzipiell dagegen ausgesprochen und nur gebeten hatte, diese Angelegenheit bis zum nächsten Jahr zu vertagen, wurde der Antrag dennoch abgestimmt und angenommen. Dies veranlaßte das Ministerium, um seine Entlassung zu bitten, welche der König aber zunächst ablehnte und statt dessen das Abgeordnetenhaus auflöste. Die liberalen Minister forderten ein festes Programm, welches der Volksvertretung entgegenkommen sollte. Auf Drängen Roons lehnte der König dieses jedoch ab und entließ so am 17. März die Minister von Auerswald, Graf Schwerin, Bernuth, Patow und Pückler, — v. Bethmann-Hollweg war schon am 10. März zurückgetreten, — und berief die als Reaktionäre bekannten Graf Lippe, von Jagow, v. Itzenplitz und v. Mühler. Um das Ministerium vollends homogen zu machen, hatte er bereits wenige Tage vorher den Prinzen von Hohenlohe, den Präsidenten des Herrenhauses, der ebenfalls wegen seiner äußerst reaktionären Einstellung berüchtigt war, zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt.

Während die liberalen Zeitungen in der Annahme des Hagenschen Antrages eine klare Niederlage der Regierung erblickten, bemühte man sich im konservativen Lager, diese zu dementieren, und der C.[2] warnt, den „cursierenden Gerüchten" nicht allzuviel Gehör zu schenken. Die gegenwärtige Lage der Dinge dürfe nicht andauern und an einen weiteren „Marsch nach links oder ins Blaue" könne nicht gedacht werden. R. und F. (Reform und Freischütz) andererseits ist die Opposition noch lange nicht entschieden genug. Sie fordern die Bildung einer fortschrittlichen Regierung. Nur auf diese Weise werde der gegenwärtige Streit beigelegt werden können. Die preußischen Volksvertreter werden unablässig angefeuert, nicht zu weichen und dem jetzigen Ministerium nicht entgegenzukommen.

Völlig überraschend kam den Hamburger Liberalen die Auflösung des Landtages. Man hatte mit einem Regierungswechsel

1) A. Wahl a. a. O. S. 3 ff.
2) 12. 3. 1862.

gerechnet, statt dessen wurde die Auflösung des Abgeordnetenhauses verfügt. Geffcken [1] ist der Meinung, daß der König und die konservativen Minister die Auflösung des Landtages von Anfang an gewollt und nur auf eine geeignete Gelegenheit dazu gewartet hätten. Die Auflösung könne aber nur dann für die Regierung von Wert sein, wenn sie von den Neuwahlen eine verbesserte Stellung erwarten dürfe. Ein solches Ergebnis der Wahlen hält er aber nur dann für möglich, wenn die Regierung bereit sei, dem Volke Garantien zu bieten, daß die wichtigen Gesetze im Herrenhaus fernerhin nicht scheitern würden. Da aber der konservative Teil des Ministeriums dem nie zustimmen werde, so könne aus den Neuwahlen nur das ungünstigste Ergebnis für die Regierung folgen und die ministerielle Partei werde ganz zusammenschrumpfen. [2]

Diese Auffassung war allgemein, auch der C. [3] scheint nichts Gutes von den Neuwahlen zu erwarten, wenn er den Wunsch ausspricht, die Regierung möge mit gesetzlichen Mitteln dem Treiben der Opposition bei den Wahlen entgegentreten, denn von diesen werde die Zukunft des Verfassungslebens abhängen.

Die liberalen Blätter überbieten sich gegenseitig in der Agitation für die preußische Volksvertretung. Man wollte es der Bevölkerung förmlich einhämmern, daß nur mit einer noch oppositionelleren Kammer die Rechte des Volkes zu wahren seien. Die „Hamburger Nachrichten“ [4] fordern von allen liberalen Parteien Bekämpfung der feudalen und ministeriellen Kandidaten. Die Reform [5] bringt eine „Geharnischte Sonette an das preußische Volk“:

Bereitet Euch, die neue Schlacht zu schlagen,
Laßt alle Kräfte sich aufs neu vereinen.
Sie hoffen ja auf die, die gut es meinen
Und wollen jetzt das ganze Volk befragen.

So müßt ihr denn die volle Wahrheit sagen
Mit einem Wort: So sind wir gleich im Reinen.
Ein jeder stelle rasch sich zu den Seinen.
Der Sieg ist unser, wenn den Kampf wir wagen.

Wählt Männer, die ins Aug' dem Fürsten schauen
Und von ihm fordern Eure heilgen Rechte
Mit scharfen Worten, nicht mit schwächlich lauen.

Werft endlich fort das blinde Volksvertrauen:
Wer Untertanen will, der will auch Knechte,
Ihr aber sollt den Staat als Bürger bauen.

Während die Konservativen auf eine Proklamation des Königs für die Wahlen große Hoffnungen setzen, da das Königswort in Preußen „immer noch guten Klang“ habe, [6] prophezeien die Fortschrittler genau das Gegenteil. Für sie hat ein Königswort seinen Zauber in Preußen verloren; dasselbe werde ungehört im preußischen Volke verhallen.

Da an die Berufung eines liberalen Ministeriums für die nächste Zeit nicht zu denken war, wünschen die N. [7] sogar ein homogen-reaktionäres Ministerium herbei. Sie sind davon über-

1) 8. 3. 1862. 2) 12. 3. 1862. 3) 14. 3. 1862. 4) 21. 3. 1862.
5) 19. 3. 1862. 6) 14. 3. 1862. C. 7) 14. 3. 1862.

zeugt, daß ein solches sich nicht lange halten und sein schließlicher Sturz den endgültigen Sieg des Liberalismus um so schneller bringen werde. Fast schien es, als sollte ihre Prophezeiung in Erfüllung gehen; denn schon im September desselben Jahres war die eben ernannte konservative Regierung bereits am Ende ihrer Kraft. Da kam Bismarck, der alle Prophezeiungen zunichte machte.

In der Berufung des Prinzen Hohenlohe glaubte man schon die künftige Haltung des Ministeriums erkennen zu können. Die anfänglichen Hoffnungen auf eine Vergrößerung des Herrenhauses, die sich erst kurz vorher verbreitet hatten, wurden damit endgültig wieder aufgegeben. Vergeblich bemüht sich der C., den rein formellen Charakter dieser Ernennung, welche nur während der augenblicklichen Krankheit des Fürsten von Hohenzollern [1] ein Interim auszufüllen bezwecke, zu beweisen. Das Mißtrauen in der Bevölkerung war zu groß; den Worten der „Reform", des „Freischütz" und der „Nachrichten" schenkte man mehr Vertrauen. Geffcken betrachtet mit dem Eintritt des Fürsten v. Hohenlohe alle Reformforderungen als erledigt und sieht darin, daß die liberalen Minister diese Ernennung erst durch den Staatsanzeiger erfahren haben, den deutlichen Wink an diese, ihre Entlassung einzureichen. Wenige Tage später erfolgte dann auch der Rücktritt der liberalen Minister, und der König ergänzte das Ministerium durch fünf konservative Mitglieder. Geffcken sagt dieser neuen Regierung nur eine kurze Existenz voraus, er betrachtet sie nur als ein Übergangsministerium. Wenn die Minister und mit ihnen die offiziöse „Sternzeitung" noch soviel versichern würden, daß der freisinnige Ausbau der Verfassung nicht aufgegeben werde, so bleibe doch immer die Kreuzzeitungspartei und damit die Majorität des Herrenhauses die einzige Stütze für die Regierung; aber gerade dieser Umstand werde die Oppositon um so enger zusammenschließen, dem die Regierung schließlich nicht werde widerstehen können. Die Ereignisse der kommenden Monate brachten in der Tat die Bestätigung dieser Vermutungen.

Ähnlich urteilen die liberalen Blätter. Der C. kann seine Freude über diesen Ministerwechsel nicht unterdrücken. Der Behauptung, daß die Krone mit diesem Schritt nicht ins feudale Lager übergegangen sei, glaubte man nicht. Warum waren denn die liberalen Minister entlassen? Der König hatte sich von seinem Programm losgesagt, und es mußte eine vergebliche Mühe sein, wenn man von konservativer Seite nun versuchte, das Gegenteil zu beweisen. Das gegenseitige Entgegenkommen zwischen Volk und Krone war für die liberalen Blätter die Bedingung für ein gesundes Verfassungsleben. Die Berufung *dieses* Ministeriums entsprach aber offensichtlich nicht dem Willen des Volkes und wurde daher als eine rücksichtslose Überhebung über diese notwendige Bedingung empfunden. Daß man hinsichtlich der deutschen Frage von dieser neuen Regierung nichts erwartete, ist erklärlich. Alle Hoffnungen, die man trotz der inneren Kämpfe auf Preußen gesetzt hatte, wurden aufgegeben mit dem Augenblick, wo auch der letzte „liberalisierende Schein" der neuen Aera geschwunden war. „Dieser Schein ist jetzt gefallen und mit ihm auch die letzte Stütze und der letzte Anspruch der deutschen Politik

1] Bis dahin Leiter des Ministeriums

Preußens auf das Entgegenkommen und den Beistand der nationalen Partei des Vaterlandes. Ein Ministerium Heydt[1] an die Spitze des deutschen Bundesstaates zu stellen, einer Regierung der Roon und Itzenplitz auch nur ein Titelchen der Selbstständigkeit der deutschen Einzelstaaten zu opfern, preußischem Absolutismus und Feudalismus für seine Herrschaft in Deutschland irgendwie behilflich zu sein, wir wenigstens weisen jeden Gedanken von uns, dafür jemals eine Feder anzusetzen".[2] Es gab zweifellos nicht wenige in Hamburg, die diese Ansicht teilten.

Aufmerksam verfolgte man den Verlauf des Wahlkampfes. Am 19. März erließ der König die von dem C. freudig begrüßte Proklamation, in welcher der Monarch erklärte, daß er an seinem Programm vom 8. November 1858 festhalten, und daß die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen werde. Dieser Erlaß hatte jedoch auf die herrschende Meinung in Hamburg wenig Einfluß, und die H. N. kennzeichnen die Stimmung durchaus treffend, wenn sie demselben einen geringen Erfolg vorhersagen. Denn immer wieder wurde die Frage erhoben: warum dann die Entlassung der liberalen Minister? Die Namen der konservativen Minister ließen eben jede ministerielle und königliche Versicherung als geheuchelt erscheinen. Die liberale Presse brachte ihre Verbitterung gegen das preußische Ministerium immer schärfer zum Ausdruck. Eine weitere Steigerung erfuhr dieselbe noch durch das Wahlzirkular des neuen Innenminister v. Jagow.[3] Die königlichen Oberpräsidenten und Landräte wurden darin aufgefordert, auf die Wähler einzuwirken, damit ein für das Ministerium günstiges Wahlergebnis erzielt werde. Die Beamten sollten der Eidesverletzung angeklagt werden, wenn sie gegen die Regierung auftreten würden. Der Hamburgische Liberalismus sah seine Vermutungen bestätigt: Dieser Erlaß war nichts weiter als die Rückkehr zum Absolutismus, mit Gewaltmaßnahmen sollte ein gefügiges Abgeordnetenhaus erzwungen werden.

Vor allem erregte die Behauptung,[4] daß die Fortschrittspartei verfassungsfeindlich sei, die Gemüter der Liberalen; hatte doch gerade diese Partei eine große Anhängerzahl in Hamburg. Die N.[5] bezeichnen das Zirkular als einen Schritt, das altpreußische Staatsdienertum in ein staatsbürgerlich unfreies Parteidienertum zu verwandeln. Wenn der Beamte nur ein willenloses Organ seiner Vorgesetzten sein solle, so wäre es besser, ihm das Wahlrecht ganz zu entziehen."[6] Das preußische Volk wird aufgefordert, den Anordnungen der reaktionären Beamten zu trotzen, die große verfassungstreue Mehrheit der aufgelösten Volksvertretung wiederzuwählen und seine ganze Kraft für den Verfassungsstaat einzusetzen. Die preußischen Wähler würden, wenn sie auf den Verfassungsstaat verzichten und der Reaktion wieder freie Hand geben würden, eine Kluft zwischen Preußen und dem deutschen Volk aufreißen, welche keine „neue Aera" wieder ausfüllen könnte.[7] Die N.[8] verhöhnt die preußischen Beamten und will sie auf diese Art zum Widerstand gegen die Verordnung drängen.

„Minister zieh'n von oben, gehorsam regt alsdann
Sich jeglicher Beamter – als reiner Hampelmann".

Das Mißtrauen, welches man den Versicherungen des Ministeriums und des Königs entgegengebracht, hatte sich als berech-

1) Finanzminister 2) 22. 3. 1862 Nachr. 3) Die innere Politik S. 10 ff.
4) Die innere Politik. S. 11 5) 1. 4. 1862. 6) 27. 3. 1862. 7) 29. 3. 1862.
8) 7. 4. 1862.

tigt erwiesen. Denn dieses Rundschreiben des Innenministers galt als der beste Kommentar zu dem Programm der neuen Regierung. Jedem unbefangenen Beurteiler der Lage mußte es klar sein, was man von der „neuesten Aera" zu erwarten hatte.

Für die R.[1] hatte das Zirkular doch seine gute Seite: Dasselbe werde das preußische Volk nur noch zu größerem Widerstand gegen die Reaktion treiben.

Eine Niederlage der Feudalpartei des Ministeriums bei den Wahlen erschien allen liberalen Blättern unzweifelhaft. Geffcken[2] ist vorsichtiger. Er erklärt nicht von vornherein die völlige Erfolglosigkeit des ministeriellen Erlasses. Er kann zwar auch nicht an einen Sieg des Ministeriums glauben, weil dieses eben nur die Kreuzzeitungspartei als einzige Stütze habe und überdies die Fortschrittspartei ungemein tätig sei, die Bevölkerung über die Tragweite der bevorstehenden Wahlen zu belehren. Aber doch könne das Wahlresultat infolge der zu erwartenden landrätlichen Beeinflußung der Beamten leicht anders ausfallen als 1861, d. h. es könnte die Regierung immerhin einige Sitze gewinnen. Er hat also nicht den uneingeschränkten Optimismus der liberalen Zeitungen.

Den Konservativen war diese ministerielle Verordnung nur willkommen. Schon gleich nach der Auflösung des Landtages hatte der C. den Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge mit gesetzlichen Mitteln dem Treiben der Opposition entgegentreten.[3] Der Tätigkeit der Landräte schenkte man ein derartiges Vertrauen, daß man sogar an ein konservativ-konstitutionellen Erfolg zu glauben wagte. Der C. war sichtlich bemüht, die Empörung, mit welcher dieser Erlaß von dem preußischen Volk aufgenommen wurde, zu verschleiern.

Solche Nachrichten des Amtsblattes mußte die große Mehrheit der Hamburger, die durch die liberalen Blätter aufs beste orientiert war, nur noch mehr gegen die preußische Regierung aufbringen und ihren Haß gegen die Konservativen schüren, deren Presse es wagte, die Unterdrückung der Freiheit des Einzelnen zu billigen.

Verfolgen wir nun die Vorgänge der nächsten Wochen, die durch die Wahlbewegung gekennzeichnet sind.

Der Gründung des monarchisch-konstitutionellen Wahlvereins wurde von liberaler Seite wenig Beachtung geschenkt, vom C. dagegen als ein wichtiges Kampforgan gegen die Bestrebungen der Opposition begrüßt. Großes Aufsehen erregte die Veröffentlichung eines von dem Finanzminister an v. Roon gerichteten Briefes durch die Vossische Zeitung, welcher dieser von einem Beamten der Kanzlei ohne Wissen der Minister zugegangen war. In diesem Schreiben erklärte v. d. Heydt den Wegfall des 25 prozentigen Zuschlages, welcher auf der Einkommensteuer lag,[4] und damit ein Minimum der Ersparnis von 2,5 Millionen im Militärbudget als notwendig. In diesen Veröffentlichungen erblickte man die beste Rechtfertigung für die Majorität des aufgelösten Hauses; ein offenes Zugeständnis des Finanzministers an die Forderungen der Fortschrittspartei. Man sah darin einen Rückzug der Regierung vor den entschiedenen Kundgebungen

1) 29. 3. 1862. 2) 25. 3. 1862. 3) s. oben S. 8 4) sowie auf der Klassen-, Mahl- und Schlachtsteuer.

des Volkwillens. Doch schon bald zeigte sich wieder das alte Mißtrauen gegen das Ministerium, wenn man diese neue Finanzvorlage, wie sie in dem Schreiben dargelegt war, für ein Wahlmanöver hielt.[1] Man sah darin die Taktik v. d. Heydts, den Einfluß der Opposition zu schwächen, indem er die Forderungen, welche die Auflösung der Kammer herbeigeführt habe, nachträglich selber erfüllte. Der Zweck sei, die liberale Majorität zu beseitigen.[2] Aber man vertraute auf das preußische Volk und konnte an eine Verwirklichung dieser Absicht, das preußische Volk damit zu entwaffnen, nicht glauben. Nach Gefficken[3] Ansicht ist eine tatsächliche Ausführung dieser Heydtschen Finanzvorlage nach der Veröffentlichung des erwähnten Briefes eine Notwendigkeit, von der auch der König nun nicht mehr zurückweichen könne. Wenn das Ministerium sich darauf beschränken würde, in der kommenden Session diese Vorlagen dem Abgeordnetenhaus zu unterbreiten, sowie den Etat für 1862 in größtmöglicher Spezialisierung vorzulegen und alle Gesetzentwürfe politisch-prinzipieller Natur zu vertagen, so würde seine Stellung ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Wahlen bis zum Winter gesichert sein; denn selbst die Fortschrittspartei werde Konzessionen, die sie in diesem Umfange nie von Herrn v. Patow[4] gefordert habe, gewiß von seinem Nachfolger annehmen und sich erst dann gegen ihn kehren, wenn sie in sachliche Differenz mit ihm kommen würde. V.d. Heydt würde sich jedoch sehr täuschen, wenn er glaube, durch diese finanzielle Maßnahme die liberale Partei geneigter zu machen; denn schneidender habe es schwerlich hervortreten können, daß er um persönlicher Zwecke willen geholfen habe, das vorige Ministerium zu stürzen, indem er jetzt Konzessionen mache, welche seine Partei früher für ganz unmöglich erklärt habe. Konzessionen werde man von diesem Ministerium allerdings annehmen, aber ihm keine machen.

Mit verschärfter Opposition sollte das Ministerium mürbe gemacht werden. Dieser Standpunkt wurde von der gesamten liberalen Presse vertreten. Gerade in diesem Brief v. d. Heydts erblickte man schon die ersten Zeichen der inneren Schwäche der Regierung gegenüber dem entschiedenen Volkswillen. Nur der C. glaubt mit diesen Konzessionen v. d. Heydts alle finanziellen Wünsche der Volksvertretung erfüllt und damit auch den Konflikt beendet, es sei denn, daß eine so demokratische Kammer gewählt werde, mit der nicht auszukommen sei. Der C. verkannte den eigentlichen Kern des Streites: die Erhaltung der Landwehr. Das war es, worauf es der Opposition vor allem ankam. Die Stellung der Landwehr in der preußischen Armee sollte auf jeden Fall erhalten bleiben. Solange die Regierung in dieser Frage nicht entgegenkommen würde, wollte man von einer Verständigung nichts wissen.

Mit großer Verbitterung kämpfte man gegen die Landräte, die nur zu bald zeigten, daß sie es ernst meinten mit dem Erlaß des Innenministers. Aus allen Teilen des Landes kamen Proteste, die von der liberalen Presse warm unterstützt wurden. Auch Gefficken[5] wendet sich gegen die „beispiellose Ungeschicklichkeit einiger landrätlicher Heißsporne". Hatte er zu Beginn des Wahlkampfes durch den Einfluß des Wahlzirkulars noch

1) 9. 4. 1862. R. 2) 14. 4. 1862.R 3) 10. 4. 1862 u. 12. 4. 1862. 4) der frühere Finanzminister. 5) 19. 4. 1862.

mit 70 bis 80 Konservativen gerechnet, so hegt er jetzt an einem für die Regierung ungünstigen Ausgang der Wahlen keinen Zweifel mehr. Die Drohung des Finanzministers, bei weiterer Widersetzlichkeit das Haus nochmals aufzulösen, betrachtete er als unausführbar. Dadurch würde die Opposition nur noch gestärkt, die Stellung der Regierung dagegen um so schwächer werden. Auch die Anhänger des preußischen Ministeriums [1] mußten zugeben, daß die Behörden gelegentlich „im Ausdruck" und in ihren Anforderungen an die Beamten zu weit gegangen seien. Trotzdem aber wurde die landrätliche Tätigkeit nicht verurteilt, sondern als Ausdruck der monarchischen Gesinnung verteidigt. Denn noch am 16. April, wo bereits die Landräte tatkräftig genug gewirkt hatten, Volk und Ministerium einander immer mehr zu entfremden, meint der C., daß die Haltung des Ministeriums das Ihrige dazu beitragen werde, die Opposition zu entwaffnen. Erst am Vorabend des Wahltages kommt auch er zu der Erkenntnis, daß mit einer Niederlage der Regierung gerechnet werden müsse, um dann wenige Tage nach dem Wahlergebnis schreiben zu können, daß er dieses Resultat auch durchaus erwartet habe.

Die Wahlen am 28. April brachten der Opposition einen überwältigenden Sieg. Die Prophezeiungen der liberalen Organe waren in Erfüllung gegangen. Auch die kühnsten Erwartungen der Liberalen waren übertroffen. Fast alle Blätter mit Ausnahme der konservativen können sich nicht genug tun, dem preußischen Volke, das unter dem schwersten Druck gewählt hatte, Anerkennung und Dank auszusprechen, die Freiheit seines Votums trotz der ministeriellen Maßnahmen gewahrt zu haben. Mit Recht schrieb man diesen glänzenden Sieg dem „tollen Treiben" der Reaktion zu. [2] Die Ministerialerlasse und landrätlichen Zirkulare hätten mehr für die Fortschrittspartei gewirkt als deren Wahlaufrufe und Agitation. [3] Man war überzeugt, daß nach diesem „Sieg der guten Sache" das Ministerium sich nicht mehr halten könne. „Wir irren wohl nicht, wenn wir den Wahltag des 28. April als das Sterbeglöcklein des jetzigen Ministeriums und als ein Auferstehungssignal für Preußen und Deutschland bezeichnen". [4] Der C. sucht die Niederlage des Ministeriums dadurch abzuschwächen, daß er sie auf eine geringe Wahlbeteiligung der Konservativen zurückführt. [5] Er wünscht noch ganz andere Konflikte herbei, um die konservativen Elemente aus ihrem trägen Schlummer aufzurütteln. Eine einstimmige Meinung des Landes will er in diesem Wahlergebnis nicht sehen, da in vielen Städten kaum die Hälfte der Wahlberechtigten zugegen gewesen sei und von den Anwesenden ein sehr großer Teil blind geleitet werden konnte. Ja er geht noch weiter und wagt es, eine Niederlage des Ministeriums überhaupt zu dementieren, weil die Wahl ministerieller Kandidaten nicht zu erwarten gewesen sei. Warum hatten diese Kreise denn die Auflösung des Landtages, das neue Ministerium und alle ministeriellen Verordnungen zur Beeinflußung der Wahlen mit Freuden begrüßt und dafür eifrig die Feder angesetzt? Hatte der C. nicht bis zum letzten Augenblick vor der Entscheidung von einem Sieg der Regierung gesprochen? Solche Versuche, die Niederlage der Regierung zu verschleiern,

1) 16. 4. 1862. C. 2) 30. 4. 1862 R. 3) 1. 5. 1862 Geffcken. 4) 30. 4. 1862 R.
5) 30. 4. 1862.

mußten die Hilflosigkeit der Konservativen gegenüber den herrschenden Strömungen des Liberalismus um so deutlicher zeigen.

Der von liberaler Seite erwartete Rücktritt des Ministeriums blieb aus. Was nun? Das war die große Frage. Alle Blicke richteten sich auf den König, von ihm erwartete man das erlösende Wort. Die Liberalen zweifeln nicht, daß er nun den Frieden mit dem Volke schließen werde.[1] Wenn man sogar folgerte, daß er sich auch von den Konservativen lossagen müßte, so schätzte man den Wahlsieg doch zu hoch ein. Das war für den König in dieser Stunde der Gefahr unmöglich. Jetzt hieß es erst recht, die bedrohte Königsmacht gegen die Forderungen des Parlamentarismus zu verteidigen. In richtiger Erkenntnis dieser drohenden Gefahr des Parlamentarismus erklärt der C.,[2] daß die Krone sich dem Geiste der Zeit nicht unterwerfen könne, wenn sie selbst ihren Traditionen und den Lebensbedingungen des preußischen Staates treu bleiben wolle. Er richtet an den König die dringende Mahnung, die unverkümmerte Verwirklichung des Novemberprogramms durchzuführen. Nur so sei die Übermacht in der Opposition zu brechen. Aber auch diesen Weg konnte der König nicht mehr gehen. Der Verzicht auf die Heeresreform mußte nach wie vor die Hauptforderung der Fortschrittspartei bleiben. An ein Einlenken des Monarchen in dieser Frage war aber nicht zu denken.

Am 19. Mai wurde der neugewählte Landtag eröffnet. Die Thronrede[3] machte in allen Lagern einen günstigen Eindruck. Man fand ihren Ton zurückhaltend und versöhnlich. Daß sie aber nichts über eine Reform des Herrenhauses versprach, gab dieser Stimmung einen bitteren Beigeschmack. Ein verfassungsmäßiger Ausbau des preußischen Staates erschien den Liberalen völlig unmöglich, solange nicht diese Hochburg der Reaktion beseitigt war. In der kurhessischen Frage, die gerade in diesen Tagen wieder in dem Mittelpunkt der politischen Erörterung stand, hielten die liberalen Blätter dem Ministerium unaufhörlich den Spiegel der preußischen Verhältnisse vor Augen. Wenn man in Kurhessen das Recht wieder herstellen wolle, so habe man zunächst im eigenen Lande die verfassungsmäßigen Bahnen zu betreten. Mehr denn je habe der Kurfürst Gelegenheit, den preußischen König an die Reaktion in seinem eigenen Land zu erinnern.

Die Adresse, welche von der Fortschrittspartei und den übrigen Liberalen erlassen wurde, fand keinen Anklang. Daß die Konservativen derselben nicht zustimmen würden, war zu erwarten. Aber auch bei den Antiministeriellen fand sie eine ablehnende Kritik. Zwar begrüßte man eine Adresse an sich durchaus, aber mit ihrem Inhalt war man wenig zufrieden. Die dem König darin dargebrachten „Loyalitätsbeteuerungen" waren dem selbstbewußten Hamburgischen Republikaner zuwider. Kurz und bündig sollte die Entlassung des Ministeriums gefordert werden. „Statt dessen hat man den König mit Süßigkeiten überhäuft, sodaß derselbe ja am Ende glauben muß, er werde wirklich von seinem Volke vergöttert und die Opposition gegen das Ministerium, mit der er, wie er selbst sagt, „völlig übereinstimmt", sei nur das Werk „einiger Irregeleiteter".[4] So sehr man den Mut des preu-

1) 30. 4. 1862 R. 2) 8. 5. 1862. 3) Die innere Politik S. 13 ff. 4) 14. 6. 1862 R.

ßischen Volkes gelobt hatte, trotz des ministeriellen Druckes seine freie Meinung bei den Wahlen gewahrt zu haben, so sprach man ihm nun die Mißbilligung aus, daß es nicht gewagt habe, dem Monarchen offen zu erklären, was das Herz des Landes bewege. Geffcken[1] war nicht leichtgläubig genug, um an einen praktischen Erfolg der Adresse, d. h. an eine Entlassung des Ministeriums zu glauben. Diese Erkenntnis hatte er auch bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses vorausgesetzt. Die Minister hatten dem Ausfall der Wahlen Trotz geboten, und es war vorauszusehen, daß sie bei dem ersten Mißtrauensvotum des Hauses nicht zurücktreten würden. Nur eine moralische Niederlage der Regierung konnte nach Geffckens Ansicht mit der Adresse erreicht werden. Er macht dem Abgeordnetenhaus den Vorwurf, daß es die günstige Lage nicht ausgenutzt habe. Die Minister hätten sich fast während der ganzen Adreßdebatte schweigend verhalten. Nur wenige stichhaltige Argumente hätten sie zur Verteidigung vorgebracht. Nun wäre es an der Zeit gewesen, den entscheidenden Schlag gegen diese zu führen. Da habe jedoch die oppositionelle Partei völlig versagt. Anstatt nun mit positiven Argumenten gegen die Regierung vorzugehen, hätten die Redner den Kampf mit endlosen Wiederholungen und theoretischen Erörterungen geführt. „Von einer parlamentarischen Disziplin, einer Verteilung der Rollen im Angriff, einer Konzentration auf das Wesentliche und Praktische war nicht die Rede, man erhielt in keiner Weise den Eindruck, daß die Majorität des Hauses von einer kompakten Partei gebildet werde.“[2] Er war überzeugt, daß der Gesamteindruck der Debatte im Lande keinen Anklang finden werde. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, durch verschärfte Opposition in den finanziellen Fragen diese Fehler dem Lande gegenüber wieder gut zu machen. Die Regierung werde dann wahrscheinlich das Haus wieder auflösen, und es erscheint ihm durchaus nicht ausgeschlossen, daß eine neue Kammer, wenn die jetzige zu grobe Fehler mache, besser für die Regierung ausfallen könne. Dem C.[3] ist diese Schlappe der Volksvertreter ebenfalls nicht entgangen, und er kann seinen Anhängern berichten, daß die Adresse das Ministerium nicht wesentlich erschüttert habe.

Den von der Regierung gemachten Vorlagen wird wenig Vertrauen entgegengebracht. Die Ersparnisse, welche v. d. Heydt angedeutet, werden als Scheinkonzession bezeichnet.[4] Man erwartet von der Kammer, daß sie sich den einstweiligen Absetzungen und Hinausschiebungen von Forderungen nicht freundlich gesinnt zeigen und nach wie vor ihren Kampf gegen die Reorganisationspflege der Armee fortsetzen werde. Daß die Militärvorlage wiederum der Mittelpunkt der Session sein würde, trat deutlich hervor. Reform und Freischütz war dieses auch durchaus recht, denn in der Militärvorlage glaubten sie mit den preußischen Liberalen die beste Waffe zu erblicken, das Ministerium zu stürzen. Der C. ist noch sehr optimistisch, wenn er meint, die Militärfrage werde „sanfter“ gelöst werden, als manche befürchteten. Die Zeit sei zu ernst, als daß eine preußische Abgeordnetenmajorität das Heer in Unordnung zu bringen für zweckmäßig halten könnte. Zwar beriet man in Kommissionen über einen Ausgleich, und die Regierung ließ es nicht an Mithilfe fehlen, aber die Gegen-

1) 7. 6. 1862. 2) 7. 6. 1862. 3) 10. 6. 1862. 4) 31. 5. 1862 R.

sätze waren doch schon zu groß geworden, als daß sie mit einem Handstreich hätten überbrückt werden können. Die Liberalen zweifelten nicht, daß das Abgeordnetenhaus die Forderungen der Regierung für die oktroyierte Heeresorganisation nie bewilligen werde.

Das klägliche Scheitern der preußischen Intervention in Kurhessen hatte dem Ministerium eine empfindliche Niederlage gebracht und die oppositionellen Blätter griffen dies begierig auf, um erneut die Zwecklosigkeit der neuen Heerespläne zu beweisen.

Der preußische Militärstaat sollte in den Verfassungsstaat eingeordnet werden. Diese Forderung wurde von allen liberalen Blättern vertreten. Der Kampf um die Reform des Heeres war für sie nicht nur ein finanzpolitischer, sondern vor allem ein verfassungspolitischer Streit. Man erwartete daher auch von dem Abgeordnetenhaus, daß es die Vermittlungsvorschläge der Abgeordneten Sybel, Stavenhagen und Twesten, welche eine Streichung von 3 Millionen im Militärbudget forderten, ablehnen würde.[1] Man zweifelte nicht, daß die Mehrheit der Kammer eine Gesetzesvorlage zur verfassungsmäßigen Regelung der Heeresorganisation verlangen würde.

Als der Gegensatz immer schärfer hervortrat und an eine Verständigung nicht mehr zu denken war, setzte man wiederum die letzte Hoffnung auf den König, der ein „ehrlicher Mann"[2] sei und zu Gewaltmaßnahmen d. h. zu einem Staatsstreich die Hand nicht bieten würde. Geffcken erwartet von dem Monarchen kein Entgegenkommen. Denn dieser habe erst nach schweren Kämpfen und dem Drängen v. d. Heydts die neue Finanzvorlage genehmigt.[3] Ein weiteres Nachgeben desselben hält er für unmöglich. Die einzige Möglichkeit für die Annahme der Reorganisation sieht er in dem Rücktritt Roons und in der Erklärung der Regierung, die zweijährige Dienstzeit durchzuführen.[4] Der König werde sich damit aber nie einverstanden erklären, wenn auch das Volk auf dieser Grundlage zum Ausgleich bereit sein würde. Auch im konservativen Lager kam man allmählich zu der Überzeugung, daß die Lösung der Militärfrage doch nicht so leicht sei, wie der C. anfangs geglaubt hatte. Man mußte immer mehr erkennen, daß sie eben keine Finanzfrage war, sondern eine prinzipielle. Man erblickte auch hier schließlich den einzigen Ausweg nur noch in einer Gesetzesvorlage zur Regulierung der neuen Heeresorganisation, wenn man auch noch vor wenigen Wochen dem Haus das Recht, über Organisationsprojekte des Heeres abzustimmen, abgesprochen hatte.[5] Was die Nachrichten und die Reform von Anfang an gefordert hatten, mußte nun also auch der C. als das einzige Mittel zur Lösung der inneren Schwierigkeiten anerkennen.

Am 12. September begann schließlich die Debatte über das Militärbudget. Was man befürchtet und erwartet hatte trat ein: Die Forderungen des Ministeriums wurden abgelehnt. Geffcken[6] hatte bereits mit dem Erscheinen des Berichtes der Budgetkommission ein negatives Ergebnis der Regierungsvorlagen vorausgesagt. Die Aussicht auf Verständigung sei mit diesen Vorlagen nicht gegeben. Dennoch hält er einen Ausgleich in letzter Stunde für möglich, wenn dem Abgeordnetenhaus die zweijähr-

1) 19. 7. 1862 N. 2) 19. 7. 1862 R. 3) Wegfall des Steuerzuschlags. Die innere Politik S. 13. 4) 20. 8. 1862 G. 5) 16. 7. 1862. 6) 10. 9. 1862.

ige Dienstzeit zugestanden werde. Aber immer wieder trifft er auf ein unüberwindbares Hindernis, auf den König. An einen Staatsstreich jedoch kann er trotz der starken Gegensätze nicht glauben. Der Finanzminister habe wiederholt festgestellt, daß das Budget zustande kommen müsse. Das Vertrauen Geffckens zu der Verfassungstreue der Minister ist noch unerschüttert.

Die liberalen Organe erheben die schwersten Vorwürfe gegen die Regierung. Sie allein wird dafür verantwortlich gemacht, daß es nicht zu einer Verständigung gekommen war. „Nur die Regierung hat diesen Zwiespalt zwischen Volk und Regierung ins Leben gerufen. Nur sie vermag ihn auch wieder zu beseitigen. Das Abgeordnetenhaus würde dagegen, selbst wenn es wollte, dazu garnicht befähigt sein. Statt dessen würde seine Nachgiebigkeit es nur selber in den schneidensten Gegensatz zum Volk setzen“.[1]

Der unerwartet am 17. September gemachten Erklärung Roons, die Regierung nehme den bereits erwähnten Vermittlungsvorschlag Twesten für das Jahr 1862 an, schenkte man keinen Glauben. Geffcken jedoch erblickte darin bereits die Lösung des Konflikts. Aber schon der nächste Tag brachte die Rechtfertigung des Mißtrauens, als Roon seine Zusage im wesentlichen zurücknahm.

Das preußische Ministerium war am Ende seiner Kraft. Die Prophezeiungen, welche die liberalen Blätter ihm bei seinem Regierungsantritt gemacht hatten, hatten sich erfüllt. Ein Teil des Ministeriums (Bernstorff, Hohenlohe, Heydt) bat um seine Entlassung. Vergeblich hatte sich der Finanzminister noch bemüht, bei dem König Konzessionen durchzusetzen.

Aber keine liberalen Mitglieder wurden ins Ministerium berufen, sondern gerade der Mann, dessen Namen man nur zu gut in Erinnerung hatte wegen seiner heftigen Opposition als preußischer Bundesgesandter gegen die Hamburger Verfassungsfragen[2] wurde zum Leiter des preußischen Ministeriums ernannt: Otto von Bismarck.

1] 18. 9. 1862 Nachr. 2] Wohlwill, Die Hambg. Bürgermeister Kirchenpauer, Versmann und Petersen. S. 64 ff

II. Teil.

Der Höhepunkt des Konflikts.

A.

Die ersten Monate des Ministeriums Bismarck.

Die Gerüchte über einen Eintritt Bismarcks in das Ministerium, die bereits im Sommer 1862 stark verbreitet waren, fanden auch ihren Widerhall in der öffentlichen Meinung Hamburgs. So berichten die N. während der Ministerkrisis am 18. März, daß von Herrn von Bismarck als zukünftigem Innenminister die Rede sei. Aber sie glauben nicht, daß er sich dazu bereit erklären werde, „da er sich bekanntlich für ruhmvolles Geschick aufgespart glaubt". Nach der Niederlage der Regierung bei den Wahlen am 28. April war wiederum von einem Ministerium Bismarck die Rede. Doch die N. sind der Ansicht, daß der König das Programm Bismarcks, welches als äußerst reaktionär galt, nie annehmen werde. Geffcken berichtet am 15. März, der König habe Bismarck aus Petersburg rufen lassen, um ihm das Ministerium des Innern anzubieten. Er hält jedoch eine Annahme desselben für höchst unwahrscheinlich, weil er sich der Arbeit des Innern in keiner Weise gewachsen fühle. Sein Ziel sei das Auswärtige Ministerium. Geffcken geht hier zweifellos zu weit. Zwar haben die folgenden Jahre gezeigt, daß Bismarck für die innere Politik nicht dieselbe glückliche Hand hatte, wie für die äußere,[4] ein Gefühl der Schwäche gegenüber inneren Fragen hat er aber nie gekannt.

Trotz seiner Versetzung nach Paris erhielt sich noch das Gerücht von seinem Eintritt in das Ministerium. Die N.[1] sprechen von dem „Mythus-Bismarck", mit dem die Blätter sich noch immer beschäftigten. Die Reform[2] schlägt ihren sonst so radikalen Ton Bismarck gegenüber nicht an. Sie sieht in ihm nicht mehr den Urreaktionär von 1850, sondern hofft, daß er seine Anschauungen geändert habe. Er sei ein „scharfer Kopf", dem es an diplomatischem Schliff nicht fehle. Ähnlich äußern sich die N.[3], Bismarck habe sich seit 1850 die „Hörner abgelaufen". Sie halten es durchaus für wahrscheinlich, daß das einstige Schoßkind der Kreuzzeitung von deren Anhängern bekämpft und von den Liberalen verteidigt werde. Aber seine von den Konservativen vorhergesagte „kühne Politik" wollen sie nicht eher glauben, bevor er Beweise seiner Fähigkeit erbracht habe. Seine Ernennung werde aber immerhin von großer Tragweite sein. Daß Bismarck früher oder später doch das Ministerium bilden werde, glauben sie mit Sicherheit voraussagen zu können. Die bisherigen Gerüchte seien nur als verfrüht zu betrachten. Nach Geffckens[5] Meinung sind die Befürchtungen oder Erwartungen, welche an die eventuelle Berufung Bismarcks geknüpft wurden, sehr übertrieben. Er bezeichnet Bismarck als einen Blender, wenn er ihm auch eine gewisse staatsmännische Befähigung nicht absprechen will. Ihm fehle das gründliche Wissen, die nüchterne Klarheit und zähe Energie. Die liberale Gesinnung des Hamburgischen Gesandten

1) 31. 5. 1862 2) 28. 5. 1862 3) 22. 5. 1862 4) Kulturkampf 5) 23. 5. 1862

kommt in diesen Worten deutlich zum Durchbruch. Wie unrecht er aber Bismarck mit diesem abfälligen Urteil tat, sollte sich bald zeigen. Waren es doch gerade jene Eigenschaften, welche den künftigen preußischen Premier zu seinen großen Taten befähigten.

Die Anfang Juni verbreitete Meinung, Bismarck werde Ministerpräsident, wird von den N. mit Vorsicht aufgenommen. Geffcken aber kommt mehr und mehr zu der Überzeugung, daß das gegenwärtige Jahr ohne eine Ersetzung Bernstorffs durch Bismarck kaum zu Ende gehen werde.[1] Hatten die N.[2] noch im Mai von einer möglichen Annäherung der Liberalen an Bismarck gesprochen, so haben sie diese Erwartung im September bereits aufgegeben. Sie glauben nun nicht mehr an eine Bekämpfung Bismarcks durch die Feudalpartei. Sie ermahnen daher die Liberalen, einem etwaigen Ministerium Bismarck gegenüber Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten.

Der C.[3] glaubt, Bismarck warte nur auf den gegebenen Moment, um tätig heraus zu treten. Am 20. September schreibt Geffcken an Syndikus Dr. Merck, daß die Aussichten für Bismarck bei der gegenwärtigen Verlegenheit des Ministeriums äußerst günstig seien, und schon am folgenden Tag berichtet er, daß die Entscheidung nicht mehr fern sein dürfte. Am 22. September erfolgte dann die denkwürdige Unterredung im Park zu Babelsberg, wo Bismarck sich dem preußischen König zur Verfügung stellte.

Welche Erwartungen knüpfte man an die Berufung des neuen preußischen Ministerpräsidenten? Würde er imstande sein, den Konflikt zu lösen? Mit Spannung sah man den ersten Schritten seiner Regierungstätigkeit entgegen. Nach Geffckens[4] Meinung dürften Erfolge in der auswärtigen Politik, welche man allgemein von Bismarck erwartete oder befürchtete, den Widerstand des Abgeordnetenhauses schwerlich brechen. Bismarck werde versuchen, Zeit zu gewinnen, die Lösung der schwebenden Fragen hinzuzögern und dadurch das Haus mürbe zu machen. Sollte ihm letzteres nicht gelingen, so hält Geffcken es durchaus für wahrscheinlich, daß er dem König Konzessionen oktroyieren werde. Selbst die Schwierigkeit, die Zustimmung des Königs zu der zweijährigen Dienstzeit zu erhalten, werde Bismarck dann überwinden.

Auch in den übrigen liberalen Kreisen begegnet man Bismarck mit Mißtrauen, trotz seiner Versuche, Mitglieder der altliberalen Partei ins Ministerium zu ziehen.[5] Mit einem halb feudalen Ministerium und mit Vertröstungen auf auswärtige Diversionen werde er den Widerstand des Abgeordnetenhauses nicht brechen können.[6] Die Reform, die sich im Sommer noch wohlwollend gegen Bismarck ausgesprochen hatte, findet jetzt ihren alten radikalen Ton wieder. Man sah in ihm wieder den Feind des Konstitutionalismus und den überzeugten Anhänger des von Napoleon III. vertretenen Cäsarismus, der ausschließlich die Tätigkeit des Herrschers gelten ließ. „Die politische Vergangenheit dieses Mannes ist keine derartige, um zu der Hoffnung zu berechtigen, daß unter ihm die Verfassung für Preußen eine Wahrheit werde.“[7] Eine Versöhnung zwischen Krone und Volk erhofft man von Bismarck, dem man jedes Verständnis für die Rechte des Volkes absprach, nicht. Man feuerte die preußische Volksvertre-

1] 12. 6. 1862 G. 2] 6. 9. 1862 3] 1. 9. 1862 4] 25. 9. 1862 5] Lenz, Gesch. Bismarcks, S. 148 6] 24. 9. 1862 N. 7] 27. 9. 1862 N.

tung um so mehr für den bevorstehenden Kampf an. Die große Mehrheit der Anhänger der Fortschrittspartei hielt einen Sieg dieses Ministeriums für völlig unmöglich. Man war überzeugt, daß die Berufung Bismarcks nur noch eine Verstärkung der Opposition zur Folge haben werde, welcher auch Bismarck schließlich unterliegen müsse.

Der C. hält im allgemeinen mit seinem Urteil zurück. Wenn er aber sagt, daß Bismarck früher der Ansicht gewesen sei, daß man auch ohne Budgetbewilligung regieren könne, so gibt er damit die geheimen Hoffnungen, welche die konservativen Kreise auf den neuen Minister setzten, wieder. Kurz, Bismarck erscheint ihm als der gegebene Mann der Situation, der allein imstande sei, den drohenden Gefahren der Demokratie entgegenzutreten.

Verfolgen wir nun die ersten Regierungshandlungen Bismarcks. Zunächst bat er den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grabow um Vertagung des Landtags bis zum 29. September. In dieser Sitzung, an welcher er zum ersten Mal als Minister teilnahm, zog er den Etat für 1863 zurück mit der Versicherung, denselben mit einer Gesetzesvorlage für die Heeresreform in der neuen Session wieder vorzulegen. Sicherlich verfolgte Bismarck damit eine versöhnliche Absicht, um die Gemüter, die bereits äußerst erregt waren, zur Ruhe kommen zu lassen. Seine Hamburgischen Gegner hatten dafür aber kein Auge. Man glaubte darin Verschleppungspolitik der Regierung zu erkennen. Der Streit werde im kommenden Jahr aufs neue mit aller Heftigkeit entbrennen und nicht so bald beendet sein. Die Lösung der deutschen Frage sah man noch weiter in die Ferne gerückt. Die Bestrebung zur sofortigen politischen Einheit Deutschlands erschien den Liberalen als eine „nutzlose Kraftverschwendung deutscher Patrioten“,[1] so lange die Sonderinteressen der Einzelstaaten die Übermacht hätten. Damit waren in erster Linie die preußischen Heerespläne gemeint, die auch mit der von Bismarck angekündigten Gesetzesvorlage über die Heeresorganisation nicht aufgegeben werden sollten. Nur der C. fand die ersten Verhandlungen Bismarcks versöhnlich.

Lebhaften Widerspruch rief das Auftreten Bismarcks in der Budgetkommission am 30. September hervor, wo er den Art. 99 der Verfassung dahin auslegte, daß die Regierung ihre Pflicht erfülle, wenn sie überhaupt einen Etat vorgelegt habe. Wenn dieser nun nicht von der Kammer genehmigt werde, so sei die Regierung berechtigt, nach dem bestehenden Budget fortzuregieren. Dazu kam noch die Äußerung, daß große Fragen der Zeit nicht durch Reden, sondern durch „Eisen und Blut“ zu lösen seien. Geffcken[2] hält derartige Reden nur dazu geeignet, das preußische Ministerium noch mehr den deutschen Regierungen und der Volksvertretung zu entfremden, und er schreibt in seinem Bericht, man werde sich wohl noch auf manche konstitutionelle Irrfahrten gefaßt machen müssen.

Bismarck hatte mit seiner Auslegung des Art. 99 der preußischen Verfassung angekündigt, daß er schließlich auch entschlossen sei, nach der „Theorie der Lücke“ zu regieren. Geffcken hatte bereits im Juli dieses Jahres, als schon damals von der Anwendung der Lückentheorie die Rede war, einen derartigen Schritt für ver-

1] 1. 10. 1862 R. 2] 2. 10. 1862

fassungswidrig erklärt. Das Budgetgesetz sei eben ein jährliches und müsse auf jeden Fall zustande kommen.[1] Was damals Gerücht war, schien jetzt zur Wirklichkeit zu werden. Damit wurden auch die letzten schwachen Hoffnungen auf ein Einlenken der Regierung zu Grabe getragen.[2] Der Kampf um die Heeresreform war zum Verfassungskonflikt geworden. Jetzt galt es, mit den preußischen Konservativen abzurechnen, welche den Forderungen der Hamburgischen Liberalen in ihrem Kampf um die Verfassung den größten Widerstand entgegengesetzt hatten. Vor allem auch mit Bismarck, welcher als damaliger Bundestagsgesandter und Referent der Hamburgischen Verfassungsangelegenheiten am Bundestag alle liberalen Forderungen vereitelt hatte. Das preußische Volk in dem bevorstehenden neuen Kampf mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen, war die Losung aller liberalen Blätter. „So zweifellos der Bruch eines budgetlosen Regiments mit der Verfassung ist, das Ministerium Bismarck-Schönhausen scheut vor diesem Bruche nicht zurück." [3] Das war der Widerhall, den Bismarks Worte vor der Budgetkommission in Hamburg fanden. Der Etat für 1863 sowie das verheißene Gesetz in der Militärfrage würden in der nächsten Session wiederum abgelehnt werden, da sie zweifellos den Forderungen des Volkes nicht gerecht werden würden. Die Regierung aber werde sich wenig darum kümmern und aufs neue nach dem alten System weiter regieren. Das war die Ansicht des weitaus größten Teils der Hamburgischen Bevölkerung, die in den liberalen Blättern zum Ausdruck kam. Trotz dieser höchst ungünstigen Aussichten zweifelte man nicht an der Kraft und Ausdauer des preußischen Volkes. „An eine Fügsamkeit des Abgeordnetenhauses und, wenn dieses aufgehört und etwa ein neues Wahlgesetz oktroyiert werden sollte, des preußischen Volkes ist so leicht nicht zu glauben. Inzwischen ist die Lage Europas nicht danach angetan, daß Preußen sich straflos in den Gegensatz zwischen Regierung und Verfassung auf die Dauer sollte einrichten können. Auf einige Monate früher oder später, die Tage werden kommen, da die Regierung der Hilfsmittel der Verfassung nicht wird entbehren können. Dann aber werden diese Hilfsmittel sich nicht mehr für tönende Worte und klingende Verheißungen, sondern nur für den Preis derjenigen sachlichen Gewährleistungen darbieten, deren Mangel heute noch Versuche wie den einer budgetlosen Regierung möglich macht." [4] Die Anhänger der preußischen Regierung dachten anders. Für sie trägt das „entschiedene" Auftreten des Ministerpräsidenten immer noch einen versöhnlichen Charakter. Die harten Angriffe der Oppositionspresse will der C. [5] damit entkräften, daß er den Berichterstattern den Vorwurf macht, gewisse Bismarck zur Last gelegte Äußerungen falsch verstanden zu haben. Bismarcks Auffassungen seien großartiger, europäischer und welthistorischer, wie man sie seit langem nicht von einem preußischen Minister gehört habe. An einen baldigen Frieden zwischen den streitenden Parteien glaubt auch der C. nicht. Aber nicht der leitende Minister, sondern die Budgetkommission trage daran die Schuld, deren Beschlüsse [6] jeden Ausgleich unmöglich machten. Man über-

1] 5. 7. 1862 2) 4. 10. 1862 M. 3) 4. 10. 1862 M. 4) 4. 10. 1862 M. 5) 1. 10. 1862

6] a] Die Königliche Staatsregierung wird aufgefordert, den Etat pro 1863 dem Hause der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so schleunig vorzulegen, daß die Feststellung desselben noch vor dem 5. Juli 1863 erfolgen kann.

b] Es ist verfassungswidrig, wenn die Kgl. Staatsregierung eine Ausgabe verfügt, welche durch einen Beschluß des Hauses der Abgeordneten definitiv und ausdrücklich abgelehnt worden ist.

sah aber ganz, daß jene erst infolge der Erklärungen Bismarcks gefaßt waren.

Am 6. Oktober begannen die Beratungen der Anträge der Budgetkommission im Abgeordnetenhaus. Wie erwartet, wurden diese mit überwältigender Mehrheit angenommen. In der geringen Beteiligung der Minister an der Diskussion, vor allem gegenüber den Reden der Abgeordneten v. Vincke, Gneist und Simson sah Geffcken [1] eine vollständige Niederlage der Regierung. Als dann am folgenden Tage die erwartete Entgegnung des Ministerpräsidenten ausblieb, sondern dieser nur erklärte, daß das Ministerium es ablehne, sich weiterhin an den theoretischen Erörterungen zur Lösung des Verfassungskonfliktes zu beteiligen, da letztere in der Tat nur durch die Praxis zu erreichen sei, [2] war in den Augen des Hamburgischen Gesandten die Niederlage der Regierung noch vergrößert. [3]

Die Vorschläge des Abgeordneten v. Vincke, [4] nach welchen ein außerordentlicher Kredit bis zum 1. April 1863 gewährt werden sollte, wenn die Vorlegung des Budgets vor dem 1. Januar 1863 nicht mehr möglich sei, wollte Bismarck annehmen, ohne jedoch die Motive derselben sich aneignen zu wollen. Die Folge war, daß das Amendement Vincke von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Der C. [5] findet die Debatte im Abgeordnetenhaus ebenfalls sehr matt, aber von einer Niederlage der Regierung ist nicht die Rede. Zwar muß er zugeben, daß die ministerielle Auslegung des §99 der Preußischen Verfassung das Steuerbewilligungsrecht fast illusorisch mache, daß auch die großen Anforderungen der Heeresreform in den konservativen Kreisen bedenklich erschien, aber trotz allem verteidigt er das Ministerium Bismarck, welches die Aufgabe, der gefährlichen Tendenz des Abgeordnetenhauses, welche ihn an 1789 erinnert, entgegenzuarbeiten, habe. Die Ablehnung des Amendements Vincke wird als politischer Fehler bezeichnet. Die Behauptung des C., das eine Ablehnung der Motive durch den Ministerpräsidenten nicht zugleich eine Nichtanerkennung derselben in sich schließe, war nur ein Spiel mit Worten, mit dem praktisch nichts anzufangen war.

Die Polemik der liberaldemokratischen Blätter gegen Bismarck wurde von Tag zu Tag stärker. Vor allem sind es die N., welche lange Artikel gegen die „allerneuste Aera“ bringen. Sie bezeichnen das Bismarck'sche Programm als ein Napoleonisches, „während aber der Napoleonismus in Frankreich das französische Volk, die Macht des französischen Staates und endlich — einen Napoleon zu ermöglichenden Voraussetzungen hatte, fehlen ihm die Voraussetzungen in Preußen sämtlich und kommen ihm hier gerade nur die paar Dutzend pommerscher Junker zugute, welche entschlossen sind, mit dem neuen Ministerpräsidenten durch Dick und Dünn zu gehen. Die ganze Unhaltbarkeit der Bismarck'schen Copie liegt so von vornherein zu Tage“. [6] Am 10. Oktober begann die Budgetdebatte des Herrenhauses, dessen Beschlüsse man im konservativen Lager nach der ablehnenden Haltung des Abgeordnetenhauses nicht ohne Grund als die künftigen Richtlinien der Regierung betrachtete. Mit der Annahme des Budgets, wie es von dem Abgeordnetenhaus abge-

1) 6. 10. 1862. 2) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10. S. 142 f. 3) 7. 10. 1862.
4) Nirrnheim, a. a. O. S. 76. 5) 9. 10. 1862. 6) 7. 10. 1862 N.

ändert und beschlossen war, war nach der bisherigen Haltung des Herrenhauses nicht zu rechnen. Es erfolgte dann auch die Annahme des Arnim'schen Antrages, welcher die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederherstellte. Dazu war aber das Herrenhaus nicht befugt, da es nur den Etat, wie er aus dem Abgeordnetenhaus kam, zu genehmigen oder zu verwerfen hatte, nicht aber den von letzteren verworfenen wiederherzustellen. Die Erbitterung erfuhr durch diesen Schritt des Herrenhauses eine gewaltige Steigerung. Um so größer war daher die Begeisterung, mit welcher die darauffolgende Entschließung des Abgeordnetenhauses aufgenommen wurde, welche den Beschluß des Herrenhauses als dem Artikel 62 der Verfassung zuwider, für Null und nichtig erklärte. „In der Tat, so wie heute operierten die liberalen Parteien des Hauses zum ersten Mal in dieser Session . . . . Sonst standen sich wohl die Demokraten und die Konstitutionellen gegenüber, als gälte es, sich gegenseitig umzubringen. Heute erschienen sie alle in geschlossenen Reihen, um der gefährdeten Verfassung einmütig beizustehen. . . . . Die acht Vorkämpfer für das Herrenhaus entfernten sich aus dem Sitzungssaal der Abgeordneten, sie gehörten auch nicht dahin . . . "[1] Ähnlich äußerte sich Geffcken und die übrigen liberalen Blätter. Selbst der C.,[2] der sonst so treue Anhänger der preußischen Regierung, mißbilligt dieses Auftreten des Herrenhauses, welches eine Lösung nur noch erschweren werde.

Da wurde am 13. Oktober die Schließung der Kammern verkündet, und Geffcken sagt zum Schlusse seines Berichtes,[3] daß die budgetlose Periode damit begonnen und eine bedeutsame Epoche des konstitutionellen Lebens in Preußen ihren Abschluß gefunden habe.

Die Heeresreform hatte fortan sekundäre Bedeutung. Der Kampf um die Verfassung stand im Vordergrund. Die Anhänger der preußischen Opposition glaubten in der Schließung des Landtages die Absicht Bismarcks zu erkennen, jede weitere Budgetverhandlung dadurch abzuschneiden, nach dem in der Thronrede[4] ausgesprochenen Notrecht, d. h. ohne Budget weiter zu regieren. Man war jedoch überzeugt, daß dieses System nicht von Dauer sein würde. Der Glaube des Hamburgischen Liberalismus an seine preußischen Gesinnungsgenossen war unerschütterlich. Es war eine vergebliche Mühe des C., mit Äußerungen, es werde trotz der Verfassungskrisis nicht zum eigentlichen Konflikt kommen, oder das preußische Volk werde vielleicht mit der zweijährigen Dienstzeit zu Weihnachten überrascht werden, die herrschende Meinung für den Ministerpräsidenten umzustimmen. Dem freien, selbstbewußten Hanseaten mußte dieser Mann, der sich leichtfertig über die Rechte des Volkes hinwegsetzte, in tiefster Seele verhaßt sein. Das preußische Volk in dem Kampf gegen ihn zu unterstützen, war die einzige Losung, von welcher ihn alle noch so versöhnlich klingenden Mitteilungen des Amtsblattes nicht abbringen konnten. Der Kampf gegen Bismarck wurde nach Schluß der Session fortgeführt. Vor allem sind es wieder die Nachrichten, welche ihre flammenden Proteste erheben. An eine Oktroyierung eines Wahlgesetzes glaubte man zunächst nicht, denn ein solches werde bei der augenblicklichen

1) 15. 10. 1862. N. 2) 15. 10. 1862. 3) 13. 10. 1862. G. 4) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10, S. 146.

Stimmung aller Schichten des preußischen Volkes eine ebenso oppositionelle Kammer hervorbringen. Das Ministerium Bismarck wird in den schwärzesten Farben dargestellt und immer wieder betont, daß es schließlich doch an der entschlossenen Kraft des preußischen Volkes scheitern müsse. Diese Ansicht wird auch von dem liberalen Geffcken geteilt, und er schreibt am 14. 10. an Syndikus Merck: „Die Ernennung des Herrn v. Bismarck und seine ganze Politik ist ein Sprung ins Dunkle, und es ist noch nicht abzusehen, auf welchem Boden er landen wird."

Das Vorgehen der preußischen Regierung gegen die oppositionelle Presse, die Maßregelungen von bekannten Abgeordneten (u. a. Bockum-Dolffs) sowie die Einberufung der Provinziallandtage trugen dazu bei, den Haß gegen das preußische Ministerium zu schüren. War es den liberalen preußischen Blättern nicht möglich, ihre Stimme frei zu erheben, so sprachen die Hamburgischen Organe um so kräftiger. Zwar betrachtete man die Kundgebungen der Provinziallandtage für die Regierung nicht als eine Stärkung der letzteren, aber man konnte doch nicht verkennen, daß die Vertrauensadressen des preußischen Volksvereins, welche ununterbrochen an den König gerichtet wurden, durchaus dazu führen mußten, denselben noch unnachgiebiger zu machen. Die Konservativen andererseits legten der Berufung der Provinzialstände große Bedeutung bei und suchten darin ein Gegengewicht gegen die Abgeordneten.

Als Gegenmaßnahme zu den Maßregelungen der „verfassungstreuen Beamten"[1] war in Preußen ein Nationalfonds gebildet worden. Durch freiwillige Spenden sollten diejenigen Verteidiger der Volksrechte, welche durch die Maßregelungen Verluste erlitten, entschädigt werden. Die Sammlungen erstreckten sich auf ganz Deutschland. Während der C. kurz über diesen Fonds hinwegging oder nur abfällig spöttische Worte fand, ja, als demselben von allen Teilen Deutschlands große Summen zuflossen, sogar die Meinung vertrat „diesen und ähnlichen Demonstrationen"[2] entgegentreten zu müssen, machten es die Organe der Liberalen sich sogleich zur Aufgabe, eifrig für den Nationalfonds zu werben. Man bezeichnete denselben „als den legalsten Akt des Widerstandes gegen die Verfassungswidrigkeit eines budgetlosen Regimes."[3] Die erneute Polizeiaktion der Regierung gegen die unerwartet schnelle Ausdehnung der Sammlungen für den Fonds trieb die Anhänger der preußischen Volksvertretung nur noch mehr an, die „deutschen Brüder in Preußen" aktiv zu unterstützen. Man kämpfte damit eben nicht nur für eine preußische, sondern zugleich für eine deutsche Sache.

Die Verstimmung gegen Bismarck war schon soweit gegangen, daß man selbst seinen zweifellosen Erfolg in der kurhessischen Frage, wo es ihm gelungen war, den Kurfürsten endlich gefügig zu machen, nicht anerkennen wollte. Man benutzte diese Gelegenheit erneut, die Regierung und vor allem den Ministerpräsidenten auf dieselbe Lage im eignen Land hinzuweisen. Solange Bismarck nichts für sein eigenes Land tue, dem Recht zum Siege zu verhelfen, fehle ihm die moralische Kraft, dafür in anderen Ländern einzutreten. Die Ersetzung v. Jagows durch Graf Eulenburg, sowie die Ernennung Selchows zum Landwirtschafts-

1) 11. 11. 1862. N. 2) 31. 10. 1862. C. 3. 11. 11. 1862. N.

minister, wurde als ein weiterer Erfolg der Reaktion betrachtet.[1] Jetzt erst sei das Ministerium einheitlich konstituiert.[2]

Je mehr man sich dem Jahresende näherte, um so tiefer wurde die Kluft zwischen Bismarck und der herrschenden Meinung in Hamburg. Die N. forderten sogar die deutschen Mittel- und Kleinstaaten[3] auf, ihrerseits für die Wiederherstellung der Verfassungsrechte in Preußen einzutreten und sich dadurch den Dank des deutschen Volkes zu sichern. Mit trüben Ahnungen sah man sowohl auf konservativer als auch auf liberaler Seite der Wiedereröffnung des Landtages entgegen. Geffcken hatte seine anfänglichen Hoffnungen auf Konzessionen von Seiten des Ministeriums (zweijährige Dienstzeit) allmählich auch aufgegeben. Dennoch zweifelte man nicht an einen schließlichen Sieg der Verfassung trotz aller Maßnahmen der Regierung. Bismarck würde sich täuschen, meint Geffcken,[4] wenn er vielleicht glaubte, die Opposition des Abgeordnetenhauses durch eine energische Politik nach außen zu gewinnen; denn auch für den populärsten Krieg würde ihm das Geld verweigert werden.

Im neuen Jahr wurde die Polemik gegen die preußische Regierung mit aller Schärfe fortgesetzt. Wenn der C. von einer Niedergeschlagenheit der liberalen Presse zu berichten weiß, so trifft dies für die Hamburgischen Organe nicht zu. Diese gaben unablässig Beweise von ihrem Kampfesmut gegen das preußische Ministerium. Immer mehr konzentrierte sich der Kampf auf Bismarck. Mit dem Delegiertenprojekt Österreichs,[5] welches am 22. Januar am Bundestag zur Abstimmung kommen sollte, prophezeite man ihm eine erneute Niederlage seiner inneren Politik, die nur dazu angetan sei, Preußen in Deutschland noch mehr zu isolieren und seine Machtstellung zu schwächen. Von Bismarck konnte man keine Wiedergeburt Deutschlands erwarten. Selbst als die Abstimmung über das Projekt eine Ablehnung desselben brachte, führte man dieses Ergebnis nicht auf den Einspruch Bismarcks, sondern auf die Politik der Kleinstaaten zurück, welche den steigenden Einfluß Österreichs in Deutschland hemmen wollten.[6] Nur der C.[7] feiert darin einen Sieg des preußischen Ministerpräsidenten.

Die Wiedereröffnung des Landtages war auf den 14. Januar festgesetzt worden. Die Sprache der liberalen Blätter in den Tagen bis zur Eröffnung wurde besonders heftig. Von dem Herrenhaus wurde bei dessen gegenwärtiger Zusammensetzung nichts erwartet, was der Sache des Volkes dienen könnte. Überhaupt wollte man von einer Ausgleichung des Konflikts in der nächsten Session nichts wissen. Der Kampf sollte weitergehen. Vor allem ermahnte man die Abgeordneten, aus ihrer bisherigen Defensivstellung zur Offensive überzugehen.[8] Energisch trat man denjenigen entgegen, welche die Beratung des Budgets bis zur Vorlage eines annehmbaren Gesetzes in der Heeresorganisation vertagen wollten. Darin sah man die Wünsche der Feudalen und der Regierung, die Volksvertretung soviel als irgend möglich mundtot zu machen, erfüllt. Das durfte nicht sein. Das verhaßte System in Preußen mußte vom ersten Augenblick der Eröffnung des Landtages an von den Abgeordneten mit aller Schärfe bekämpft werden. Mit verstärkter Opposition wollte man

1) 11. 12. 1862 N 2) 9. 12. 1862 Geffcken 3) 13. 11. 1862 N 4) 22. 12 1826
5) Brandenburg a. a. O. Bd. 2 S. 65 f 6) 27. 1. 1863 N 7) 27. 1. 1863 C
8) 14. 1. 1863 N 6. 1. 1863 Freischütz

das Ministerium zum Rückzug zwingen. Wenn man auch noch so sehr das preußische Ministerium zu bekämpfen entschlossen war, so war man damit durchaus nicht antipreußisch. Der deutsche Beruf des preußischen Staates wurde nach wie vor stark betont. Aber gerade um dieses Ziel zu erreichen, mußte Bismarck und mit ihm das gesamte reaktionäre Ministerium gestürzt werden. Nur so erschien es möglich, die deutsche Frage unter Preußens Führung zu lösen.

Die von dem Berliner Magistrat und den Stadtverordneten an den König gerichtete Glückwunschadresse zum Jahreswechsel, welche die Stimmung der Berliner Bevölkerung zum Konflikt klar zum Ausdruck brachte, fand den Beifall der öffentlichen Meinung. In der königlichen Antwort, welche das Verhalten der Minister billigte, sah man aufs neue den Beweis, daß an eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. [1] Der C. sagt zu diesem königlichen Schreiben: [2] in maßgebenden Kreisen sei man nicht gesonnen, die Politik des Biegens und Brechens als die echt staatsmännische zu betrachten, d. h. mit anderen Worten, die Forderung der Opposition anzunehmen. Dies sei aus demselben deutlich zu erkennen. Dem Gerücht, Bismarck habe sich der gemäßigteren Anschauung genähert, konnte man wegen des Vorgehens desselben gegen die liberale Presse keinen Glauben schenken. [3] Ohne irgend welche Hoffnung auf Verständigung sah man dem 14. Januar entgegen. Sowohl die liberale als auch die konservative Presse vertraten die Ansicht, daß keine der kämpfenden Parteien ihre Haltung ändern werde. Und treffend brachte der Freischütz am Vorabend der Eröffnung des Abgeordnetenhauses die große Anteilnahme der Hamburgischen Bevölkerung an dem Kampf des preußischen Volkes zum Ausdruck, wenn er den preußischen Volksvertretern ein „demokratisches Glückauf von der Niederelbe" zurief.

Die Rede des Präsidenten Grabow in der ersten Sitzung des neueröffneten Landtages glich einem flammenden Protest, welcher zum Kampf gegen die Regierung aufrief. Dieser Ton war den Hamburgischen Republikanern recht, und alle liberalen Blätter sprechen dem Präsidenten ihre Anerkennung aus. Die Reform [4] sieht in der Wiederwahl Grabows zum Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses, welche mit großer Mehrheit erfolgt war, die offene Zustimmungserklärung der Abgeordneten zu seiner Rede und den darin ausgesprochenen Anklagen gegen die Minister. Von konservativer Seite mußte diese Haltung des Präsidenten eine entschiedene Ablehnung erfahren. Der C. [5] sieht in dem scharfen Ton der Rede den besten Beweis für die richtige Politik der Regierung. Derselben sei es bei aller Versöhnlichkeit mit bestem Willen, den Bestimmungen der Verfassung zu folgen, nicht möglich, die Verständigung herbeizuführen. Der Volksvertretung wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich einem Ausgleich hemmend entgegenstelle. Selbst der liberale Geffcken, [6] der fast immer die Partei der Opposition ergreift, folgt hier nicht dem liberalen Urteil über die Rede. Er schließt sich zwar nicht dem C. an, aber doch erfährt die Haltung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine ablehnende Kritik. Daß die Thronrede [7] in den liberalen Blättern keine Zustimmung fand, erscheint durchaus verständlich. Aber es

1] 12. 1. 1863 R 2] 15. 1 1863 C 3] 10. 1. 1863 R 4] 19. 1. 1863 R 5] 17. 1. 1863 C
6] 17. 1. 1863 7] Bismarck Ges. Werke Bd. 10 S. 148 ff

ist bemerkenswert, daß auch der regierungstreue C. [1] derselben nicht uneingeschränkt folgt. Zwar findet er den Ton versöhnlich, aber die leichte Auffassung des Konfliktes hält er für bedenklich. Desgleichen die Erklärung, welche neben der Festhaltung der verfassungsmäßigen Basis die Aufrechterhaltung der Militärreorganisation als Prinzip der Regierung aufstellte. Ähnliche Bedenken äußert Geffcken. [2] Trotz des versöhnlichen Charakters in der Form hält er sie nicht dazu geeignet, einen Ausgleich herbeizuführen. Der radikale Freischütz [3] empfindet die Ankündigung der Militärnovelle, in welcher trotzdem die Armeereorganisation aufrecht erhalten werden soll, als eine Verhöhnung der Volksvertretung und des Landes überhaupt. Das Abgeordnetenhaus habe fortan nicht nur auf die Heeresreform an sich, sondern vor allem auf seine eigene Ehre zu achten. Die zu erwartende Militärvorlage kann nach seiner Ansicht nicht zur Verständigung führen. Die übrigen liberalen Blätter schließen sich mehr oder weniger an. Die N. [4] fordern die preußischen Volksvertreter auf, in einer Adresse an den König die geziemende Antwort zu geben, wenn auch schon zum Teil durch die Rede Grabows eine Antwort erfolgt sei. „Der ist ein schlechter Anwalt, der im Bewußtsein der guten Sache, welche er führt, die Ausführung der Gegenpartei unbeachtet und ihre irrigen Behauptungen, ihre Verdrehungen des Rechts, unerwidert läßt. Das Abgeordnetenhaus führt heute einen Prozeß, der über Sein oder Nichtsein der Verfassung entscheidet, und seine Pflicht ist, ihm die volle Sorgfalt eines gewissenhaften Anwalts zuzuwenden". Geffcken [5] geht der allmählich immer radikaler werdende Ton der Fortschrittspartei zu weit. Die Minister können bei der Unbesonnenheit der Fortschrittspartei sicherlich nicht ohne Grund auf Fehler des Hauses rechnen.

Die ersten Tage der Session waren von den Beratungen erfüllt, ob eine Adresse erlassen werden sollte oder nicht. Hatten die liberalen Blätter eine solche bereits als Antwort auf die Thronrede gefordert, so sollte sie jedoch vor allem dem König die Augen öffnen über die wahre Stimmung im Lande, welche ihm durch die im vorigen Jahr von dem preußischen Volksverein betriebenen Loyalitätsadressen verschleiert worden sei. Daß die Konservativen sich gegen den Erlaß einer Adresse aussprachen, ist begreiflich, und der C. kann seine Freude über die anfänglichen Uneinigkeiten, die bei den Beratungen hervortraten, nicht unterdrücken. Als dann aber immer deutlicher wurde, daß die radikale Richtung in der Kommission die Mehrheit für sich gewann, erhebt er warnend seine Stimme [6] an die Regierung, wieder die verfassungsmäßigen Bahnen zu beschreiten. Er scheut sich nicht, offen auszusprechen, was von der liberalen Presse schon längst betont worden war: die Verletzung der Verfassung von Seiten der Regierung. Er versucht die Regierung aber doch zu rechtfertigen, wenn er fortfährt, daß sie nur notgedrungen dazu gekommen sei, und daß das Land finanziell keinen Schaden gelitten habe. Diese Argumente konnten bei der öffentlichen Meinung, welche ganz unter dem Einfluß der liberalen Presse stand, wenig Verständnis finden. Ebenso mußten die Ermahnungen an die Opposition, nicht blindem Zorn zu folgen, [7] ins Nichts verhallen.

Am 27. Januar begann die Adreßdebatte im Landtag. Der

1] 28. 1. 1863 2] 14. 1. 1863 3] 17. 1. 1863 Freischütz 4] 17. 1. 1863 5] 14. 1. 1863
6] 21. 1. 1863 C 7] 21. 1. 1863 C

von v. Virchow und v. Carlowitz eingebrachte Entwurf[1] sprach unumwunden die Verbitterung des preußischen Volkes gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen der Regierung aus; v. Vincke hatte einen gemäßigteren Gegenentwurf eingebracht, doch es war klar, daß dieser keine Mehrheit finden würde.

Wie beurteilte man nun die Adresse? Der C. vergleicht sie mit der Grabow'schen Kampfesrede und folgert daraus, daß das Abgeordnetenhaus überhaupt keine Verständigung wolle. Die liberalen Blätter stehen geschlossen hinter der Fortschrittspartei. Die Reform[2] bezeichnet den Virchow'schen Entwurf als den treuen Ausdruck der Überzeugung des preußischen Volkes. Die N.[3] erklären denselben als ein Aktenstück seltener Meisterschaft. Durch die Art seiner ruhigen und klaren und doch entschiedenen Darstellung der Situation würden auch diejenigen, welche sich bisher gegen eine Adresse ausgesprochen hätten, ihre Bedenken aufgeben. Der Freischütz[4] lobt vor allem den energischen Ton im Vergleich zu der weichen von Loyalitätsversicherungen erfüllten Adresse im vorigen Frühjahr. Der Entwurf zeichne sich dadurch aus, daß er nicht mehr an Höflichkeit enthalte als eben nötig und dem König in einfacher aber würdiger Weise ein Bild von der Situation gebe. Der absolutistischen Tendenz Bismarcks habe sie die Maske abgerissen. Geffcken kritisiert besonders die rücksichtslose Sprache der Virchow'schen Adresse. So sehr er ein überzeugter Liberaler war, so sehr bekämpfte er doch den entschiedenen Radikalismus. Das änderte seine Haltung zu dem preußischen Ministerium in keiner Weise. Nach wie vor blieb er ein Gegner des Bismarck'schen Systems. Das zeigt sein Bericht vom 24. 1., wo er sagt, daß das Terrain in Berlin unnormal sei und man auf dasselbe die gewöhnliche politische Logik nicht anwenden dürfe; denn es sei ohne Beispiel, daß ein Ministerium nach Empfang einer derartigen Adresse sich weder zurückziehe noch die Kammer auflöse.

Der erste Tag der Adreßdebatte hatte bereits die Entschiedenheit gezeigt, mit welcher beide Parteien in den Kampf gingen. Flammende Reden der führenden Männer der Opposition wie des Grafen Schwerin und Virchows griffen die Regierung aufs Schärfste an, aber auch Bismarcks Erwiderung stand ihnen in nichts nach.[5] Gleich bei Eröffnung der Sitzung wurde auf Antrag Waldecks dem Präsidenten Grabow für seine Rede durch Erheben von den Plätzen die offizielle Anerkennung des Hauses ausgesprochen. Nur die Feudalen und die Fraktion Vincke schlossen sich aus. Diese Demonstration machte einen großen Eindruck auf die Hamburger liberale Presse. Die Reden der Fortschrittsmänner, wie überhaupt der Liberalen, fanden uneingeschränkten Beifall. Ganz besonders die des Grafen Schwerin, welcher die Andeutung Bismarcks,[6] Macht gehe vor Recht, energisch zurückgewiesen hatte. Selbst der C. versagt den liberalen Rednern seine Anerkennung nicht. Aber auch Bismarcks scharfe Entgegnung findet seine Zustimmung, und er spricht von der „würdigen Rede" des Ministerpräsidenten. Von liberaler Seite dagegen erfuhr jene Rede eine vernichtende Kritik. Wäre dieselbe auch nicht in dem harten Ton gehalten gewesen, so hätte sie zweifellos dieselbe Ablehnung gefunden, denn bei der allgemeinen Verstimmung gegen Bismarck war ein objektives Urteil

1) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10. S. 151 f. 2) 26. 1. 1863. 3) 24. 1. 1863. 4) 27. 1. 1863. 5) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10 S. 152 ff. 6) ebenda S. 152 ff.

nicht mehr möglich.

Sowohl bei der öffentlichen Meinung als auch bei Geffcken hat die Debatte des ersten Tages den Eindruck hinterlassen, daß an eine Lösung des Konflikts nicht mehr zu denken sei. Auch Geffcken lobt das entschlossene Auftreten des Grafen Schwerin und wendet sich gegen Bismarck, der alle versöhnlichen Formen abgelegt habe. Während er am 27. Januar in einem vertraulichen Brief an Syndikus Merck schreibt, daß man nun nicht mehr wisse, was werden solle, so kommt er am nächsten Tag in seinem offiziellen Bericht bereits zu dem Schluß, daß eine Lösung des Konflikts immer mehr auf die Alternative Staatsstreich oder Abdankung hindränge.

Mit wachsendem Interesse verfolgte man den weiteren Verlauf der Adreßdebatte. Der C. begnügt sich im allgemeinen mit dem bloßen Bericht der Verhandlungen. Die liberalen Blätter dagegen nehmen stets besonders Stellung. Sybels Rede vom letzten Tag der Beratungen findet große Anerkennung. Er habe in unwiderleglicher Weise bewiesen, daß der Konflikt willkürlich von der Regierung hervorgerufen sei.[1] Wie man erwartet hatte, wurde der Virchow'sche Entwurf gegen eine Minorität von nur 60 Stimmen angenommen. Der Freischütz[2] sieht den größten Gewinn der Adreßdebatte darin, daß eine unüberwindbare Schranke zwischen dem preußischen Volk und dem Ministerium Bismarck gezogen worden sei. Man wollte in den radikalen Kreisen des Hamburgischen Liberalismus mit Bismarck keine Verständigung mehr. Nur durch seinen Sturz sei ein Ausgleich herbeizuführen. Man mußte aber doch einsehen, daß die Adreßdebatte die Macht des Ministerium Bismarck nicht gebrochen hatte. Dennoch zweifelte man nicht, daß die Stellung desselben erheblich erschüttert sei. Die völlige Isolierung der Minister im preußischen Volk habe sich aufs neue gezeigt.[3] Für die Volksvertretung sind nach Ansicht der N. die Tage der Adreßdebatte wahre Ehrentage gewesen. Nicht nur deswegen, weil sie in unumwundener Sprache dem Monarchen ihre Klagen unterbreitet habe, sondern wegen der hervorragenden staatsmännischen Begabung, die in den Reden eines Gneist und Sybel, Virchow und Waldeck zum Ausdruck gekommen sei. Die geistige Ohnmacht der Regierung sei dadurch umsomehr enthüllt worden.

Große Verbitterung erregte die Mitteilung des Königs, daß er die Adreßdeputation nicht persönlich empfangen könne. Alle Hoffnungen, welche man auf die Adresse gesetzt hatte, waren damit zerstört. Man gab es auf, den Herrscher für die Sache des Volkes zu gewinnen. Es wurden der Krone bittere Vorwürfe gemacht, daß sie die Loyalitätsdeputationen der Konservativen immer empfangen habe, welche die größten Schmähungen gegen die Volksvertretung vortragen durften, jener aber werde es versagt, ihre Rechtfertigung direkt durch ihre Vertreter darzulegen. Trübe sah man in die Zukunft. Wie mußte nun erst die königliche Antwort ausfallen?

Zu den in diesen Tagen in den diplomatischen Kreisen zirkulierenden Gerüchten eines Staatsstreiches oder der Oktroyierung eines Wahlgesetzes hat Geffcken[4] wenig Vertrauen. Daß Bismarck den Wunsch dazu habe, bezweifelt er nicht, es werde ihm

1) 31. 1. 1863. N. 2) 3. 2. 1863. 3) 4. 2. 1863. 4) 31. 1. 1863.

aber nicht gelingen, das Haus durch sein provozierendes Auftreten zu einem illegalen Akt zu bringen. Auch glaubt er nicht an einen Aufstand, den die Kreuzzeitungspartei so sehr herbeiwünsche. Er hält den König eines offenen Bruches der Verfassung nicht fähig. Überdies werde, wenn jene aufgehoben werden sollte, nur passiver Widerstand geleistet werden.

Die von dem Herrenhaus erlassene Gegenadresse machte wenig Eindruck. Mit Recht wiesen die liberalen Organe darauf hin, daß diese nur dazu angetan sei, das preußische Volk um so enger an seine Volksvertreter zu fesseln. Der Freischütz[1] bezeichnet sie als einen armseligen Versuch, die Budgettheorie des Ministeriums zu rechtfertigen.

Die Antwort des Königs[2] auf die Adresse des Abgeordnetenhauses entsprach ganz den Erwartungen, welche man nach der Weigerung des Königs, dieselbe persönlich in Empfang zu nehmen, hatte. Aufsehen erregte vor allem, daß sie von keinem Minister gegengezeichnet war. Damit verlor sie nämlich ihre Bedeutung als Regierungshandlung und galt nur als persönliche Äußerung des Königs. Die Folge war, daß die Angriffe gegen die Krone nunmehr schärfere Formen annahmen. Die N.[3] jedoch machen eine Ausnahme, wenn sie von einer Erwiderung auf die königliche Antwort abraten. Eine solche werde eine Bekämpfung der persönlichen Willensmeinung des Monarchen sein. Durch einen solchen Kampf werde die Heiligkeit des Gottesfriedens verletzt, welcher schützend die Person des Königs umgebe. Der erneute Kampf gegen dessen Ratgeber, gegen die Minister, wird als die einzige Möglichkeit bezeichnet, König Wilhelm die geziemende Erwiderung zu geben. Sie haben noch Achtung vor der Person des Monarchen, welche bei dem F. und bei der R. fast völlig geschwunden war. Für Geffcken[4] ist mit diesem königlichen Schreiben jede Hoffnung auf eine Verständigung beseitigt, da die Krone darin selbst als Partei aufgetreten sei, indem sie das Ministerium verteidigt habe. Vor allem aber wegen der Erklärung, daß das Haus mit den Budgetbeschlüssen die verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten habe. Selbst dem C.[5], der sowohl gegen den Inhalt als auch gegen die Form der königlichen Antwort nichts einzuwenden hat, ist das Wie der am Schluß derselben angedeuteten Ermöglichung einer Verständigung höchst zweifelhaft.

1] 7. 2. 1863 2] Bismarck Ges. Werke Bd. 10 S. 162 f 3] 10. 2. 1863
4] 6. 2. 1863 5] 9. 2. 1863

B.

Die polnische Frage.

Das Hauptinteresse der folgenden Tage und Wochen galt dem polnischen Aufstand und der preußisch-russischen Konvention vom 8. Februar 1863. Die polnische Erhebung entzündete eine flammende Begeisterung in Hamburg. Die liberalen Blätter, besonders Reform und Freischütz, wetteiferten miteinander im Enthusiasmus für die polnischen „Freiheitskämpfer". In langen Artikeln und Gedichten wurde deren „Heldenkampf" gefeiert. Wie mußte daher die preußisch-russische Konvention aufgenommen werden, welche den Russen gestattete, auf preußisches Gebiet übergetretene Insurgenten dort weiter zu verfolgen und nach Rußland zu bringen. Das verhaßte preußische System hatte sich mit dem absolutistischen Rußland zusammen getan, um den ehrlichen Befreiungskampf des polnischen Volkes zu unterdrücken. Die Verbitterung steigerte sich von Tag zu Tag. Jede im Landtag eingebrachte Interpellation in dieser Frage wurde mit aller Entschiedenheit unterstützt. Auf einen Einspruch der Westmächte gegen eine evtl. Intervention Preußens setzte man große Hoffnungen. Ein freies Polen war den Hamburgischen Radikalen mehr wert, als das Bismarcksche Preußen. Von der deutschen Aufgabe Preußens war jetzt nicht die Rede. „Und müßte unser deutscher Stolz sich dagegen empören, wenn eine deutsche Zentralregierung sich solchen Protesten [1] fügen müßte, so haben wir kein Mitgefühl für eine Demütigung des Herrn v. Bismarck und des hohenzollernschen Absolutismus komme sie, woher sie wolle". [2] Diese Äußerung eines der führenden Blätter im damaligen Hamburg gibt ein klares Bild von dem Grad, den der Haß gegen das reaktionäre preußische Ministerium bereits erreicht hatte. Aufs neue wandte man sich gegen die Heeresreorganisation. Vom preußischen Volk könne nicht verlangt werden, daß es sein Gut und Blut für derartige Bismarcksche Tendenzkriege hergeben solle. [3] Man sah in Bismarck eben nur den reaktionären Junker und hatte kein Verständnis für seine große Politik. Die Absicht, welche Bismarck in dieser Polenpolitik verfolgte, Rußland an Preußen heranzuziehen, um im Falle eines französischen Krieges im Osten gesichert zu sein, blieb den Hamburgischen wie allen deutschen Liberalen verborgen.

Eine Versöhnung erschien nun gänzlich ausgeschlossen, wenn überhaupt noch von einer solchen gesprochen werden konnte. Das zeigte schon die Interpellation der Abgeordneten v. Carlowitz und Schulze-Delitsch vom 17. Februar [4] in aller Deutlichkeit, als der Ministerpräsident es ablehnte, dieselbe zu beantworten. Man erblickte darin das Gefühl der Schwäche des Ministeriums. Wer davon durchdrungen sei, daß er seinen Handel nicht verteidigen könne, müsse es natürlich ablehnen, sich in eine Diskussion einzulassen. Trotz des entschlossenen Protestes der preußischen Volksvertretung, der von den Hamburgischen Anhängern eifrig unterstützt wurde, erwartete man von ihr bei der herrschenden Regierungsgewalt keine Sistierung der Konvention. Wohl aber würde sie zur Isolierung des Ministeriums beitragen, wenn sie sich öffentlich von deren fluchwürdigen Politik lossagte. Diese russisch-

1] der Westmächte 2] 14. 2. 1869. F. 3] 17. 2. 1863. N.
4] Ob eine Konvention mit Rußland überhaupt bestehe.

preußische Konvention werde den Sturz des Ministeriums nur beschleunigen. [1]

Der C. [2] nun ist wiederum der Verfechter der preußischen Regierungshandlungen. Hatten die liberalen Blätter gerade bei der polnischen Frage erneut Gelegenheit genommen, die Einrichtung der Landwehr gegenüber der neuen Armeereorganisation zu verherrlichen, so hebt der C. gerade die Bedeutung der letzteren hervor. Er weist darauf hin, wie gut sich dieselbe bei der Truppenzusammenziehung an den östlichen Grenzen bewährt habe und knüpft daran den Wunsch, daß das Abgeordnetenhaus die eben vorgelegte Militärnovelle annehmen möge. Daran war bei der augenblicklichen Stimmung nicht zu denken.

So sehr man den Sturz des Ministeriums Bismarck herbeisehnte, so schenkte man doch den in diesen Tagen verbreiteten Gerüchten eines Regierungswechsels keinen Glauben. Geffcken [3] allerdings ist der Ansicht, daß Bismarck die polnische Frage nicht überdauern werde. Aber die Frage, was dann kommen wird, vermag er nicht zu beantworten. Ein Nachfolger werde immer eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus verlangen. Dazu werde der König jedoch nie bereit sein; denn ein solcher Schritt sei gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Heeresreform, für welche sich der Monarch unwiderruflich engagiert habe.

Am 26. Februar begann die große Polendebatte im Abgeordnetenhaus. [4] Geffcken [5] wendet sich scharf gegen die Fortschrittspartei, deren polenfreundliche Übertreibungen Bismarck nur willkommen sein könnten, um jene der Sympathie mit der europäischen Revolution anzuklagen. Der Ministerpräsident habe die Volksvertretung mit dem verachtendsten Hohn behandelt. Geffckens deutsches Nationalgefühl bäumte sich gegen dieses gehässige Treiben der Opposition in der Polenpolitik auf. Trotz seiner entschiedenen Abneigung gegen Bismarck, und so sehr er dessen Polenpolitik verwarf, hatte er sich doch nicht zu einem solchen Haß verstiegen wie Freischütz und Reform, daß ihm jedes Mittel zur Beseitigung Bismarcks recht war.

Von der Fortschrittspartei war eine Resolution eingebracht worden, welche die unbedingte Neutralität Preußens beiden Parteien (Rußland und Polen) gegenüber forderte. [6] Wenn auch eine Annahme derselben von vornherein feststand, so ließen die liberalen Blätter es sich nicht nehmen, ihre Feder dafür anzusetzen. Die Debatte selbst gab genug Stoff, um erneut gegen Bismarck zu polemisieren. Der Hamburgische Gesandte hatte die rücksichtslose Sprache der Opposition schwer getadelt, den Hamburger Liberalen und Demokraten erschien dieselbe durchaus verständlich. Den Ton des Ministerpräsidenten dagegen empfand man als provozierend. Daß jener aber erst durch die polenfreundlichen Reden dazu veranlaßt worden war, wie Geffcken richtig bemerkt, wollten seine Gegner in ihrem blinden Haß nicht sehen. Mit Recht spricht der C. sein tiefes Bedauern darüber aus, daß den preußischen Abgeordneten das Parteiinteresse höher stehe als die preußisch-deutsche Politik der Regierung in der polnischen Angelegenheit.

Welche Bedeutung legte man nun dieser Debatte bei, die schließlich mit der Annahme der erwähnten Resolution geendet

1] 24. 2. 1862 Fr. 2] 12. 2. 1863. 3] 23. 2. 1863. 4] Bismarck, Ges. Werke Bd. X S. 165 ff. 5] 26. 2. 1863 6] Bismarck, Ges. Werke Bd. X, S. 168 ff.

hatte? Hier war man zum Teil verschiedener Meinung. Daß die Stellung des Ministeriums tief erschüttert worden sei, darin stimmte man mit Ausnahme des C. überein. Der Freischütz[1] prophezeit, daß jeder Tag, den es noch länger im Amte verbleibe, die Wucht seines Falles nur verstärken werde. Der C.[2] will von einer Erschütterung nichts wissen, ja, er spricht sogar von einer Festigung der Stellung Bismarcks. Daß die Trockenlegungspolitik der Regierung, die Volksvertretung mundtot zu machen, eine entscheidende Niederlage erfahren habe, war die Ansicht aller liberalen Blätter. Aber in der Frage der Bedeutung der Resolution trennen sich N. und F. Während jene dem Protest des Abgeordnetenhauses die schließliche Sistierung der Konvention zuschreiben,[3] vertritt dieser die Meinung, daß Bismarck dem Drängen der Westmächte gewichen sei.[4] Der Ministerpräsident sei nicht der Mann, welcher auf die Stimme der Landesvertretung höre.[5] Die R. schließt sich dem F. mehr oder weniger an. Die Reden der Opposition werden übermäßig gefeiert, und ebenso wie die Adreßdebatte werden auch die Tage der Polendebatte als Ehrentage für das Parlament bezeichnet. Das Vertrauen zu dem preußischen Volk war noch größer geworden, und mit berechtigten Hoffnungen glaubte man den Beratungen über das Militärbudget entgegengehen zu können.

Inzwischen war am 14. Februar vom Kriegsminister die Militärnovelle eingebracht worden. Vergeblich bemüht sich der C., die vielen Vorzüge derselben herauszuheben. Die große Mehrheit glaubte den regierungsfeindlichen Blättern mehr, welche in dieser Militärvorlage kein Mittel zur Verständigung sehen konnten. Der C. wendet sich bei dieser Gelegenheit besonders gegen diejenigen, welche eine Einigung mit diesem Ministerium überhaupt für unmöglich erklärten. Er wirft ihnen Mangel an Interesse für die Machtstellung Preußens wie für den Schutz des Vaterlandes vor. Doch alle Vorhaltungen des Amtsblattes vermochten die allgemeine Stimmung nicht zu ändern. Das zeigt die begeisterte Aufnahme, welche die Nachricht von der Annahme der Forkenbekschen Resolution, welche die Verfassungswidrigkeit des budgetlosen Zustandes aussprach, fand.

Die polnische Frage hielt die Gemüter noch lange in Aufregung. Die Kaufmannschaften einiger preußischer Handelsstädte beschwerten sich über die Schädigung der Verkehrsinteressen durch die preußisch-russische Konvention. Bismarck konnte diese zwar nicht ableugnen, machte aber die Kundgebung der Opposition und vor allem deren Presse dafür verantwortlich. Diese Äußerung des Ministerpräsidenten rief in der liberalen Presse einen Sturm der Entrüstung hervor. Denn auch sie hatte nicht versäumt, ihre Meinung über die preußische Polenpolitik ungeschminkt zum Ausdruck zu bringen. Auch jetzt bleibt sie die Antwort nicht schuldig.

1) 3. 3. 1863. 2) 2. 3. 1863.
3) 4. 3. 1863 4) 3. 3. 1863
5) Am 8. Februar hatte der preußische General Alvensleben mit Rußland eine Konvention abgeschlossen, welche eine gegenseitige Unterstützung im polnischen Aufstand aussprach. Gegen diese Konvention erhoben die Westmächte Einspruch. Fast schien sich an dieser polnischen Frage ein europäischer Krieg zu entfesseln. Bismarck gab schließlich nach, aber in einer derartigen Diplomatie, daß er den Mächten gegenüber durchaus seine Stellung behauptete und nicht den Eindruck erweckte, als ob er ihrem Protest gewichen sei. Formell blieb die Konvention bestehen, aber faktisch trat sie außer Wirkung. (Im vollen Einverständnis mit Rußland.) Die Opposition im Abgeordnetenhaus gegen die Konvention hat Bismarck zu diesem Schritt nicht beeinflußt. (Vgl. Egmont Zechlin: „Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht" S. 412 — 528).

So wurde der Behauptung Bismarcks entgegengehalten, daß nur mit seinem Rücktritt die Aufregung im preußischen Volk zu beseitigen sei. „Ein solcher Systemwechsel wird jedenfalls über kurz oder lang erfolgen müssen, unsägliche Leiden für Preußen und höchst betrübende Zustände in Deutschland stehen aber in Aussicht, wenn die jetzige unheilbringende Stellung der preußischen Regierung zum In- nnd Ausland nicht ungesäumt ihr Ende erreicht." [1]

C.

Verschärfung der inneren Gegensätze.

Einen Augenblick schien der Streit in Preußen zu ruhen: am 17. März, der 50. Wiederkehr des Tages, wo Friedrich Wilhelm III. den „Aufruf an mein Volk" erlassen hatte; aber doch nur scheinbar. Die Tatsache, daß die Feier in Berlin einen rein militärischen Charakter getragen und der größte Teil der Berliner Einwohnerschaft sich von der Feier ferngehalten hatte, während in Hamburg die gesamte Bevölkerung an dem Fest beteiligt gewesen war, ließ die R.[2] nicht ruhen, daraus politisches Kapital gegen das preußische System zu schlagen. „Hamburg und die übrigen freien Städte Deutschlands verdanken den in ihrer Mitte herrschenden geistigen Aufschwung . . . dem Umstand, daß es niemals gelang noch gelingen wird, ihre Bürgerfreiheit dem Regimente irgend eines feudalen Junkertums auf die Dauer zu unterordnen."

Allmählich trat die polnische Frage mehr in den Hintergrund, und die rein innerpreußischen Streitigkeiten traten wieder mehr hervor.

Am 17. April interpellierte Twesten die Regierung, wie sie sich zu dem Beschluß Dänemarks vom 30. März, die Gesamtstaatsverfassung einzuführen, stellen wolle, und ob sie sich noch weiterhin an das Londoner Protokoll zu halten gedenke. Er forderte die Regierung auf, die wohlbegründeten Rechte in Schleswig zu vertreten, aber nicht mit einem Krieg, da das Haus dem immer entgegentreten werde. Die darauf folgende Erwiderung Bismarcks,[3] die Regierung werde nach ihrem Ermessen auch ohne Gutheißen der Abgeordneten einen Krieg führen, wenn es das Staatsinteresse erfordere, rief einen Sturm der Entrüstung hervor. Man erblickte darin die Proklamation des reinen Absolutismus. Ohne Genehmigung der Landesvertretung, so meint der F.,[4] könne keine Kriegssteuer erhoben, keine Anleihe gemacht werden. Dieses Recht sei verbrieft und in der Natur der Dinge begründet. Die schon zum Schlagwort gewordene Unmöglichkeit eines Ausgleichs mit diesem Ministerium wurde aufs neue ausgesprochen. Zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhaus sei ein Kampf um Sein oder Nichtsein entbrannt, so empfanden alle diejenigen, die in treuer Hingabe für die Rechte des preußischen Volkes eingetreten waren, und derer gab es

1) 14. 3. 1863 R. 2) 21. 3. 1863. 3) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10. S. 181 f.
4) 23. 4. 1863. vgl. Reform.

nicht wenig. „Je rascher der innere Konflikt zum Austrag kommt, desto besser wird es für Deutschland sein, das seit einem halben Jahrhundert nicht in so bedrohlicher Lage war, wie heute.“ [1]

Der Angelpunkt der Session war wiederum das Militärbudget, an welchem sich der Kampf um die Verfassung erneut entzünden sollte. Das trat schon in den ersten Tagen deutlich hervor. Das am 22. April von der Fortschrittspartei eingebrachte Ministerverantwortlichkeitsgesetz wurde mit großer Mehrheit angenommen, obgleich Bismarck [2] den Zeitpunkt dafür als nicht geeignet erklärt hatte, wozu der C.[3] treffend bemerkt, daß vielleicht gerade das der Grund für die Opposition gewesen sei, denselben für geeignet zu finden. Während die N., die sonst zu jedem politischen Ereignis in Preußen Stellung nehmen, sich nur mit dem Bericht der Verhandlungen begnügen, erheben R. und F. umso lauter ihre Stimmen. Der Mangel eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes wird von der R.[4] besonders stark empfunden, da man nicht imstande sei, der Anmaßung der Minister, ohne Budget zu regieren und eine vom Landtag nicht gebilligte Armeereorganisation durchzuführen, durch Berufung an einen gesetzmäßigen Richter entgegenzutreten. Wenn überhaupt noch ein Mittel möglich sei, den Konflikt zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung auf friedlichem Wege zu lösen, so sei dieses Gesetz das einzig mögliche, d. h. man wollte auf Grund dessen die Minister für die bisher gemachten Ausgaben verantwortlich machen und mit einem Systemwechsel die Rechtssicherheit in Preußen wieder herstellen, welche durch das budgetlose Regiment vernichtet sei. So dachte sich das führende Hamburgische Blatt die „friedliche“ Lösung des Konflikts, m. a .W. man wollte die Unterordnung der königlichen Macht unter den Parlamentarismus.

Daß bei jeder Gelegenheit die Widerrechtlichkeit des budgetlosen Regimes, mit welchem die Regierung die Armeereorganisation durchführte, betont wurde, haben wir bereits mehrfach gesehen. Es war klar, daß der Kampf bei den Beratungen über die Militärnovelle in verschärfter Form zum Ausdruck kommen mußte. Nach den Verhandlungen in den Kommissionen war daran nicht zu zweifeln. Den liberalen Blättern war dies durchaus recht. Sie wollten sich mit dem Ministerium Bismarck ja überhaupt nicht mehr verständigen. Man wollte keine Einigung mit diesem pommerschen Junker, und in blindem Haß wurde jedes national-deutsche Interesse vergessen. Hatte der Freischütz sich doch nicht gescheut, seinen Wunsch, die preußische Regierung möchte durch die Westmächte gedemütigt werden,[5] offen auszusprechen. Vergeblich versuchte der C., seine Landsleute an ihren deutschen Patriotismus zu erinnern. Wenn er auch nur zu oft seine konservative Einstellung nicht verbergen konnte, so stand sein **deutsches** Nationalgefühl doch über der Partei. Das zeigt seine Haltung in der Polen- wie in der deutsch-dänischen Frage. Bismarck war für ihn der einzige Mann, der allein imstande sei, die außen- und innenpolitischen Gefahren der Gegenwart abzuwehren. Daher wurde er gegen alle Angriffe der Opposition verteidigt.

1) 23. 4. 1863. Fr. 2) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10. S. 183. 3) 24. 4. 1863
4) 25. 4. 1863. 5) In der polnischen Frage.

Ein neues Stadium in der Militärfrage trat ein, als die Fortschrittspartei von sich aus eine Heeresreform ausarbeitete. In der Kommissionssitzung vom 12. März legte von Forkenbek mehrere Anträge vor, welche zu der Militärnovelle der Regierung im schärfsten Gegensatz standen. Alle Forderungen der Volksvertretung, vor allem die zweijährige Dienstzeit und die Erhaltung der Landwehr, sollten danach durchgeführt werden. Dies führte zu einer Spaltung innerhalb der Opposition im Landtag. Während der gemäßigtere Teil diesen Anträgen zustimmen wollte, forderte die radikale Linke unter Waldeck die absolute Ablehnung der Regierungsvorlage und lehnte die Einbringung von Gegenvorschlägen von Seiten des Abgeordnetenhauses vollkommen ab. F. und R. traten für die letztere Gruppe ein. Das Beste an diesen Anträgen sei, daß sie keine Brücke zur Verständigung bildeten, denn die Regierung werde sie niemals annehmen.[1] Anders die gemäßigteren Nachrichten.[2] Sie hatten trotz ihres unerbittlichen Kampfes gegen das preußische Ministerium doch noch ein Verständnis für positive Politik. Sie nehmen die Forkenbek'schen Anträge begeistert auf und würdigen sie nicht nach ihrer negativen, sondern nach ihrer positiven Seite hin. Der Vorwurf der Konservativen, das Abgeordnetenhaus bezwecke mit der Ablehnung der Heeresreform, den Staat wehrlos zu machen, würde entkräftigt, wenn jenes durch Annahme dieser Anträge zeigen werde, daß es bereit sei, positive Arbeit zu leisten, indem es seinerseits an die Durchführung der Armeereorganisation ginge. Wenn Regierung und Herrenhaus keine annehmbare Gesetzesvorlage in der Militärfrage einbringen wollten, so erwachse daraus noch lange nicht ein Recht für die Volksvertretung, auch ihrerseits die Hände in den Schoß zu legen. „Eine positive Lösung der Militärfrage erfordert die Lage, und die Volksvertretung hat, gleichviel was die andern Staatsgewalten tun, ihre Pflicht zu erfüllen und was in ihren Kräften steht, für eine solche aufzubieten".[3]

Anfang April beantragte das Ministerium die nachträgliche Genehmigung der Mehrausgaben von 1862, nachdem den Abgeordneten eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben dieses Jahres vorgelegt war, welche nachwies, daß trotz der Durchführung der Heeresreform ein Überschuß von mehreren Millionen erzielt war. Geffcken[4] folgert daraus, daß diese günstige Finanzlage den König in seiner bisherigen Haltung dem Abgeordnetenhaus gegenüber bestärken werde und somit an eine Verständigung nicht zu denken sei. Für die liberale Presse hatte die materielle Seite der Heeresreform nicht mehr die Bedeutung wie früher. Sie interessierte vor allem die rechtliche Frage, die Durchführung derselben ohne Budget, und die „Reform" erwartet von den preußischen Abgeordneten, daß sie der beantragten nachträglichen Genehmigung der widerrechtlich gemachten Ausgaben ihre Zustimmung versagen werde. Die Spannung und die Verbitterung gegen Bismarck nahm immer mehr zu, je weiter man sich der Eröffnung der Debatte über die Militärnovelle näherte. „So sehr hat sich auf die Person Bismarcks" schreibt Geffcken[5] „infolge seiner verhängnisvollen Mißgriffe und seines herausfordernden Auftretens die Erbitterung konzentriert, daß ich überzeugt bin,

1) 18. 3. 1863 R. 24. 3. F. 2) 17. 3. 1863 R. 3) 17. 4. 1863 R. 4) 4. 4. 1863
5) 4. 5. 1863

nit seiner Entlassung könnte der König jetzt die Militärorganiation gewinnen, doch ist daran nicht im Entferntesten zu denken".

Am 7. Mai nahmen die Verhandlungen ihren Anfang. Die Kommissionsverhandlungen hatten keine Einigung in der Opposition herbeizuführen vermocht. Aber sowohl auf liberaler als auch uf konservativer Seite rechnete man mit der Annahme der Forkenekschen Anträge. In seiner Verbitterung darüber macht der F. [1] en Gemäßigteren die bittersten Vorwürfe. Der einfache Menschenerstand verlange [2], dem Gesetzentwurf des „Hauses Roon & Co." in festes Nein entgegenzusetzen, alles weitere sei vom Übel. Waldeck, der diesen Standpunkt vertreten hatte, wird als der wahre Staatsmann gefeiert. Der F. sieht den Ausgang des Verassungskonflikts gefährdet, wenn das Abgeordnetenhaus den Anrägen der „positiven Politiker" folgen werde, welche der Militärartei unverantwortliche Konzessionen machen wollten. „Nichts ewilligen, keinen Taler, . . . sich auf keine tiefgreifende Organiation einlassen, solange Herr v. Bismarck am Ruder, solange as Budgetbewilligungsrecht nicht rückhaltlos anerkannt ist — das st die einzige gesunde Politik". [3]

Am 11. Mai kam es im preußischen Abgeordnetenhaus zu inem Zwischenfall, [4] der zur Schließung der Session führen sollte. [5] Der Kriegsminister hatte den Abgeordneten in der Debatte Mangel an Patriotismus vorgeworfen. Von Sybel verteidigte ie Opposition gegen diesen ministeriellen Vorwurf. Er forderte ie Regierung auf, ihrerseits einen Beweis von Patriotismus zu eben und wies darauf hin, daß sie denselben am besten mit hrem Rücktritt zum Ausdruck bringen könne. Als dann Roon n Erwiderung diese Äußernng als Anmaßung zurückwies, wurde r von dem Vizepräsidenten von Bockum-Dolffs unterbrochen. Der Minister bestritt dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses as Recht der Disziplinargewalt über die Ratgeber des Königs nd redete weiter. Ein ohrenbetäubender Lärm der Abgeordneten ar die Folge, was den Vorsitzenden veranlaßte, die Sitzung zu ertagen. Die Regierung erklärte sich mit dem Standpunkt des Kriegsministers solidarisch und teilte dem Abgeordnetenhaus mit, aß es nicht eher wieder den Verhandlungen beiwohnen werde, is ihr von demselben eine Erklärung zugegangen sei, [6] daß es uf die Disziplinargewalt über die Minister bei den Verhandungen verzichte.

Geffcken [7] stellt sich in diesem neuen Streit auf die Seite er Volksvertreter. Er spricht dem Präsidenten des Abgeordnetenauses durchaus das Recht zu, einem Minister im Rahmen der arlamentarischen Ordnung das Wort zu entziehen. Ebenso die beralen Blätter. Die Unmöglichkeit des Ministeriums Bismarck urde mit doppelter Schärfe betont. Auch der C. [8] sagt, daß mit **diesem** Abgeordnetenhaus und **diesem** Ministerium jede Aushnung vollends undenkbar geworden sei. Welches von beiden i weichen habe, wird zwar nicht besonders erwähnt, aber zwischen en Zeilen ist deutlich zu lesen, daß das Ministerium nach wie or sein Vertrauen hat, daß also das Abgeordnetenhaus das Feld i räumen habe. Man hoffte sicherlich, daß eine Entwicklung es inneren Konflikts in dieser Richtung auch dem konservativen lement in Hamburg zugute kommen würde. Die Dienste, welche

12. 5. 1863 2) 12. 5. 1863 3) 12. 5. 1863 F. 4) Die innere Politik S. 184 f. Bismarck, Ges. Werke Bd. X, S. 183 6) Die innere Politik S. 185 ff.
15. 5. 1863 8) 13. 5. 1863

das Ministerium Manteuffel den Hamburgischen Konservativen im Verfassungskampf geleistet, [1] hatte man noch in dankbarer Erinnerung.

Der F. [2] klagt die Volksvertretung heftig an, zu gemäßigt gegenüber der Regierung gewesen zu sein, nur so kann er sich das Auftreten des Kriegsministers erklären. Das Abgeordnetenhaus habe bei weitem nicht genug Interpellationen und Resolutionen gegen die Minister vorgebracht. Es habe jede Maßregel gescheut, welche den Konflikt verschärfen könne. Daß es in Preußen bei diesem Kampf um Sein oder Nichtsein der Verfassung nach seiner Ansicht noch viel zu ruhig ist, daran trage das Abgeordnetenhaus viel Schuld. „Nicht dieses Abgeordnetenhaus wird den Verfassungsstreit zur Erledigung bringen, sondern das preußische Volk, sei es durch neue Wahlen oder auf direktere Weise".

Demgegenüber erheben sich die Nachrichten als Verteidigerin des Abgeordnetenhauses. Dieses habe alles getan, was es tun konnte. Seine einzige Waffe sei das freie Wort, und dieses habe bei keiner Gelegenheit gefehlt. „Jedenfalls ist die parlamentarische Geschichte Deutschlands noch sehr arm an Beispielen ähnlicher Pflichttreue und Handhabung der gesetzlichen Widerstandsmittel gegen eine überflutende Reaktion, wie die preußischen Volksvertreter sie bisher bewiesen haben". [3] Während die N. jeden Versuch, der zu einer Lösung führen könnte, aufrichtig begrüßen, will der F. von Verständigung überhaupt nichts wissen. Bismarck und das gegenwärtige Ministerium zu stürzen, ist seine Losung, von welcher er nicht abgeht.

Als die Minister erklärten, künftig den Beratungen fernzubleiben, [4] wurde ihnen erneut Verfassungsbruch vorgeworfen. Selbst der C. konnte letzteren nicht ableugnen, denn Art. 60 der preuß. Verfassung besagte, daß jedes der beiden Häuser die Gegenwart der Minister verlangen könne. Diese aber beharrten bei ihrem Entschluß, trotz der wiederholten schriftlichen Aufforderungen des Abgeordnetenhauses, zu den Verhandlungen zu kommen. Bockum-Dolffs, durch dessen Einschreitungen dieser Streit entstanden war, wurde gegen alle Angriffe der konservativen Presse [5] verteidigt. Er habe nach Pflicht und Recht gehandelt. Eindringlich wurden die preußischen Volksvertreter ermahnt, den ministeriellen Forderungen nicht nachzugeben und das Recht der Landesvertretung zu wahren. Man glaubte, daß der Kriegsminister nach einem wohlüberlegten Plan gehandelt habe und zweifelte nicht, daß Bismarck nun zum äußersten entschlossen sei. Das preußische Volk sei am Scheidewege, wo es nur noch zwischen schmachvoller Unterwerfung unter einem Feudalabsolutismus oder einem offenen Kampf gegen die Feinde der verfassungsmäßig garantierten Volksfreiheit zu wählen habe. [6]

Der Beschluß der Fortschrittspartei, sofort eine Adresse an den König zu erlassen, um einen Systemwechsel zu fordern, wurde eifrig unterstützt. Diejenigen Gruppen im Abgeordnetenhaus, wie das linke Zentrum, welche sich dagegen ausgesprochen hatten, wurden mit bitteren Vorwürfen überhäuft. Die königliche Botschaft [7] vom 20. Mai, welche die Haltung des Ministeriums billigte und die Abgeordneten zum Nachgeben ermahnte, bewirkte, daß die Angriffe sich wieder gegen die Krone in verschärfter

1) Baasch, Gesch. Hamburgs S. 142 ff 2) 14. 5. 1863 3) 21. 5. 1863 N.
4) Die innere Politik S. 185 ff. 5) 15. 5. 1863 C. 6) 16. 5. 1863 N.
7) Die innere Politik S. 188 f.

Form richteten. Geffcken[1] hält diese Botschaft für eine politische Kurzsichtigkeit der Regierung, welche scheinbar durch immer neue Mißgriffe die Fehler des Hauses decken wolle. Denn kaum habe dasselbe den nach seiner Ansicht höchst verkehrten Beschluß einer Adresse gefaßt, da eröffne die Krone selber den direkten Verkehr mit dem Hause, sodaß es nunmehr als berechtigt erscheine, wenn dieses dem König antworte. Und am folgenden Tage berichtet er, daß der gestrige Fehlschritt der Regierung es denjenigen Abgeordneten, welche bisher gegen eine Adresse gestimmt hatten, unmöglich gemacht habe, auf ihrem Standpunkt zu beharren. Doch gaben jene ihren Widerstand gegen eine Adresse nicht deswegen auf, um, wie Geffcken meint, der königlichen Botschaft eine Antwort zu erteilen, sondern die Tatsache, daß der König die vom ganzen Volk gemißbilligte Handlung der Minister öffentlich verteidigte, zwang sie, der Majorität des Abgeordnetenhauses beizutreten.

Zusammen mit der Antwort des Monarchen auf die Adresse,[2] in welcher schwere Anklagen gegen die Landesvertretung wegen ihrer feindseligen Haltung erhoben wurden, erfolgte am 27. Mai plötzlich der Schluß des Landtages, ohne daß die Beratungen über das Budget beendet waren. Die Thronrede[3] unterschied sich wenig von dem Ton des königlichen Antwortschreibens. Die Reform[4] bezeichnet sie als eine Parteischrift im schlimmsten Sinne des Wortes. Der König sei nun selber an die Spitze der Gegner der überwiegenden Mehrheit des preußischen Volkes getreten. Eine Verständigung erschien unmöglicher denn je.

Die Schließung des Landtages wurde als ein neuer Gewaltakt Bismarcks gebrandmarkt, da er der Volksvertretung die Möglichkeit genommen habe, das Budget zu beschließen. Daß dieses Vorgehen des Ministerpräsidenten das preußische Volk in seinem Widerstand nur noch festigen werde, daran hegte niemand Zweifel, und in geschlossener Phalanx erwartete man die nächsten Taten des reaktionären preußischen Ministeriums.

---

21. 5. 1863 2) Die innere Politik S. 190 ff 3) Bismarck Ges. Werke Bd. 10 S. 183 f 30. 5. 1863

D.

Der Höhepunkt des Konflikts.

Diese Taten ließen nicht lange auf sich warten. Schon am 1. Juni wurde eine königliche Verordnung erlassen, welche die Preßfreiheit völlig vernichtete.[1] Jede Zeitung sollte, wenn sie eine regierungsfeindliche Haltung vertrat, nach einer zweimaligen Verwarnung verboten werden. Dieser Schritt der Regierung war lediglich gegen die oppositionelle Presse gerichtet. Den liberalen Blättern sollte der Mund geschlossen werden. Mochte der preußische Premier in seinem Land mit drakonischen Maßnahmen arbeiten, in dem liberalen Hamburg lebte jedoch nach wie vor eine freie Presse, die ungehindert ihre Angriffe gegen das reaktionäre preußische Regiment richten konnte. Überraschend kam diese Verordnung den Hamburgern nicht. Denn schon am Vorabend dieses Erlasses hatte die Reform[2] die Vermutung ausgesprochen, daß von der Regierung reaktionäre Maßregelungen gegen die liberale Presse zu erwarten seien.[3] Als diese Verordnung, die sogenannte Preßordonnanz bekannt wurde, erhoben sich die liberalen Blätter einmütig zum energischen Protest gegen diese Vergewaltigung der freien Meinung. Die preußische konservative Presse, die naturgemäß den größten Vorteil aus dieser Verfügung zog, wurde aufs schärfste angegriffen. Der Artikel 63 der preußischen Verfassung, mit welchem der Erlaß von der Regierung begründet wurde,[4] wurde eingehend besprochen. Dieser Artikel lautete:

> „Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen."

Es müßte danach, so meint Gefficken,[5] innerhalb des Zeitraumes vom 27. Mai, dem Schluß des Landtages, bis zum 1. Juni der ungewöhnliche Notstand eingetreten sein, welcher eine Verordnung veranlaßt, von der sich die Minister sagen müßten, daß selbst eine Westphalen-Manteuffel'sche Kammer sie niemals genehmigt haben würde. Durch diese Verordnung sei die ganze Dürftigkeit einer konservativen Staatskunst dargelegt, welche glaube, mit der Schließung der Ventile die treibenden Kräfte zu beseitigen. Der Einfluß eines solchen Systems auf andere deutsche Staaten sei weit weniger zu fürchten als der Rückschlag, den es naturgemäß über kurz oder lang hervorrufen werde. Die großen Preßorgane würden zwar ihre Existenz nicht gefährden und daher schweigen. Je weniger aber die Erregung einen äußeren Ausdruck fände, desto tiefer werde sie gehen. Er sieht in der Preßverordnung eine genaue Kopie der Napoleonischen Preßgesetzgebung. Der einzige Unterschied bestehe nur darin, daß Bismarck noch weit über das französische System der Verwir-

1) E. Brandenburg, Reichsgründung Bd. 2, S. 78. 2) 1. 6. 1863. 3) Bei N. F. C. finden sich dieselben Vermutungen. 4) Die innere Politik, S. 195 ff. 5) 3. 6. 1863.

rungen hinausgehe.

R. F. und N. stehen in geschlossener Front. Die R.[1] sieht in der Verordnung den Anfang zu Preußens weiterer Schwächung dem Auslande gegenüber und zur Gefährdung seiner Ruhe im Innern. Auch der königliche Absolutismus bedürfe der Zustimmung der Majorität des beherrschten Volkes. Ungestraft würden Fürstendiener nicht Glauben und Treue einem noch so geduldigen Volke gegenüber verlassen. „Haben die Preußen auch nicht so aufwallendes Blut wie die Franzosen, welche im Juli 1830 die Polignacschen Preßordonnanzen mit der sofortigen Thronentsetzung Karl X. beantworteten, so hat sich doch auch König Wilhelm I. von Preußen mit seinem feudaljunkerlichen Ministerium durch den neuesten Angriff auf die liberale Presse vor einen jähen Abgrund gestellt. Möge er vor diesem Wege umkehren, ehe es zu spät sein könnte, sich durch einen gänzlichen Systemwechsel mit der in ihren auf ihn gesetzten Hoffnungen getäuschten Majorität seines Volkes wieder auszusöhnen." [2]

Der F.[3] vergleicht ebenfalls diese Preßverordnung mit den französischen Preßordonnanzen Karls X. Das Ministerium habe mit der Preßverordnung die Preßfreiheit nicht nur beengt oder beschränkt, sondern tatsächlich vernichtet. Dem Staate der Intelligenz sei die Zunge gelähmt. Das Land werde fortan nur noch „lallen und stammeln auf Bismarck'sches Kommando." „Man will stumme Sklaven" sagt Chateaubriand, „aber keine Unverschämte, welche frech genug sind, es auszusprechen, daß man sie erdrückt."[4] Die Juniordonnanz Bismarcks stehe mit der oktroyierten preußischen Verfassung in ebenso schreiendem Widerspruch wie die Polignacschen Juliordonnanzen mit der französischen Charte. „Deutschland ist um ein Schmerzenskind reicher — neben Mecklenburg und Hessen ist fortan Preußen zu nennen." [5]

Der C.[6] hält mit seinem Urteil zurück, neigt schließlich aber doch mehr zum Standpunkt der preußischen Regierung hin, wenn er meint, daß der König seine innere und auswärtige Politik als moralisch und materiell allein mögliche ansehe, und er nicht nach Einflüssen, sondern aus Überzeugung handeln werde.

Die Verwahrung der 6 bedeutendsten Berliner Zeitungen[7] gegen die Preßverordnnng und die Beschlüße der Berliner Stadtverordneten und des Magistrats, eine Adresse an den König zu richten, um ihn über die wahre Stimmung im Volke aufzuklären, fanden den Beifall des Hamburgischen Liberalismus.

Großen Eindruck machte bei dieser allgemeinen Verstimmung die Danziger Rede des preußischen Kronprinzen, in welcher sich dieser gegen die Preßordonnanz ausgesprochen und ausdrücklich betont hatte, daß sie während seiner Abwesenheit beschlossen und erlassen worden sei. Geffcken,[8] ein glühender Verehrer des Thronfolgers, gibt zwar seiner Freude über dessen Haltung Ausdruck, kann aber doch keinen großen praktischen Erfolg für die Zukunft davon erwarten. Das Ministerium sei so weit gegangen, daß es nun auch die letzte Konsequenz nicht scheuen werde. Aber daß die Regierung durch diese Rede einen schweren Schlag erhalten hatte, ist ihm schon ein beachtenswerter Erfolg.

Während die R.[9] nur kurz auf die Rede eingeht und nur

1) 6. 6. 1863 2) 6. 6. 1863 R 3) 6. 6. 1863 4) 6. 6. 1863F 5) 6. 6. 1863 F 6) 1. 6. 1863
7) Nationalzeitung, Spenersche Zeitung, Vossische Zeitung, Berliner Allgemeine Zeitung, Volkszeitung, Berliner Reform. 8) 6. 6. 1863 9) 8. 6. 1863

sagt, daß es für die Bevölkerung Preußens immerhin tröstlich sein werde, daß der Kronprinz sein Bedauern über das zwischen Fürst und Volk eingetretene Zerwürfnis ausgesprochen habe, schenken F. und N. derselben mehr Beachtung. Den N.[1] hat die Rede des Kronprinzen große Hoffnungen gemacht. Sie bezeichnen dieselbe als den für die Regierung bedenklichsten Erfolg der Juniordonnanz. Sie enthalte eine unzweideutige Absage an die Regierung, deren Tragweite kaum weit genug bemessen werden könne. Dem gesetzlichen Widerstand der liberalen Partei sei dadurch ein moralischer Halt von der höchsten Bedeutung gegeben. Sie hoffen im Geheimen auf einen baldigen Thronwechsel (der König war bereits 66 Jahre alt). Der Kronprinz als König werde das Bismarck'sche Regime nicht fortsetzen und ein liberales Regiment einführen.

Der F.,[2] der Radikalste der Radikalen, stimmt in diesen Lobgesang auf den preußischen Kronprinz nicht ein. Zwar hat die prinzliche Opposition ihren Eindruck auf ihn nicht verfehlt, doch warnt er davor, die Bedeutung derselben zu überschätzen. Man dürfe nicht vergessen, daß diese Opposition erst durch die Juniordonnanz hervorgerufen sei. Er macht dem Thronfolger sogar bittere Vorwürfe, daß sein Gewissen weit genug gewesen sei, das budgetlose Regiment monatelang mit anzusehen, weit genug, um dem König noch nach seiner Rede auf dessen Vorhaltung hin zu erklären: „Ich kann deshalb nichts zurücknehmen, werde aber schweigen".[3] Von einer solchen „flauen oppositionellen Stimmung" kann er keine Initiative und keine Heldentaten erwarten. Er appelliert an die eigene Kraft des preußischen Volkes. Es solle sich selber helfen, ohne prinzliche Führung. Ein Volk, welches seine Verfassung ohne diese nicht schützen könne, ist nach seiner Ansicht keiner Verfassung wert. Für ihn liegt die Hauptbedeutung der Danziger Rede darin, dem Ministerium eine Stütze entzogen und damit indirekt dem Volke Bundesgenossen zugeführt zu haben. Dem C.[4] mußte die Rede des Thronfolgers höchst unwillkommen sein, und er erwartet eine abschwächende Erklärung sowie einen Wechsel in der Umgebung des Kronprinzen.

Die nächsten Tage und Wochen waren erfüllt von Verwarnungen und Verboten der Zeitungen sowie von erneuten Maßregelungen der Beamten durch die Regierung.

Bernuth, der neue Polizeipräsident von Berlin, welcher die Verwahrung der 6 Berliner Blätter mit einer Verwarnung beantwortet hatte, wird heftig angegriffen. Die N.[5] beneiden die Regierung nicht um die Erfolge der Ordonnanz; denn noch bis zum Schluß der letzten Session hätten immer trennende Schranken zwischen den vorgeschrittenen Richtungen des Liberalismus und den Altliberalen bestanden. Die gemeinsame Erklärung der Berliner Zeitungen aber habe deutlich gezeigt, daß der am weitesten links stehende Radikalismus und die am weitesten rechts stehende Versöhnlichkeit dem neuen Verfassungsbruch in geschlossener Phalanx gegenüber ständen. „Es gibt in Preußen keine Parteien mehr, es gibt nur noch eine das gesamte Volk . . . umfassende einzige große Oppositionspartei. Das ist der erste Erfolg, den die Juniordonnanz erzielt hat".[6] Die R.[7] ermahnt

1) 9. 6. 1863 2) 16. 7. 1863 3) 16. 7. 1863 4) 8. 6. 1863 5) 9. 6. 1863 6) 9. 6. 1863 9
7) 10. 6. 1863

das preußische Volk, sich nicht durch den Hohn der Kreuzzeitung, daß die Bevölkerung des ganzen Landes trotz der Maßnahmen der Regierung in ruhiger Haltung verharre, zum Straßenaufruhr verlocken zu lassen. Sie warnt, sich nicht durch die Aufreizung der Feudalen zu unzeitigen Gewaltmaßregeln hinreißen zu lassen.

Großen Unwillen erregte der Erlaß[1] des Innenministers Graf zu Eulenburg, welcher jede Beratung der Stadtbehörden über Angelegenheiten der Staatsverfassung und der Politik verbot. So wurde die Ausführung des Beschlusses des Berliner Magistrats und der Stadtverordneten, eine Deputation an den König zu entsenden, welche Vorstellungen gegen die verfassungswidrige Staatsleitung erheben sollte, untersagt. Derartige Maßnahmen steigerten nur noch die Polemik der liberalen Blätter gegen das in Preußen herrschende System. Mit der Opposition des Kronprinzen hatte sich die Verbitterung immer mehr gegen die Person des Königs selber gewandt. Die R.[2] hielt jede fernere Beschwerdeführung bei der Krone für eine unnütze Mühe, da der Herrscher sich ja selber an die Spitze der freiheitsfeindlichen Partei gestellt habe. Die Preußen müßten sich eben so lange das bestehende absolute königliche Regiment gefallen lassen, bis das Volk kräftig genug sein werde, um sich ihm entziehen zu können. Die schließliche Niederlage werde dem Absolutismus doch nicht erspart bleiben. Die sich fortwährend verstärkenden Gewaltmaßregeln würden den Widerstand des Volkes gegen die Unterdrücker seiner Menschenrechte keinesfalls auf lange Zeit besiegen.

Selbst der C.[3] hat Bedenken gegen dieses Verbot des Innenministers. „Die Spannung, mit welcher auch die konservativen Elemente in ganz Deutschland — und sie sind nicht bloß in einem engen Kreise von Reaktionären und Doktrinären zu finden, — auf das preußische Zerwürfnis blicken, ist nicht allein durch das Rechtsgefühl hervorgerufen, sondern auch durch die Besorgnis vor dem aus einem vielleicht unausbleiblichen Umschwung sich entwickelnden und in seinen Folgen unberechenbaren Rückschlag".

Die Folge der Preßordonnanz war, daß nach dem Vorgehen der 6 Berliner Blätter die gesamte preußische liberale Presse verstummte und zu keinen inneren Vorgängen mehr Stellung nahm.[4] Geffcken[5] sieht in dem Schweigen der liberalen Organe keine Beruhigung der öffentlichen Meinung; der Kreuzzeitung und gleichgesinnten Blättern, so meint er, werde dies schon lästig, denn deren Existenz beruhe auf der Polemik gegen den Liberalismus.

Die liberalen Blätter billigen diese Zurückhaltung der preußischen Oppositionspresse durchaus. Die N.[6] bezeichnen es als ein nutzloses Opfer, wenn sie der Ordonnanz Trotz bieten und dadurch sich der Unterdrückung preisgeben würden. Auch das Eintreten der liberalen Partei in ihrer Gesamtheit für die Preßfreiheit halten die N. für fruchtlos. Die Unterdrückung werde darum nicht weniger schnell erfolgen. Doch nicht das Verstummen der liberalen Zeitungen ist nach ihrer Ansicht das einzige Ziel des preußischen Premiers, sondern vor allem kommt es ihm darauf an, dieselbe zum Reden in seinem Interesse zu be-

1) Die innere Politik S. 199 f 2) 13. 6. 1863 3) 9. 6. 1863
4) Nirrnheim, a. a. O. S. 216 5) 13. 6. 1863 6) 11. 3. 1863

wegen. Das wäre sein größter Triumpf. Um diesen zu verhindern, erheben sie warnend ihre Stimme. Sie fordern die preußische Opposition auf, gegen die Verlockungen des offiziösen Preßbüros und gegen die hierdurch drohende Korruption der öffentlichen Meinung Front zu machen. Denjenigen Organen, welche der Stimme der Verlockung Gehör geben würden, sollte man mit der Kündigung der Abonnements entgegentreten. Diejenigen Verleger aber, welche standhaft bei ihrer verfassungstreuen Haltung verharrten und deswegen von der Unterdrückung betroffen werden sollten, seien finanziell zu unterstützen. Zwar wollen sie, wie wir bereits gesehen haben, der Juniverordnung nicht nutzlos die preußische liberale Presse opfern, aber sie halten es doch für die Pflicht des verfassungstreuen Liberalismus, dem „Regime der Oktroyierung" nicht tatenlos zuzuschauen. Das beste Mittel dafür sehen sie in einer ausgedehnten Broschüren- und Flugblätterpropaganda. Diese sei nicht an den Verlag innerhalb Preußens gebunden, und bereitwillig stellen sie ihre Heimatstadt Hamburg zur Verfügung, denn „um unserer aller Sache wird in Preußen gekämpft, wir alle sind daher den preußischen Vorkämpfern unsere volle, und was nicht minder wesentlich, rasche Unterstützung schuldig".[1] Selbst die radikale R. und der noch radikalere F., von denen man nach ihrer bisherigen Haltung eigentlich die Forderung eines entschlossenen Vorgehens der liberalen Zeitungen gegen die Preßordonnanz erwarten sollte, schließen sich den gemäßigteren R. an. Der F.[2] hat zwar eine große Meinung von der Macht der Feder und schätzt diese für bedeutender als die Macht des Schwertes, aber er hält es doch für ein nutzloses Selbstopfer, sich mit ihr dem Schwert, dem Symbol der nackten Gewalt, entgegenzustellen. Er wendet sich daher gegen diejenige Auffassung der außerpreußischen Presse, welche die Reaktion in Preußen aufforderte, die Ordonnanz als garnicht existierend zu betrachten. Die Redaktionen der erwähnten 6 Berliner Zeitungen haben nach seiner Ansicht durch den Protest gegen die Juniordonnanz die Ehre der gesamten liberalen Presse gewahrt. Die Verwarnung, die darauf gefolgt sei, habe deutlich gezeigt, welchen Gebrauch das Ministerium von seiner Ordonnanz machen wolle. Dem gegenüber erklärt er eine offensive Haltung der Presse für unmöglich. Er richtet seinen Appell an die preußische Nation, selber die Offensive zu übernehmen, um die Preßfreiheit, die nicht ein Gut der Redaktionen, sondern ein Gut des Volkes sei, zurückzuerobern. Solange der Knebel der Juniordonnanz im Munde der preußischen Journalistik liege, sei das preußische Volk selbst geknebelt.

Der C.[3] verspricht sich nicht viel von der Verbreitung von Broschüren und Flugblättern. Solange das Bismarck'sche System am Ruder bleibe, würde auch diese Aushilfe wenig Erfolg haben, und mit Recht weist er darauf hin, daß die öffentliche Meinung schließlich immer die Hauptsache bleiben werde.

Die R.[4] schließt sich dem F. und den R. an. Auch sie erwartet vom Volke selbst die einzige Abhülfe dieser Zustände. An die Stelle der mit Gründen zu führenden Diskussion müsse nunmehr die Aufregung treten, welche mit der Zeit das jetzige freiheitsfeindliche Regierungssystem in Preußen unmöglich

1) 11. 6. 1863 R 2) 16. 6. 1863 3) 11. 6. 1863 4) 15. 6. 1863

machen werde. Treffend schildert sie den hohen Grad der Verstimmung am 17. Juni 1863 in einem Bild, welches die Überschrift trägt „Zwei Geisterstimmen“ und auf welchem König Wilhelm zwei Geister erscheinen. Der Text dazu lautet:

Es sitzt ein mächtiger Herr im Prunkgemach
Da tauchen vor ihm auf ganz leise, leise,
Zwei bleiche Schatten, und das hohe Dach
Des stolzen Saals erschüttert diese Weise:

Ich bin der Geist von Whitehalls Gerüst,
Mich, Karl den Ersten, trieb böses Gelüst
D'rum traf mich des Volkes rächender Strahl
Mein blutiges Haupt gibt zum ersten Mal,
Dir die erste Verwarnung!“

„Ich bin der Geist aus den Tuilerien
Mir, Ludwig Capet, ist schlecht gedieh'n
Am Volk der Verrat — mein blutiges Haupt,
Dem selbst das Asyl des Sarges geraubt,
Es gibt Dir die zweite Verwarnung!

Der mächt'ge Herr erbebt; er weiß wie jüngst ein
Willkürwort bestimmt
Daß nach dem zweiten Warnungsruf manch' Dasein
rasch ein Ende nimmt!

Eine Ausnahme von dieser Gesamthaltung der liberalen Presse macht eine Flugschrift, die nacheinander in drei Heften im Verlag von Karl Fischer erschien und von Wilhelm Marr, dem damals bekanntesten Hamburgischen Publizisten[1], redigiert wurde. Sie trug den Titel: Die Opposition, ein „Blaubuch“ für die öffentliche Meinung. Der Berliner Korrespondent der N. berichtet am 12. September, daß alle drei Hefte von der preußischen Regierung beschlagnahmt worden seien. Neben der Behandlung von internen Hamburgischen Angelegenheiten nimmt der Verfasserin gehend Stellung zu den innerpreußischen Verhältnissen, besonders zu der Preßordonnanz und deren Auswirkung. Er geht weit über den Radikalismus des F. und der R. hinaus und fordert ein entschlossenes Vorgehen der preußischen liberalen Presse gegen Bismarck, trotz aller Regierungsmaßnahmen. Der erste Artikel,[2] welcher die innerpreußischen Fragen behandelt, trägt die Überschrift: Nackte Tatsachen in Preußen und die Ansprache des Nationalvereins. Marr fordert vom Nationalverein die Konzentration seiner Kräfte. Was in Preußen vor sich gehe, habe derselbe nicht nötig zu erklären. Wer das noch nicht fühle, sei reif zur Leibeigenschaft. Nicht kritisieren, sondern isolieren will der Verfasser die preußische Reaktion vor ganz Europa. Er verlangt vom Nationalverein eine Agitation zu einem **Nationalmißtrauensvotum des gesamten deutschen Volkes** gegen das gesamte offizielle Preußen, die **Spitze der Pyramide** mit einbegriffen. Keine überflüssige Kritik schleswig-holsteinischer und polnischer Zustände. „Das linke Auge nach Schleswig-Holstein, das rechte nach Polen gerichtet, was bleibt für Berlin übrig? Ein schwarz-rot-goldener Seufzer, zu welchem Herr v. Bismarck

1) Herrschel, a. a. O. S. 13 ff 2) S. 46—51

lacht". Der Nationalverein wird aufgefordert, den Nationalprotest gegen das jetzige System in Preußen vorzubereiten, „schaffe der Nationalverein die Entrüstung der Nation schwarz auf weiß herbei und die Reaktion wie auch der italienische Nationalverein, schwarz und weiß bricht von selbst zusammen". So sehr Marr das bestehende Regierungssystem in Preußen bekämpft, so sieht er doch in Preußen Deutschlands Hauptmacht im Guten wie im Bösen. Er ist überzeugt von dem deutschen Beruf des Staates Friedrichs des Großen. Um so eindringlicher fordert er daher vom Nationalverein, sich an die Spitze einer deutschen Chartistenbewegung zu stellen und den Willen des Volkes an den Ufern der Spree zu verkünden. Er zweifelt sehr, ob Bismarck den Mut aufbringen würde, die Session des deutschen Volkes zu schließen, wie er die Session des preußischen Landtages geschlossen habe, wenn es gelänge, den acht ministeriellen Unterschriften ebenso viel Millionen von deutschen Männern entgegenzusetzen.

Die rein deutschen und innerpreußischen Angelegenheiten sind Marr wichtiger als die auswärtigen. Für ihn liegt der Schlüssel der politischen Position in Berlin. Der Triumphbogen der deutschen Einheit werde nicht eher geöffnet, als bis man diesen Schlüssel habe. Daher erhebt er die Forderung, sich mit der unterdrückten Fortschrittspartei in Preußen solidarisch verbündet zu erklären. Einen anderen Weg zur Einheit und Freiheit gibt es für Marr nicht.

Ein anderer Artikel[1] der „Opposition" ist überschrieben: Demokratie und Junkertum. Der Verfasser wendet sich hier vor allem gegen die Preßordonnanz und gegen die Fortschrittspartei. In diesem Artikel, der einen Monat später im zweiten Heft veröffentlicht wurde, ist er kein Anhänger der Fortschrittspartei mehr, ja sogar ihr entschiedener Gegner. Er verurteilt aufs schärfste ihre Zurückhaltung. Eine Republik mit allgemeinem Stimmrecht wird gefordert. Demokrat und Republikaner ist für den Verfasser ein und dasselbe und schließt daher auch den Begriff Monarchie von selbst aus. Die radikale Forderung, die in diesen Worten enthalten ist, hatte selbst der Freischütz nicht ausgesprochen, und es ist durchaus begreiflich, wenn Bismarck diese Flugschrift beschlagnahmen ließ.

Hatte er noch im ersten Heft dazu aufgefordert, sich der Fortschrittspartei anzuschließen, so erklärt er sie jetzt bereits für unfähig, den inneren Konflikt siegreich für die Sache des Volkes zu Ende zu führen. In dem Mangel einer sich selbst bewußten demokratischen Partei sucht er den Grund, daß in Preußen die Reaktion bis zum äußersten schreite, ohne die Massen des Volkes „im Innersten" aufzuregen. Die Erregung im preußischen Volk war ohne Zweifel bereits groß genug. Marr war hiermit aber noch lange nicht zufrieden. Er wollte die radikale Beseitigung der Monarchie und die Aufrichtung einer Republik. Deshalb mißfiel ihm auch die Zurückhaltung der Fortschrittspartei gegenüber den Juniordonnanzen. Zwar sei das Land gegen die Personen der Minister aufgebracht, nicht aber gegen ein Prinzip, welches über den Ministern stehend, diese offen unter seinen Schutz genommen habe. Das preußische Volk fühle instinktiv, daß es

1] S. 82—91

an der Fortschrittspartei keinen Halt besitze. Solange nicht eine republikanische Partei in Preußen bestehe, welche den Mut habe, sich als solche anerkennen und verfolgen zu lassen, stehe dem bestimmten monarchisch-feudalen Absolutismus ein „Unbestimmtes" gegenüber, welches dem schlichten aber gesunden Fassungsvermögen fremd bleiben werde. Der Republikanismus würde unter diesem Ministerium Riesenfortschritte machen, wenn eine republikanische Partei vorhanden wäre. Da dieses aber nicht der Fall sei, sei das Volk führerlos, verlassen, isoliert nach allen Seiten hin; denn das Programm der Fortschrittspartei bietet Marr nirgends einen positiven Halt für ein allgemeines Verständnis.

Wie Marr so wollte auch Lassalle mit dem Heer der großen Masse den Liberalismus bekämpfen. Auf diesem Boden fand sich der Begründer der deutschen Arbeiterbewegung mit Bismarck. Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wollte Bismarck die Vorherrschaft des Liberalismus brechen, denn er war überzeugt, daß die niederen Schichten des preußischen Volkes königstreuer seien als die durch das Dreiklassenwahlrecht privilegierte oppositionelle Bourgeoisie. Er wollte wie Lassalle die großen Massen des Volkes dem Staat dienstbar machen. Dieser hatte sich zwar bei seinem ersten Auftreten als entschiedener Republikaner gezeigt, aber sein sich steigernder Haß gegen die Liberalen bewirkte seine Hinwendung zum Königtum, an dessen Seite er den Kampf gegen das privilegierte Bürgertum zu führen entschlossen war. Er wollte mit den Massen den Staat erobern, aber nicht, wie Marr propagierte, um die Republik aufzurichten, sondern um ein soziales Königtum zu schaffen.

Die Zukunft sollte lehren, daß die Auffassung, welche Marr von der großen Masse hatte, doch die richtigere war.

Die Hamburgischen liberalen Zeitungen billigten das Schweigen der preußischen liberalen Presse. Marr dagegen empfand diese Zurückhaltung als eine Schmach für die Opposition. Er zitierte u. a. eine Stelle aus der „Berliner Revue", einem der Regierung treu gesinnten Blatt, wo gegen die oppositionelle Presse zu Felde gezogen wurde: „ . . . . Die Wahrheit ist, daß die demokratischen Blätter den Mund solange übervoll nahmen, als sie sich sicher glaubten; sowie aber nur die Möglichkeit einer Gefahr sich von fern zeigt, geben sie Fersengeld; eingeständlich, um **unbekümmert um Ehre und Prinzipien, den Geldsack zu retten,**" und bitter fügt Marr hinzu: „Hand aufs Herz! Erschrecken wir vor den Sünden in unseren eigenen Reihen nicht: diese Tatsachen sind — leider! — nur allzuwahr!" Erst protestieren, dann **nach** einmaliger resp. zweimaliger Verwarnung ganz zu schweigen, das ist auch für Marr weiter nichts als „Fersengeld" geben. Er verlangt von der liberalen Presse im höchsten Grade Selbstverleugnung. Diejenigen Zeitungen, welche den Mut hatten, zu protestieren, mußten nach seiner Auffassung auch dazu entschlossen sein, sich dem Untergang zu weihen, der ihnen durch die Regierung geschworen war. Für ihn besteht nur die Wahl, ehrenvoll zu fallen, auch auf der Flucht niedergemacht zu werden, oder **sich auf Gnade und Ungnade dem Feinde zu ergeben.** Den letzten Weg sei die preußische liberale Presse gegangen. Aber sie habe sich keinem ritterlichen Gegner ergeben, sondern einem

Krautjunkertum, welches mit dem Konstablertum im Bunde sei. Er macht der preußischen liberalen Presse den Vorwurf der Engherzigkeit und erhebt die Frage, wie dem abzuhelfen sei. Die Antwort lautet: „Nicht allein in Preußen, in ganz Deutschland muß sich eine republikanische Partei bilden, eine Partei, welche einsieht, daß das Königtum, wenn es nicht heucheln will, sondern ehrlich und männlich auftritt, nach allen Gesetzen der organischen Entwicklung zum Absolutismus führen muß.[1] Man muß aufhören, die Monarchen und sich selbst zu belügen". Was Reform und Freischütz in ihren Vergleichen König Wilhelms mit Karl I. von England und Karl X. von Frankreich als mögliche Folge der großen Verbitterung hingestellt hatten, wurde von Marr offen gefordert: Sturz der Monarchie. So wollte er die Lösung des inneren Konflikts herbeiführen.

In einem weiteren Artikel[2] bringt er einen „Entwurf zu einem deutschen nationalen Preßverein". Er stellt 6 Paragraphen auf, von denen der erste lautet: „Zweck des Vereins ist durch die Presse

a) die Achtung vor dem Gesetz in Preußen
b) die Idee der Einheit unseres Vaterlandes

im ganzen deutschen Vaterlande zur Geltung zu bringen . . ."

Zur Organisation der Nationalpartei soll ein unversiegbarer Parteifonds geschaffen werden. Die Partei selbst soll die Geldmittel aufbringen. Solange in Deutschland ein solches Parteisteuersystem nicht eingeführt sei, hält der Verfasser jede Opposition dem Feudalismus gegenüber für zwecklos. Gegen Bismarck, welcher als Cherubim der deutschen Reaktion bezeichnet wird, sei man gerade deswegen machtlos, weil es eben an Geld fehle, um seine Ordonnanzen unschädlich zu machen.

Mit einer literarischen Propaganda, die aus dem Parteifonds finanziert werden soll, will Marr den Preßordonnanzen entgegentreten und damit die Machtlosigkeit der ministeriellen Hilfsmittel dartun. Ganz Deutschland habe die Pflicht, eine Sturmflut von Ordonnanzen der Freiheit gegen den „ministeriellen Plattregen" in Preußen hineinzuleiten. Front machen gegen das offizielle Preußen bedeutet für Marr der „Freiheit eine Gasse" bauen.

Diese Schriften, deren Wirkung wegen der Charakterlosigkeit des Verfassers beschränkt blieb, fanden in der Hamburgischen Presse keine Beachtung. Marr zeigt sich hier als der größte Gegner Bismarcks und seines Systems. Wenige Monate später aber ist er schon sein begeisterter Anhänger.[3] Im preußisch-österreichischen Konflikt schwenkt er jedoch wieder um und aufs neue bekämpft er den preußischen Ministerpräsidenten. Die Ansicht Herrschels, welche diese Wandlungen in seiner Anschauungsweise und nicht in seiner Charakterlosigkeit begründet sieht, ist wohl abzulehnen. Ein so häufiger Frontwechsel läßt doch die Auffassung Bandmanns,[4] der von ihm sagt, daß er seine Gesinnung schneller wechselte als sein Hemd, als die richtige erscheinen.

Wußten die liberalen Organe von einer immer steigenden Verbitterung in Preußen zu berichten, so meldete der C.,[5] daß von großer Aufregung äußerlich nicht viel zu merken sei, ja, glaubt

1) gesperrt von Marr 2) S. 119–1233) Herrschel a. a. O. S. 15 4) a. a. O. S. 187
5) 16. 6. 1863

sogar, eine Geneigtheit zum Einlenken auf beiden Seiten feststellen zu können.

Während die preußischen liberalen Blätter gezwungen sind, zu schweigen und von dem Kampf gegen das Ministerium einstweilen zurückzutreten, setzen ihre Hamburgischen Gesinnungsgenossen ihre Angriffe gegen das Bismarcksche System in aller Schärfe fort.

Die N. [1] stellen den gegenwärtigen Zuständen die Zeit Friedrichs des Großen gegenüber. Nach den Grundsätzen dieses Monarchen sei der wahre Herrscher im Staate das Gesetz. Bei der Regierung Bismarcks jedoch sei von dieser hohen Staatsauffassung nichts mehr zu spüren. Die radikalste Sprache führt der Freischütz. [2] So hart er über die preußische Reaktion und besonders über die letzten Regierungsmaßnahmen urteilt, so spricht er doch seine Befriedigung darüber aus, daß dieselben außerordentlich viel dazu beigetragen haben, das preußische wie das deutsche Volk politisch zu reifen und zu erziehen. Die Reaktion selbst habe alle Schattierungen des Liberalismus fest aneinander geschmiedet und zur kompakten Opposition gemacht. Sie allein habe es bewirkt, daß jede Vermittlung und Vertuschung des gegenwärtigen Konflikts unmöglich geworden sei. Die Einwirkung der preußischen Reaktion auf das übrige außerpreußische Deutschland wird besonders hervorgehoben. Der F. [3] bezeichnet es als einen „frommen Wahn", wenn ein großer Teil der nationalen deutschen Partei in den letzten Jahren dem Gedanken gefolgt sei, den Wille der deutschen Nation, die deutsche Einheit, mit Hilfe der preußischen Krone herzustellen. Für ihn ist es ein Unding, einer Größe, welche den Volkswillen nicht anerkannte, welche die gefährlichste, ja vielleicht die einzige Schranke desselben sei, die Durchführung dieses Volkswillens zu übertragen. „Jeder weiß jetzt, daß mit einer Souveränität, die den Volkswillen in ihrem Lande nicht respektiert, vom deutschen Nationalwillen nicht verhandelt werden kann". [4] Das Ministerium Bismarck hat nach Ansicht des F. [5] mit der deutschen Ehre und dem deutschen Interesse so wenig zu tun, daß man beide kaum in einem Atem nennen dürfe. Freudig begrüßt er die Gründung „des Vereins zur Wahrung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit". [6] Er sieht darin ein Zeichen, daß die preußische Fortschrittspartei den Anspruch, eine Partei zu sein, nicht aufgegeben habe, und daß sie nicht gewillt sei, dem Ministerium kampflos das Feld zu räumen. Er erwartet von diesem Verein vor allem die Organisation und Zentralisation des bisher planlosen Widerstandes. Alle Hebel, die innerhalb der strafgesetzlichen Bestimmungen zulässig seien, habe er in Bewegung zu setzen, um der Opposition gegen die Juniordonnanz einen Ausdruck zu geben. Er ist durchaus kein Optimist, um von dieser Neugründung direkt den Fall des Ministeriums Bismarck zu erwarten. Aber dem preußischen Volke werde dadurch das Bewußtsein eines festen Zusammenhanges gegeben und Selbstvertrauen eingeflößt werden.

Die R. steht dem F. um nichts nach. In fast jedem Blatt bringt sie in satirischen Holzschnitten Anspielungen auf die innerpreußischen Verhältnisse und wiegelt ihre Leser gegen Bismarck auf. Eine von den vielen sei hier angeführt: [7] Ein Feldwebel

1) 25. 6. 1863 2) 23. 6. 1863 3) 23. 6. 1863 4) 23. 6. 1863 F 5) 1. 8. 1863
6) 4. 7. 1863 7) 11. 7. 1863 R

bringt dem Offizier folgende Meldung: „Habe gehorsamst zu melden, daß der für tot gehaltene Gefreite Meyer seit einer Stunde wieder Lebenszeichen gibt", worauf der Offizier antwortet: „Ach was — Lebenszeichen! Um vier Uhr heute nachmittag ist das Begräbniskommando angesagt und um vier Uhr wird Meyer begraben. Damit basta!" Dieses Bild trägt die Überschrift: „Ordnung muß sein". Ohne Zweifel gab es nicht wenige Leute in Hamburg, die derartige Dinge ohne Nachdenken als bare Münze hinnahmen. Bismarck, dem die Volksrechte nicht heilig waren, werde sich auch um das Leben eines einfachen Soldaten wenig kümmern. Die Abneigung oder besser der Haß, welcher auf diese Weise in die breite Masse getragen wurde, steigerte sich von Tag zu Tag.

Trotz aller verschärften Maßnahmen der Regierung hält die R. die schließliche Niederlage der letzteren für unvermeidlich. Ihr Glaube an den Beruf und die Kraft des preußischen Volkes ist felsenfest. Der Kampf eines um seine Hoffnung auf versprochene Reformen betrogenen Volkes gegen die Männer, welche es „mit schlauen Winkelzügen" zu täuschen versuchten, werde immer mit Schreckensszenen enden. „Äußerungen des Hasses und der Verachtung können zeitweilig gewaltsam unterdrückt werden, dauernd sind sie nicht zurückzuhalten". [1]

Es ist begreiflich, daß bei dieser allgemeinen Erregung in der öffentlichen Meinung die Klänge des Abgeordnetenfestes, welches die Stadt Köln am 18. und 19. Juli den heimkehrenden liberalen Volksvertretern gab, lauten Widerhall an der Elbe fanden. Die N. [2] betonen mit Recht, daß die stürmischen Huldigungen, welche die Rheinländer den Abgeordneten entgegenbrachten, eine Errungenschaft der inneren Politik des Ministeriums Bismarck sei. Man habe den Bürgern Kölns und der Ortschaften, an welchen der Festzug der Abgeordneten sich vorbeibewegte, verbieten können, ihre Häuser mit Fahnen zu schmücken. Man habe aber nicht verhindern können, daß vom Rhein bis zum Siebengebirge beide Ufer des Rheins entlang die Bevölkerung der Städte und Dörfer sich versammelte, um den Vertretern des Rechts gegen den Verfassungsbruch ihre Huldigungen darzubringen. „Man hatte es durchgesetzt, daß oppositionelle Leitartikel die Minister in dem Ausruhen auf ihren Lorbeeren nicht mehr stören, aber die Hochrufe, welche am 19. Juli die oppositionellen Abgeordneten begrüßten, sind ein Leitartikel, hundert Mal einschneidender als irgend eine Zeitung ihn zu schreiben vermag". [3]

Auch F. und R. stimmen in den Jubel der Rheinländer mit ein. Der C. dagegen begnügt sich mit einer kurzen Erwähnung des Festes. Die R. [4] vergleicht den begeisterten Empfang der preußischen Volksvertreter durch die rheinländisch-westfälische Bevölkerung mit der letzten Reise des Kronprinzen durch Ostpreußen, wo das Volk in Schweigen verharrte. Sie ruft Bismarck zu, **diese beiden Verwarnungen** nicht unberücksichtigt zu lassen, da sonst viel ernstere Ereignisse nachfolgen würden.

1) 8. 7. 1863 2) 25. 7. 1863 3) 25. 7. 1863 4) 25. 7. 1863

E.

Der Fürstentag.

Eine Ablenkung von dem inneren Konflikt in Preußen erfuhr die öffentliche Meinung durch den von dem Kaiser von Österreich einberufenen Fürstentag nach Frankfurt a. M. im August 1863, wo Hamburg durch den Bürgermeister Dr. Haller vertreten war. Die ablehnende Haltung Bismarcks zum Fürstentag mußte die Verstimmung im liberalen Lager noch steigern. Sie bot erneut Anlaß, das Ministerium Bismarck einer undeutschen Politik zu zeihen.

Das Fernbleiben des Königs von Preußen wurde auf das schärfste getadelt. Die liberalen Blätter vertraten einmütig die Ansicht, daß er, der Monarch einer deutschen Großmacht, unbedingt verpflichtet sei, an der Beratung der Fürsten über die Neuordnung Deutschlands teilzunehmen, auch wenn die Anregung von seinem Rivalen, dem Kaiser von Österreich, ausgehe. Man führte diese Haltung des preußischen Königs mit Recht auf den Einfluß Bismarcks zurück. Man kam zu der Überzeugung, daß es Preußen nicht ernst sei mit seiner deutschen Politik, was eine verstärkte Opposition des um seine nationalen Hoffnungen betrogenen Hamburgischen Liberalismus gegen Bismarck zur Folge hatte. Mit dem gegenwärtigen preußischen System sei eine Lösung der deutschen Frage nicht zu erreichen. Das habe die ablehnende Haltung zum Fürstentag deutlich gezeigt. Diese Erkenntnis wurde aber um so bitterer empfunden, als man doch schließlich feststellen mußte, daß die österreichischen Reformvorschläge den Wünschen des deutschen Volkes nicht entsprachen. Ein einiges deutsches Vaterland, wie die Liberalen es erträumten, war von Österreich nicht zu erwarten. Man fühlte, daß der Kaiserstaat diesen Schritt nur getan habe, um seine eigene Stellung in Deutschland zu festigen, nicht um der wahren Einigung des deutschen Volkes zu dienen. So richtete man wohl wieder den Blick nach Preußen. Da aber stand Bismarck als unüberwindbares Hindernis den liberalen Bestrebungen entgegen. Nur nach dem Sturze dieses pommerschen Junkers konnte nach Ansicht der liberalen Blätter die deutsche Frage durch Preußen gelöst werden. „So lange das Bismarcksche Regiment dauert, bleibt Preußen ohmächtig im Rate der Fürsten wie der Völker. [1] Einer sich auf das Vertrauen des eigenen Volkes stützenden preußische Regierung, so meint die R. [2], müßte es ein leichtes sein, die österreichischen Reformvorschläge mit besseren, volkstümlichen zu überbieten und sich damit an die Spitze des gesamten deutschen Volkes zu stellen. Mochte auch der Bismarcksche Gegenentwurf mit der Forderung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Nationalvertretung des deutschen Volkes noch so freisinnig klingen, diesem Ministerium wollte man Deutschland nicht anvertrauen. Von Staatsmännern, welche die Rechte der Volksvertretung im eigenen Lande mit Füßen traten, konnte man auch keine Achtung vor den Beschlüssen einer deutschen Volksvertretung erwarten. Selbst der C. [3] sagt, Preußen werde, wenn es bei seiner Ansicht von einer direkten Volksvertretung beim Bunde verharre, sich vor allem mit seiner eigenen Volksvertretung gründlich auseinander-

1) 24. 8. 1863 R 2) 26. 8. 1863 3) 19. 8. 1863

zusetzen haben. Im völligen Gegensatz zu den liberalen Zeitungen vertritt er jedoch den Standpunkt, [1] daß die inneren Spaltungen in Preußen mit der allgemein deutschen Frage nichts zu schaffen hätten. Diese politische Logik mußte der großen Mehrheit der Hamburger, die unter dem Einfluß der liberalen Presse stand, unverständlich sein, wenn der C. auch wenige Tage später seine Ansicht insofern änderte, [2] als er erklärte, daß die Entscheidung für Deutschland „teilweise" in der Lösung der Militärfrage und in der Stellung des preußischen Ministeriums zu dem jetzigen oder einem künftigen Abgeordnetenhaus zu suchen sei. Für die öffentliche Meinung war die Lösung der deutschen Frage untrennbar und nicht „teilweise" mit der Beseitigung des inneren Konflikts in Preußen verbunden.

F.

Fortsetzung der inneren Kämpfe.

Die R. besprach nach wie vor, wenn auch nicht so häufig, die innerpreußischen Angelegenheiten, obgleich die deutsche Frage in diesen Wochen im Mittelpunkt des politischen Interesses stand. So erregte eine Veröffentlichung des Staatsanzeigers vom 13. Juli ihre Aufmerksamkeit, [3] welche die Antwort des Kultusministers von Mühler an den Senat der Berliner Universität enthielt, auf dessen Eingabe hinsichtlich einer Verwarnung, welche der Professor Holtzendorff am 18. Juni 1863 erhalten hatte. In dieser Antwort nahm der Minister eine unbegrenzte Disziplinargewalt über die Universitätsprofessoren für sich in Anspruch und erklärte die Beteiligung Holtzendorffs bei Beschlüssen einer Versammlung von Mitgliedern des ersten Berliner Wahlbezirks, welche sich für die Adresse des Abgeordnetenhauses vom 22. Mai 1863 ausgesprochen, die aber durch die königliche Antwort vom 26. Mai eine völlige Ablehnung erfahren hatte, für eine unverträgliche Haltung mit der durch den Diensteid angelobten Pflicht des Gehorsams gegen den König. Die vom Senat der Berliner Universität erhobene Einsprache gegen die Verwarnung v. Holtzendorffs hatte der Minister als einen nicht zu gestattenden Eingriff in das Gebiet der ihm ausschließlich zustehenden Disziplinargewalt zurückgewiesen. Nachdem die Veröffentlichung der Antwort des Kultusministers im Staatsanzeiger erfolgt war, ersuchten nun Rektor und Senat der Berliner Universität den Minister, auch den Wortlaut der Verwarnung vom 18. Juni und die Zuschriften der Universitätsbehörde vom 8. und 15. Juli zu veröffentlichen, worauf jedoch ein abschlägiger Bescheid erfolgte. Wurde es in Berlin untersagt, in Hamburg hatte die preußische Preßordonnanz und die reaktionäre Willkür der preußischen Minister keine Macht. So veröffentlichten dann die Hamburger Nachrichten am 5. August 1863 die Verwarnung, die an Holtzendorff ergangen war, sowie die beiden Schreiben der Berliner Universität.

Mit der am 3. September 1863 unerwartet erfolgten Auflösung des Abgeordnetenhauses wurde der innere Konflikt wieder Hauptgegenstand des politischen Interesses. Hören wir zunächst die R. [4]. Sie hält einen Erfolg Bismarcks bei den Neuwahlen

1) 28. 8. 1863 2) 4. 9. 1863 3) 10. 8. 1863 R 4) 7. 9. 1863

für ausgeschlossen. Er werde sich täuschen, wenn er glaube, daß die Wähler durch den Angriff Österreichs auf Preußens Stellung in Deutschland veranlaßt würden, andere, dem Ministerium ergebene Abgeordnete nach Berlin zu schicken. Trotz der Knebelung der liberalen Presse und der zu erwartenden Wahlbeeinflussung von Seiten der Regierung zweifelt sie nicht an der Standhaftigkeit und der Verfassungstreue des preußischen Volkes. Sicherlich wünsche dieses eine Beseitigung des unglücklichen Konflikts im Innern, aber nicht in der Preisgabe seiner verfassungsmäßigen Rechte an die am Staatsruder befindliche feudale Partei. Mit Recht weist sie darauf hin, daß ein Angriff Österreichs auf die Machtstellung Preußens nie erfolgt sein würde, wenn dieses nicht durch den inneren Konflikt gelähmt wäre. Sie sieht die Machtstellung Preußens nur in einem Personen- und Systemwechsel und nicht wie Bismarck in einer andersdenkenden Majorität im Abgeordnetenhaus gesichert. Die Auflösung des Abgeordnetenhauses führt nach ihrer Ansicht nicht zur Aussöhnung zwischen König und Volk, sondern nur zur Erweiterung der trennenden Kluft.

Nachrichten und Freischütz sprechen nicht anders. Der F. sagt,[1] der Hieb Österreichs gegen Preußen habe gut gesessen. Die Minister, die blöde Politiker genannt werden, hätten eingesehen, daß sie sich mit ihrer Haltung zum Fürstentag in eine Sackgasse verrannt hätten und wendeten sich deshalb mit der Auflösung Hilfe suchend an das preußische Volk. Doch er hält es für unmöglich, daß das Volk diesen Ministern irgend welche Hilfe leisten werde. „Die Ratlosigkeit des Junkerministeriums, das von einer Neuwahl sein Heil erwartet, muß groß sein".

Die N.[2] bezeichnen die äußere Gefahr, welche in dem Frankfurter Fürstentag an Preußen herangetreten war, und welcher sich Bismarck als Wahlparole bediente, als die alleinige Folge der inneren Krankheit. Daher müsse mit dieser zuerst ein Ende gemacht werden, ehe man daran denken könne, gegen Österreich positiv vorzugehen. Sie sind davon überzeugt, daß der Aufruf Bismarcks, um der Abwehr der österreichischen Pläne willen ihm entgegenzukommen, nur die entgegengesetzte Wirkung haben wird. Die österreichischen Pläne müssen abgewehrt werden, das wollen auch sie. Um so klarer aber werde die überwiegende Mehrheit des preußischen Volkes die Notwendigkeit begreifen, vor allem gegen das jetzige Ministerium sich zu erheben, in welchem sie den besten Förderer der österreichischen Pläne erblicken. Die moralischen Grundlagen der Machtstellung Preußens sehen sie durch das Bismarcksche Regime auf das tiefste erschüttert.[3] Sie halten es daher für töricht, diese Grundlagen mit der Hingabe des preußischen Volkes an die freiheitsfeindliche Politik der Regierung wieder befestigen zu wollen. Gerade das Gegenteil würde nach ihrer Meinung die Folge sein. Denn wenn etwas bisher die Hoffnung des deutschen Volkes auf Preußen trotz alledem noch nicht völlig habe untergehen lassen, sei es einzig und allein das Vertrauen auf den entschlossenen, standhaften Widerstand des preußischen Volkes gegen die reaktionäre Politik des Ministeriums. Mit der Wahl eines gefügigen Abgeordnetenhauses würde es mit dem Glauben, daß die Kraft des preußischen Volkes eine

1) 8. 9. 1863 2) 8. 9. 1863 3) 11. 9. 1863

bessere Zukunft herbeiführen werde, vorbei sein. Sie erwarten daher nach wie vor eine geschlossene oppositionelle Haltung der preußischen Bevölkerung gegen das Ministerium Bismarck.

Der C. [1] beurteilt die Auflösung des Abgeordnetenhauses sehr skeptisch. Er setzt keine großen Hoffnungen auf die Neuwahlen, wenn er auch nicht ganz unberücksichtigt lassen will, daß hinsichtlich der inneren Fragen in manchen Punkten durch die Einwirkung der deutschen Frage (Fürstentag) sowie durch die Beschränkung der Presse ein für die Regierung weniger ungünstiges Wahlresultat erzielt werden könne. Als die unvermeidliche Folge einer neuen Niederlage des Ministeriums, die eben doch nicht zu verhindern sein werde, ergeben sich für ihn zwei Möglichkeiten: entweder eine Änderung des Systems oder eine noch durchgreifendere Handhabung desselben. Gegenwärtig stellt er jedoch jeden Systemwechsel in Abrede!

Geffcken [2] hält es für unwahrscheinlich, daß Bismarck mit der Hervorhebung der deutschen Politik in der Auflösungsorder geglaubt habe, bei seinen Gegnern Eindruck zu machen. Er habe vielmehr nur dem Willen des Königs nachgegeben, diesen Versuch noch zu machen, bevor man zur Oktroyierung eines Wahlgesetzes schreiten müsse. Die Stimmung im Land schildert Geffcken als höchst bedenklich, und er findet es unter diesen Umständen durchaus begreiflich, daß alle Aufmerksamkeit auf die Stellung des Kronprinzen gerichtet sei. Ein abschließendes Urteil über dessen gegenwärtige Haltung wagt er jedoch nicht zu fällen.

In geschlossener Phalanx eröffnete die liberale Presse den Wahlkampf gegen Bismarck. Was den gleichgesinnten Blättern jenseits der Elbe nicht möglich war, wurde hier unverhüllt als Wahlparole ausgegeben: Kampf diesem Ministerium um jeden Preis. Nur mit dessen Sturz sei die Machtstellung Preußens in Deutschland zu erobern. R. und F. ziehen gegen die preußischen feudalen Blätter heftig zu Felde, welche sich der Preßverordnung ausgiebig bedienten und ungehindert ihre Angriffe gegen die Opposition schleuderten. Während die preußischen Blätter den Aufruf der Fortschrittspartei nur im Auszug bringen durften, wird er in den N. [3] ungekürzt veröffentlicht. Den Gerüchten von einer Ministerkrisis wird wenig Bedeutung beigemessen. Auf solche Hoffnungen hatte man längst verzichtet. Der König müsse erst noch viel tiefer in den Sumpf bodenloser Isoliertheit nach innen wie nach außen geführt werden, meint die R., um zur Erkenntnis dessen zu kommen, was dem Bestand seiner Krone am nützlichsten sei. Daß aber nach dem Zusammentritt der neuen Kammer die Tage des Ministeriums gezählt seien, daran zweifelt sie nicht. Man werde das Junkertum ein gehäuftes Maß der Schuld zusammentragen lassen, bis „der Becher überschäumt und die Langmut einer Nation von 18 Millionen zu Ende ist". Einen Regierungswechsel auf legalem Wege hält sie für unmöglich; das Volk werde sich selber helfen. Die radikalste Sprache führt wiederum der Freischütz,[4] der unaufhörlich seine Pfeile gegen die „feudalen Wähler und Wühler" richtet. Er läßt kein gutes Stück an der feudalen Presse, von welcher er sagt,[5] daß sie alle Scham in ihren Pamphleten beiseite geworfen habe.

Der C. stellt sich nicht mehr wie früher bedingungslos hin-

1) .7 9. 1863 2) 19. 9. 1863 3) 22. 9. 1863 4) 22. 9. 1863 5) 22. 9. 1863

ter die Regierung. Wie er über den Ausgang der Wahlen denkt, haben wir bereits gesehen. Er fordert die Regierung daher dringend auf, unter allen Umständen auf Wiedergewinnung des verfassungsmäßigen Bodens bedacht zu sein. „Es ist hohe Zeit . . " Hatte er anfangs noch mit der Möglichkeit gerechnet, daß durch die Neuwahlen infolge der Einwirkung des Fürstentages eine gefügigere Volksvertretung erzielt werde, so kommt er allmählich immer mehr zu der Überzeugung, daß die Wahlen noch oppositioneller ausfallen werden als bisher. Aber sein Vertrauen zu der Regierung ist nicht gebrochen, und mit offensichtlicher Befriedigung berichtet er, daß in Berlin ein festes System herrsche, das entschlossen sei, unter allen Umständen die Geltung des monarchischen Prinzips im Innern, die der Machtstellung in Deutschland und nach außen ungeschmälert zu behaupten.[1]

Aus den Berichten Geffckens, die vom 19. September wieder vorhanden sind,[2] spricht eine sich immer mehr steigernde Abneigung gegen Bismarck. Seine Auffassung weicht von derjenigen der öffentlichen Meinung in Hamburg wenig ab. Auch er sieht in dem Sturz Bismarcks den einzigen Weg zur Lösung der schwebenden politischen Fragen. An einen gewaltsamen Sturz Bismarcks sei nicht zu denken, sondern die Abdankung des Königs bezeichnet er als den letzten Ausweg zur Beseitigung des innneren Konflikts.[3] Er erwartet von einem oppositionellen Wahlergebnis zwar kein Einlenken des Monarchen auf der „abschüssigen Bahn", wohl aber dürfte es seinen Eindruck auf den König nicht verfehlen und ihn schließlich dahin drängen, mit der Abdankung selbst den ersten Schritt zur Lösung des inneren Konflikts zu tun. Es war klar, daß in diesem Falle der liberale Thronfolger Bismarck sofort entlassen und ein liberales Ministerium ernannt hätte. Damit wäre der Sieg des Parlamentarismus über die königliche Macht offen proklamiert worden. Doch bald mußte der hanseatische Gesandte erfahren, daß der König entschlossen war, der Opposition keinen Zoll zu weichen und gemeinsam mit seinem Ministerpräsidenten den Kampf um die Zukunft Preußens zu führen.

Die Wahlverordnung[4] des Innenministers (24. 10. 1863), welche die preußischen Beamten zwingen wollte, für die Regierung zu stimmen, trug erheblich zur Steigerung der Erregung bei. In dieser Verordnung wurde von den Beamten verlangt, für die Forderung der Regierung einzutreten. Jedes oppositionelle Auftreten, ja selbst passives Verhalten wurde als unvereinbar mit dem dem König geleisteten Treueid bezeichnet und sollte mit Amtsenthebung bestraft werden. Die N. begnügen sich mit den Berichten ihrer Berliner Korrespondenten, R. und F. aber befehdeten die Regierung um so stärker. Die R. sieht in dieser neuen Maßnahme die Vorboten noch radikalerer Schritte des Ministeriums, aber trotzdem zweifelt sie nicht an der Entschlossenheit und Kampfesfreude des preußischen Volkes. Den Vertretern des absoluten Königstums werde es nicht gelingen, den Ausdruck der öffentlichen Meinung durch noch so harte Verordnungen bei den bevorstehenden Wahlen zu fälschen.[5]

Für den F.[6] ist das Wahlrecht der Beamten durch diese

1) 25. 9. 1863 C 2) Berichte Geffckens sind infolge einer Urlaubsreise während der letzten Wochen nicht vorhanden und liegen erst seit dem 19. Sept. wieder regelmäßig vor. 3) 14. 10. 1863 4) Die innere Politik S. 234 ff 5) 3. 10. 1863 R 6) 6. 10. 1863

Verordnung in eine schimpfliche Sklaverei verwandelt. Er ruft daher auf zum männlichen Protest und zur sittlichen Empörung des ganzen preußischen Volkes. Als dann wenige Tage später der Wahlordonnanz ein Erlaß folgte, wonach die zu Abgeordneten gewählten Beamten die Stellvertretungskosten selbst tragen sollten, stieg die Verbitterung gegen Bismarck ins Maßlose, zumal eine diesbezügliche Vorlage der Regierung am Anfang des Jahres vom Abgeordnetenhaus abgelehnt worden war. „Er (Bismarck) oktroyiert gegen den Willen der Volksvertretung, was mit ihrem Willen nicht zu erreichen war. Er verhöhnt damit von neuem das verfassungsmäßige Recht des Landtages, bei der Gesetzgebung mitzuwirken . . . "[1] Für den F. hat diese Verordnung aber doch wieder ihr Gutes, nämlich der Zudrang zu den Abgeordnetensesseln von Seiten der Beamten werde dadurch auf alle Fälle gemäßigt. Darin erblickt er eine Förderung der Entwicklung des preußischen Staates; denn im Staatsdienst stehende Abgeordnete hätten immer Rücksicht zu nehmen, die der freie, unabhängige Mann nicht kenne. Das nach Schluß des Landtages keine energische Agitation zustande gekommen sei, wird als eine Folge des herrschenden Beamtenstandes im Abgeordnetenhaus bezeichnet. Bismarck arbeite daher mit dieser Verordnung dem demokratischen Interesse nur in die Hände.

Die gemäßigteren R.[2] weisen mit Recht darauf hin, daß die Regierung dadurch, daß sie das Beamtentum zum selbstlosen Werkzeug fürstlichen Beliebens herabdrücke, nur die schützende Mauer niederreiße, welche den überflutenden Anprall der Demokratie abgewehrt habe. Die R.[3] glaubt, daß es jetzt nur noch eines Schrittes bedürfe, und Preußen werde an dem Abgrund sein, wo es nur noch zwischen königlichem Absolutismus und der Revolution zu wählen habe. Wieder vergleicht sie die gegenwärtigen preußischen Zustände mit den englischen zur Zeit Karls I., und um so dringender erhebt sie die Forderung nach einem Personen- und Systemwechsel, um das Schlimmste zu verhüten.

Großes Aufsehen erregte die in der Nord. Allg. Ztg. veröffentlichte Antwort des preußischen Königs auf eine Anfrage der schlesischen Dorfgemeinde Steingrund,[4] welche den Monarchen befragte, wo die Dorfbewohner königstreue Abgeordnete finden könnten: entweder unter den Anhängern des Ministeriums oder unter dessen Gegnern. Der König antwortete, daß die Gemeinde nur durch die Wahl solcher Männer ihre Treue gegen seine Person bekunden würde, welche bereit seien, die Minister zu unterstützen. Die R.[5] faßt das Urteil der Liberalen am besten zusammen: „Der Bescheid des Königs an die Dorfgemeinde Steingrund ist eine wiederholte Kriegserklärung des absoluten Herrschers, der nur einen Scheinkonstitutionalismus dulden will gegen die öffentliche Meinung". Unversöhnlich stand die liberale Presse dem preußischen König und seinen reaktionären Dienern gegenüber.

Das Ergebnis der Wahlen entsprach ganz den Erwartungen. Ein überwältigender Sieg der Fortschrittspartei, wenn auch die Konservativen einen Zuwachs von 26 Sitzen erzielt hatten.[6]

1) 10. 10. 1863 2) 3. 11. 1863 3) 10. 10. 1863 4) Die innere Politik S. 241
5) 17. 10. 1863 6) Sie waren von 10 auf 36 Sitze gestiegen.

Dem preußischen Volk wird von liberaler Seite Dank und Anerkennung gezollt für seinen heldenhaften Widerstand gegen alle noch so reaktionären Maßnahmen der Regierung. Was nun? Das war wieder die große Frage. Würde der König nun einlenken und mit einem Regierungswechsel antworten? Diese Frage wurde sowohl von der liberalen als auch von der konservativen Presse verneint. Die R.[1] hält es für ausgeschlossen, daß der König sich in nächster Zeit von dem budgetlosen Regiment Bismarcks abwenden und hinsichtlich der Armeereorganisation in konstitutionelle Bahnen einlenken werde. Sie prophezeit weitere Kammerauflösungen, Preßordonnanzen und Maßregelungen von Beamten.[2] Jede Aussicht eines Systemwechsels auf verfassungsmäßigem Wege ist für die R. vollends geschwunden. Daß aber das jetzige Regierungssystem und die preußische Verfassung von 1850 für längere Zeit noch nebeneinander fortbestehen können, erscheint ihr ebenfalls unmöglich. Was sollte also geschehen? Wie lange würde das preußische Volk die Vergewaltigung noch ertragen? Das Schlimmste war zu befürchten.

Der F.[3] drückt die Bedeutung des Wahlergebnisses so aus: Der Konstitutionalismus der preußischen Bevölkerung hat eine ernste Probe gut bestanden. Das Volk hat allen absolutistischen und royalistischen Einflüssen zum Trotz sich die verfassungsmäßige Freiheit des Wählens und die selbständige Überzeugung gewahrt. Das ganze Land hat durch sein fast einstimmiges Votum erklärt, daß es über das Ministerium Bismarck den Stab bricht und mehr als das — daß es, wenn einmal zwischen dem Wunsch und Willen des Königs einerseits und dem Gesetz und der Verfassung andererseits gewählt werden muß, sich auf die letztere Seite stellt. Eine so demütigende Lehre, daß nur der konstitutionelle und nicht der absolute König auf die Sympathien der Staatsbürger zählen darf, hat noch kein König empfangen. Aber doch glaubt der Freischütz nicht, daß der Monarch diese Lehre beherzigen werde. Wo man mit dem verfassungswidrigen Regiment einmal so weit gegangen sei, ist nach seiner Ansicht mit einer Umkehr nicht mehr zu rechnen. Es werde mehr an das Brechen wie an das Biegen gedacht. Er fordert daher die Volksvertretung auf, aus ihrer Passivität herauszutreten und aktiv vorzugehen. Er verlangt von den Abgeordneten, welche sich dem entschlossenen, rücksichtslosen Vorgehen gegen die Regierung wegen ihres Beamteneides und der angedrohten Amtsenthebung nicht anschließen zu können glauben, ihre Mandate niederzulegen. Nur derjenige Beamte, der bereit sei, sein Amt für die preußische Verfassung zu opfern, soll würdig sein, die Rechte des preußischen Volkes im Abgeordnetenhaus zu vertreten.[4] Der F. erkannte durchaus richtig die verwundbare Stelle der Opposition. Aber bei der führenden Stellung der Beamten in den liberalen Parteien konnten diese auf deren Mitarbeit nicht verzichten.

Die N.[5] meinen, Bismarck müsse nach diesem Wahlergebnis doch endlich begreifen, mit welchem Gegner er es zu tun habe und zu der Erkenntnis kommen, daß sein Kampf hoffnungslos sei. Bismarck aber gab ihn trotzdem keinen Augenblick verloren; sein Kampf galt dem Parlamentarismus, der für ihn gleichbedeutend war mit der Revolution; er hatte ihn aufgenommen

1) 24. 10. 1863 2) 31. 10. 1863 3) 27. 10. 1863 4) 5. 11. 1863 F 5) 27. 10. 1863

und war auch entschlossen, ihn bis zum äußersten durchzuführen.[1]

Der C.[2] hebt, was zu erwarten war, vor allem das Anwachsen der konservativen Fraktion hervor und will in diesem Ergebnis den neuen Geist erblicken, der in die konservative Partei eingezogen sei. Er muß aber zugeben, daß auch dieses Häuflein noch viel zu klein ist, um erfolgreich gegen die Opposition auftreten zu können.

Für Geffcken[3] ist der trotz aller Gewaltmaßnahmen so geringe Erfolg der Regierung der unwiderleglichste Beweis ihrer inneren Schwäche. Die Niederlagen des Systems könne nur eine Frage der Zeit sein. Durch die Wahlen sei erneut festgestellt, daß die Fortschrittspartei gegenwärtig die überwältigende Mehrheit im Lande für sich habe, und daß eine Regierung, welche überhaupt noch das Abgeordnetenhaus zu brauchen glaube, dasselbe auf die Dauer nicht ignorieren könne. „Daß aber die Regierung im Grunde die Überzeugung hat, der jetzige Zustand könne nicht dauern, sieht man daraus, daß die ihr ergebenen Blätter den Erfolg ministerieller Kandidaten als bedeutungsvolle Siege feiern, während sie früher behaupteten, es sei ganz gleichgültig, was das Abgeordnetenhaus sage oder tue."[4]

Daß die Wiederherstellung des inneren Friedens und die Kräftigung Preußens mit der Fortdauer des gegenwärtigen Regierungssystems unvereinbar sei, war die herrschende Meinung des gesamten Hamburgischen Liberalismus, als am 9. Nov. 1863 der neue Landtag eröffnet wurde. Hoffnungen setzte man auf die bevorstehende Session nicht, im Gegenteil, man erwartete bald eine Auflösung. Man war überzeugt, daß die Opposition nicht wanken und den Forderungen des Ministeriums nicht nachgeben werde. Und das Ministerium? Würde es die Hand zur Versöhnung bieten? Damit rechnete niemand. Die Liberalen wollten sich auch garnicht mit diesem Ministerium versöhnen.

Die Thronrede[5] betonte die Aufrechterhaltung der preußischen Handelspolitik, widersprach der österreichischen Bundesreform und forderte den Landtag auf, mit dem ernsten Willen der Verständigung an die Lösung der inneren Fragen heranzutreten. Geffcken[6] findet diese königliche Eröffnungsrede vom Standpunkt des gegenwärtigen Systems versöhnlich. Selbst der F.,[7] der sich auf bittere Vorwürfe gegen die Fortschrittspartei gefaßt gemacht hatte, ist überrascht und bezeichnet sie als trocken und nüchtern. Die R.[8] denkt anders. Für sie trägt die Eröffnungsrede ganz den Charakter eines vom König der verfassungstreuen Majorität des Abgeordnetenhauses gestellten Ultimatums. Dieser bleibe nur die Wahl einer Verständigung mit ihrem Landesherrn, bei welcher die Rechte des Volkes der königlichen Machtstellung unbedingt nachstehen müßten, oder einer bald wieder erfolgenden Auflösung des Landtages übrig. Der von den Abgeordneten für das preußische Verfassungsleben zu fassende Entschluß könne daher nicht zweifelhaft sein. Die an sich gemäßigteren N.[9] können auch nichts versöhnliches in der Thronrede erblicken. Nicht die mindeste Konzession habe sie dem auf das schwerste in seinen verfassungsmäßigen Rechten gekränkten Land gebracht.

Die Verhandlungen des Landtages wurden mit größtem

1) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen Bd. I S. 260 2) 23. 10. 1863 3) 30. 10. 1863
4) Geffcken, 30. 10. 1863 5) Bismarck, Ges. Werke Bd. X. S. 186 ff 6) 9. 11. 1863
7) 10. 11. 1863 8) 11. 11. 1863 9) 10. 12. 1863

Interesse verfolgt. Die liberale Presse fordert die Opposiiton unablässig auf, in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Bismarck zu verharren. Die N. jedoch bringen fortan keine Leitartikel mehr zum inneren Konflikt. Nur in Monatsübersichten streifen sie kurz die politischen Ereignisse.

Allgemein erwarteten die liberalen Blätter eine Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse. Als das Abgeordnetenhaus aber beschloß, davon abzusehen, wurde dasselbe mit bitteren Vorwürfen überhäuft. Der F.[1] erklärt, die Kammer erfülle mit diesem Verfahren nur aus freien Stücken das, was das Ministerium der Presse gegenüber mit allen Mitteln erzwinge. Sie versäume eine Gelegenheit, dem König offen zu erklären, daß seine Regierung die einzige Friedensstörerin sei. Sie raube den braven Wählern und dem harrenden Lande die Genugtuung, sie erspare mit dem Verzicht auf eine Adresse dem Ministerium die Demütigung, daß dessen Treiben bei dem wahren Namen genannt, d. h. als Verfassungsbruch gekennzeichnet werde. In der bevorstehenden Diskussion über die Preßordonnanz erblickt der Freischütz den „kritischen Moment", der wahrscheinlich über die Zukunft des Landtages und über dessen Bedeutung für die konstitutionelle Entwicklung Preußens entscheidend sein werde. Daß die Preßordonnanz von den Abgeordneten für verfassungswidrig erklärt werde, steht für die gesamte liberale Presse außer Zweifel. Für den F.[2] ergibt sich aus dieser zu erwartenden Erklärung des Abgeordnetenhauses die logische Folge: entweder werde die Volksvertretung die Minister anklagen oder dem König erklären, es könne mit seinen verfassungsbrüchigen Räten nicht weiter verhandeln. In beiden Fällen werde es die öffentliche Moral retten, aber wenn es sich für keine dieser beiden Alternativen entscheide, dann werde das Chaos beginnen. „Dann war seine Erklärung über die Verfassungswidrigkeit der Juniordonnanz nichts als eine Bombe, die nicht platzte, nichts als ein blinder Schuß — nein, ein Selbstschuß, der es selber trifft". Das Abgeordnetenhaus erklärte nun zwar die Verfassungswidrigkeit der Preßordonnanz und lehnte die eingebrachte Vorlage der Regierung zur weiteren Unterdrückung der Presse ab, aber den Weg des F. schlug es nicht ein. Es folgte lieber dem Rat derjenigen, welche es aufforderten, sich zur positiven Tätigkeit zu rüsten.

Die Verhandlungen des Herrenhauses und dessen Beschlüsse, selbst die Annahme der Preßordonnanz durch dasselbe wurde von liberaler Seite wenig beachtet. Es schien zwecklos, über diesen Gegner des Volkes viele Worte zu machen. Mit dem Sturze des Systems sollte der König schon an eine Reform des Herrenhauses herangehen. Man konzentrierte lieber die ganze Kraft der Opposition gegen Bismarck. Der C.[3] macht wieder eine Ausnahme. Die Beschlüsse des Herrenhauses werden eingehend besprochen und gewürdigt. Über das Ministerium wird berichtet, daß es fester stehe als je. Doch ist er nach allen bisherigen Vorgängen noch sehr optimistisch, wenn er glaubt, die Nation wolle keine Extreme. Das Wahlergebnis war doch in der Tat der beste Beweis von der äußersten Verbitterung im preußischen Volke, welches gewagt hatte, gegen alle Unterdrückungen radikale Abgeordnete wie Dr. Johann Jakoby,[4] einen Erzdemo-

1) 17. 11. 1863 2) 7. 11. 1863 3) 18. 11. 1863 4) Nirrnheim, a. a. O. S. 231

kraten, nach Berlin zu schicken. Man konnte zwar nach der mißbilligenden Aufnahme einer Rede des letzteren durch die preußische liberale Presse,[1] die er am 13. November vor seinen Wählern in Berlin gehalten, und in welcher er das Volk aufgefordert hatte, selbstständig für sein Recht einzutreten, zu dieser Überzeugung kommen. Er hatte in dieser Rede unverblümt zur Steuerverweigernng aufgefordert. Aber nach dem sich immer mehr steigernden Haß gegen das Ministerium und gegen die Krone mußte man doch auf das Äußerste gefaßt sein. Die R. trifft den Kern der Lage besser, wenn sie immer wieder die preußischen Verhältnisse mit den englischen unter Karl I. vergleicht. Dem F. war die äußerst radikale Rede Jakobys recht. Er bezeichnet sie als einen Triumpf für die preußische Fortschrittspartei. Jakoby wird als ein furchtloser Vertreter der Volksrechte gefeiert, weil er es gewagt hatte, offen den König als den eigentlichen Gegner der verfassungsmäßigen Entwicklung anzuklagen. Überhaupt galt Jakoby den Hamburgischen Demokraten als der gegebene Mann der Situation. Man hatte eine hohe Meinung von diesem entschiedenen Demokraten und schon im Februar 1843 war für eine silberne Bürgerkrone gesammelt worden, die ihm bestimmt gewesen war.[2] Neue Hoffnungen knüpfte man an seine Tätigkeit in der preußischen Volksvertretung.

G.

Die schleswig-holsteinische Frage.

In der schleswig-holsteinischen Frage, welche mit dem Tode Friedrich VII. von Dänemark in den Mittelpunkt des politischen Interesses getreten war, erkannte man sogleich die Gefahr, welcher der Sache des Volkes durch einen eventuell siegreichen Krieg drohte. Mochte man noch so sehr für die Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark eintreten, der Kampf gegen Bismarck war den liberalen Blättern nicht minder wichtig. Eine Loslösung der Herzogtümer von Dänemark durch das Bismarcksche Preußen mußte die Stellung des Ministerpräsidenten festigen. Diese Furcht spricht aus allen liberalen Zeitungen. Auch Geffcken[3] schreibt in seinem Bericht, daß es von den Ereignissen im Norden abhängen werde, welche von den kämpfenden Parteien im Innern die Oberhand gewinnen werde.

Mit wachsender Unruhe verfolgte man die Spaltung der Opposition, welche die schleswig-holsteinische Frage[4] hervorgerufen hatte. Nicht mit Unrecht befürchtete man eine Rückwirkung auf die inneren Fragen. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 2. Dezember, welcher die Einsetzung des Augustenburgers in den Herzogtümern verlangte,[5] erfuhr eine ablehnende Kritik. Das Abgeordnetenhaus habe damit seine frühere feste Position, die Volksrechte zu verteidigen, gegen die sehr schwache der Einmischung in eine verwickelte Frage der auswärtigen Politik vertauscht. „Solange die liberale Majorität der preußischen Volksvertreter alle ihre Kräfte der unzweideutigen Aufgabe widmete, die Angriffe der Regierung auf die Verfassung ihres Landes

1) Nirrnheim, a. a. O. S. 256 2) Baasch. Gesch. Hamburgs Bd. I S. 69 3) 20. 11. 1863
4) Bismarck, Ges. Werke Bd. X S. 191 ff 5) Parissius, a. a. O. S. 69

ıbzuwehren, war sie unter sich einig. . . [1]" In dem Abstimmungsverhältnis (207:107) der am 18. November beschlossenen Adresse des Abgeordnetenhauses zur schleswig-holsteinischen Frage findet die R. erneut die Bestätigung, daß ein Abweichen der Volksvertreter von ihrer Hauptaufgabe, der Beseitigung verfassungswidriger Zustände im eigenen Lande, zur Schwächung der liberalen Mehrheit führen müsse.

Aus dem Gegensatz zwischen König und Bismarck in der schleswig-holsteinischen Frage[2] schließt Geffcken,[3] daß die Stellung des Ministerpräsidenten sehr schwach geworden sei. Dennoch kann er an eine Beseitigung desselben nicht glauben. Selbst der Einfluß des liberalen Thronfolgers werde dazu nicht ausreichen.[4]

Zu Beginn des neuen Jahres befand sich die gesamte Presse in einer gedrückten Stimmung. Alle Blätter erkannten die große Bedeutung, welche das neue Jahr für Preußens und Deutschlands Entwicklung haben werde. Die Ablehnung des Etats von 1864 durch das Abgeordnetenhaus fand den Beifall der liberalen Presse. Aber der von dem Abgeordnetenhaus seinerseits beschlossene Etat, welcher alle Forderungen des Ministeriums gestrichen hatte und ganz den Wünschen der Volksvertretung entsprach, fand keine Zustimmung. Jakoby, der sich als einziger wegen dieses abgeänderten Etats ausgesprochen hatte, um mit diesem Ministerium überhaupt nicht zu verhandeln, wird als der wahre Vorkämpfer des Volkes gefeiert.[5]

Die deutsch-dänische Frage, welche in ganz Deutschland eine nationale Begeisterung hervorrief, hatte nicht vermocht, den Streit mit dem reaktionären preußischen Ministerium in der öffentlichen Meinung Hamburgs zu unterdrücken. Für die liberale Presse stand nach wie vor der Kampf gegen Bismarck an erster Stelle. „ . . . erst für Deutschlands Einheit und Größe zu wirken, die Ordnung der Angelegenheiten des eigenen Staates aber einer späteren Zeit vorzuenthalten, mag beim ersten Anblick etwas verlockendes für hochherzige Preußen haben, führen aber höchstwahrscheinlich zu dem, was die Stimmführer der Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses nach ihren gestrigen Reden zu urteilen, vermeiden wollen, nämlich zu einem Kampf der Reaktion mit der Revolution."[6]

Nachdem am 22. Januar die von der Regierung für die Durchführung des Krieges gegen Dänemark geforderte Anleihe von 12 Millionen vom Abgeordnetenhaus abgelehnt worden war, erfolgte am 25. desselben Monats der Schluß des Landtages.[7] R. und F. machen nicht allein Bismarck, sondern vor allem die Volksvertretung für diese wiederum negative Session verantwortlich. Beiden Blättern ist der Widerstand der Opposition gegen die Regierung noch lange nicht groß genug. Der R.[8] ist es unverständlich, daß der gegen den Willen der Volksvertretung von der Regierung angeordnete Ausmarsch großer Truppenmassen, ohne Widerstand im Land hervorzurufen, erfolgen konnte. Unter tiefem Bedauern muß sie erkennen, daß in Preußen der König als Kriegsherr immer noch viel höher stehe als in seiner Eigenschaft als Landesherr. Die jetzige Regierung befinde sich auf dem Weg zu einem auf die Gewalt der Bajonette sich stützenden königlichen Absolutismus. Die Volksvertretung, überhaupt das

1) 18. 12. 1863 R. 2) Der König wollte sich bekanntlich vom Londoner Protokoll lossagen, Bismarck nicht. 3) 14. 12. 1863. Vertraulicher Bericht an Syndikus Merck 4) 24. 12. 1863. 5) 18. 1. 64 R., 21. 1. 64 Fr. 6) 18. 1. 1864 R. 7) Parisius, a. a. O. S. 70. 8) 27. 1. 1864.

preußische Volk, habe daher die bisher verfolgte Taktik des passiven Widerstandes zu verlassen und aktiv gegen das herrschende System vorzugehen.

Die schärfste Sprache führt wieder der F.[1] Dem Abgeordnetenhaus wird vorgeworfen, immer nur nach oben und nicht nach unten geblickt zu haben. Es habe nicht verstanden, sich gefürchtet zu machen. Dagegen habe die Furcht, daß die Loyalität seines Handelns bestritten werden könne, es auf Schritt und Tritt begleitet. Preußen wird eine verhängnisvolle Zukunft prophezeit, denn es habe eine Landesvertretung, die ihm nicht helfen könne. Die Monarchie sei Bismarck widerstandlos in die Hände gegeben. Das Vertrauen des F. zu den preußischen Volksvertretern ist rapide zurückgegangen, ja fast völlig geschwunden. „Der Liberalismus Preußens zählt nicht auf sich selbst, er rechnet nur auf auswärtige Konflikte, in welche eine verwegene, dem deutschen wie dem preußischen Interesse zuwiderlaufende Politik den Staat hineinreißen soll, um dann in diesem Konflikt zu Grunde zu gehen . . . “[2] Vor allem wird der Volksvertretung zum Vorwurf gemacht, daß es nach der Ablehnung der Preßordonnanz mit dem Ministerium überhaupt weiter verhandelt habe. Schon zu Beginn der Session hatte der F. als logische Konsequenz gefordert, jede weitere Verhandlung mit der Regierung abzubrechen, wenn man die Preßordonnanz für verfassungswidrig erklären werde. (s. oben S. 59) „Was haben die Volksvertreter denn getan, den Gedanken an eine männliche Verteidigung der Verfassung ins Volk zu werfen? Sie haben zur Loyalität ermahnt, den gesetzlichen Weg gepredigt, aber nicht den heiligen Zorn über die permanente Ungesetzlichkeit geschürt. Sie haben abgewiegelt, wo das Gegenteil eine Pflicht gewesen wäre“.[3]

1) 28. 1. 1864 2) 30. 1. 1864 3) 30. 1. 1864

III. Teil

Die Lösung des Konflikts.

A.

Die Übergangsjahre 1864 und 1865.

Der Krieg um Schleswig-Holstein ließ die innerpreußischen Fragen bald in den Hintergrund des politischen Interesses treten. Die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz und die späteren Verhandlungen nahmen die öffentliche Meinung in Anspruch. Auch Geffcken beschäftigt sich in seinen Berichten vorwiegend mit der schleswig-holsteinischen Frage. Selten nur wurden innerpreußische Angelegenheiten von den Zeitungen besprochen. Zu diesen wenigen gehört u. a. die Verurteilung Johann Jakobys wegen seiner am 13. November 1863 gehaltenen Rede (s. oben S. 60). Er wird von der gesamten liberalen Presse als Märtyrer der Volkssache gefeiert.[1] Der F. bezeichnet diese Verurteilung als ein Thermometer des gegenwärtigen preußischen Regimes. Das Bismarcksche System werde durch diesen Prozeß nicht gefestigt werden.

Die großen preußischen Erfolge im dänischen Krieg vermochten die liberale Meinung nicht umzustimmen. Ihr Haß gegen Bismarck hatte sich nicht geändert. Die „Nachrichten" jedoch halten mit ihrem politischen Urteil zurück. Sie bringen keine Leitartikel mehr zum inneren Konflikt. Auch ihre politischen Monatsübersichten fallen ganz fort. Scheinbar ahnten sie nach diesem großen Erfolg der Bismarckschen Außenpolitik in dem preußischen Ministerpräsidenten bereits den kommenden Staatsmann und hielten es für ratsamer, ihn nicht mehr offen zu bekämpfen.

Das glänzende Ergebnis des Krieges wurde von der liberalen Presse durchaus gewürdigt, aber es hatte doch einen bitteren Beigeschmack. Man erkannte nämlich, daß die Erfolge der preußischen Truppen die Stellung Bismarcks festigen mußten. Der Kampf der liberalen Opposition gegen das Bismarcksche Ministerium war dadurch erschwert worden. Die Armeereorganisation, um welche der innere Kampf entbrannt war, war durch den siegreichen Feldzug gerechtfertigt. Würde man nun den Widerstand gegen dieselbe aufgeben? Anfangs wurde diese Erwartung vom C. ausgesprochen, [2] doch schon wenige Wochen später, als die Gegensätze erneut in aller Schärfe hervortraten, wieder aufgegeben. Die R. [3] tritt einer Versöhnung der kämpfenden Parteien auf dieser Basis mit Entschiedenheit entgegen. Der Kern des Konflikts sei das Ausgabebewilligungsrecht des Volkes. Nur in dem Verzicht der Regierung auf die Theorie von der Verfassungslücke ist nach ihrer Ansicht der innere Hader zu beseitigen. Sie fordert die preußische Volksvertretung auf, auf keiner anderen Basis die Hand zur Versöhnung zu bieten. Der F. [4] traut es der Kraft des Abgeordnetenhauses nicht mehr zu, einen Umschwung in der Regierung des Landes herbeizuführen. Es habe die Zeit dazu versäumt. Von Ereignissen, die nicht in der Kammer liegen würden, hänge es allem Anschein

1) Er wurde in der R. am 4. 7. 1864 abgebildet. 2) 24. 9. 1864, 14. 10. 1864 und 19. 11. 1864 3) 24. 9. 1864 4) 5. 1. 1865

nach ab, wenn ein Umschwung eintreten werde.

Am 14. Januar 1865 trat der Landtag wieder zusammen.[1] Man ging einer Session entgegen, von welcher sowohl die liberale als auch die konservative Presse eine Lösung des inneren Konflikts nicht erwartete.[2] Die Thronrede,[3] mit welcher der König den Landtag eröffnete, fand eine ablehnende Kritik. Die Regierung forderte die uneingeschränkte Annahme der Armeereorganisation. Von dem Nachsuchen um Indemnität für die gegen den Willen der Volksvertreter verausgabten Summen war nicht die Rede. Für Geffcken[4] ist daher eine Lösung des Konflikts auf Grund des in der Eröffnungsrede verkündeten Programms der Regierung unmöglich. Er schließt aus dieser energischen Sprache des Monarchen, daß Bismarck bei demselben große Fortschritte gemacht habe. Auf die R.[5] hat die Thronrede keinen günstigen Eindruck gemacht. Der König von Preußen sei nur zu einer solchen Beendigung des Konflikts bereit, welche von der Verfassung nichts als leere Form bestehen lassen wolle. Der Monarch habe die unbedingte Unterwerfung der Landesvertretung unter den königlichen Willen verlangt. Was man schon lange vorausgesagt hatte, war durch die Thronrede bereits offenbar geworden: Ein Ausgleich zwischen den kämpfenden Parteien war nicht zu gewärtigen. Auch der C.[6] muß zugeben, daß mit der wiederholten Forderung der uneingeschränkten Anerkennung der Heeresreform keine Nachgiebigkeit von Seiten der Regierung getreten sei, wenn er auch den Ton der Rede wohltuend und versöhnlich findet.

Der Kampf sollte also weitergehen. Der radikale Flügel des Hamburgischen Liberalismus war äußerst skeptisch. Man hatte nicht mehr das unbedingte Vertrauen zu den preußischen Abgeordneten. Den wahren Grund der Schwäche der preußischen Volksvertretung, nämlich den mangelnden Rückhalt im Volke, erkannte man jedoch nicht. Der F.[7] will die preußische Volksvertretung moralisch packen, indem er immer wieder ihre Schwäche gegenüber dem Ministerium betont. Die hohe Meinung, welche er früher von der Festigkeit des preußischen Liberalismus hatte, wird immer geringer. Dem Ministerium würde es ein leichtes sein, den Ausgleich herbeizuführen, wenn es nur einen kleinen Finger reichen würde. Schon gegen die geringste Konzession würde das Abgeordnetenhaus dem Ministerium Bismarck alle Sünden vergeben.

Der C.[8] ermahnt die Volksvertreter zur Mäßigung. Man solle den Faden der Verständigung nicht vor Anknüpfung zerschneiden, wie es der Präsident Grabow in seiner Antrittsrede getan habe.[9] Für ihn ist der Militärstaat[10] eine Lebensbedingung für Preußen, welcher er alle anderen Bedingungen unterordnen will. Auch die Verfassung habe sich dieser Lebensbedingung in der Praxis zu unterwerfen. Sicherlich hatte der C. einen richtigen Blick für die Bedeutung des preußischen Militärstaates. In den Augen der herrschenden Meinung aber, die von den Ideen des Liberalismus erfüllt war, mußte eine solche Ansicht als reaktionär gelten. Wie die öffentliche Meinung in Hamburg hierüber dachte, bringt die R. treffend zum Ausdruck: **„Nicht in einem neu zu bildenden verstärkten Soldatenheer, sondern in**

1] Parisius, a. a. O. S. 71 2] Geffcken versprach sich ebenfalls keine fruchtbare Tätigkeit von der kommenden Session 5. 1. 1865 3] Bismarck, Ges. Werke, Bd. 10 S. 221 ff
4] 14. 1. 1865 5] 16. 1. 1865 6] 17. 1. 1865 7] 9. 2. 1865 8] 19. 1. 1865
9] vgl. F. 19. 1. 1865, welcher sich anerkennend über die Rede ausspricht 10] 26. 1. 1865

seiner noch jungen Volksvertretung und in seinem alterprobten Volksheer erblicken wir Preußens wahre Kraft, die es geeignet macht, seinen historischen Beruf für Gesamtdeutschland zu erfüllen".

Mit dem Fortgang der Beratungen des Landtages wurde die Aussicht auf eine Verständigung immer geringer, soweit überhaupt noch von einer solchen gesprochen werden konnte. Die Debatten über den Generalbericht der Budgetkommission im Abgeordnetenhaus werden von den Blättern beider Richtungen ausführlich mitgeteilt und besprochen, mit Ausnahme der N., die mit ihrer Kritik sehr zurückhalten. Bei diesen Verhandlungen zeigen sich erneut die Gegensätze zwischen Regierung und Volksvertretung.[1] Wie sehr sich der Radikalismus in Hamburg in den Haß gegen Bismarck verstiegen hatte, zeigen die heftigen Vorwürfe, welcher der F.[2] den Abgeordneten macht, weil sie eine Anleihe für neu anzulegende Eisenbahnen bewilligt hatten. Mit jedem Mittel, welches man Bismarck in die Hand gebe zur Förderung der großen Interessen des Landes, bewillige man dem Ministerium ein Moratorium für sein budgetloses System und damit für seine Existenz. Die Anfänge der Bismarckschen Regierungstätigkeit werden im Vergleich zu den gegenwärtigen als harmlos und unschuldig bezeichnet.[3]

Die Ablehnung der Militärvorlage der Regierung fand erwartungsgemäß die Zustimmung der liberalen Presse, desgleichen die Verwerfung der Marinevorlage. Einen praktischen Erfolg erwartete man davon zwar nicht, denn es stand außer allem Zweifel, daß die Reorganisation auch weiterhin gegen den Willen des Volkes durchgeführt würde. Aber Bismarck hatte doch wieder den entschlossenen Widerstand der Volksvertreter gefühlt. Das mochte für den Augenblick genügen. Schließlich werde das preußische Ministerium dem andauernden Widerstand seines Volkes nicht entgegentreten können. Selbst der radikale F.[4] erhebt keine neuen Anklagen gegen diese „negative Haltung", wenn ihm auch ein aktives Vorgehen lieber gewesen wäre.

Ein Lichtblick für den Hamburgischen Liberalismus war die Rede Twestens vom 20. Mai 1865, in welcher dieser die preußische Justiz auf das heftigste angeklagt hatte. Der F.[5] veröffentlicht diese Rede im Wortlaut und greift die Gelegenheit begierig auf, um auch seinerseits gegen die reaktionäre preußische Gerichtsbarkeit zu Felde zu ziehen. Die Verurteilung Jakobys hatte eine große Verbitterung gegen die preußische Justiz hervorgerufen. (s. S. 63)

Der C.[6] nimmt bei der Besprechung dieser Rede eine ganz andere Haltung ein als bisher. Von einer vernichtenden Kritik, die man eigentlich erwarten sollte, ist keine Spur, im Gegenteil, jene Rede wird sogar als das bedeutsamste Produkt der Session bezeichnet. Dieser plötzliche Wandel ist darauf zurückzuführen, daß der C. mit dem 1. April in eine andere Gesellschaft übergegangen war, welche unter der Leitung des Augustenburgisch gesinnten Dr. Bonfort stand. Dieser Gegensatz zu Bismarck in der schleswig-holsteinschen Frage hatte auch eine Wendung in der Beurteilung der innerpreußischen Fragen zur Folge.

Der Schluß des Landtages, der am 17. Juni verfügt wurde,

1) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10 S. 234 ff. 2) 4. 4. 1865 3) 13. 4. 1865 F.
4) 11. 5. 1865 5) 25. 5. 1865 6) 9. 6. 1865

kam nach den Vorgängen und Beschlüssen der letzten Wochen nicht überraschend. Man hatte ja schon lange nicht mehr an eine Verständigung geglaubt. Man gewöhnte sich allmählich an den Zustand des budgetlosen Regimes. Die Polemik gegen das Bismarcksche System mußte schließlich langweilig werden. Man fühlte, daß der pommersche Junker, dem man schon bei seinem Regierungsantritt einen baldigen Sturz vorausgesagt hatte, doch mächtiger war als die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses. Seit 1862 hatte der Landtag unaufhörlich seine Proteste gegen das selbstherrliche Regiment des Ministeriums erhoben und war von der Hamburgischen liberalen Presse tatkräftig unterstützt worden. Alle Mühe war vergeblich gewesen. Mußte man nicht schließlich zweifeln an der Kraft der preußischen Landesvertretung? Der F. hatte ja bereits den größten Teil seines Vertrauens zu Grabe getragen. Aber trotzdem erachtete man es als eine liberale Pflicht, das preußische Volk auch weiterhin in seinem Kampf zu unterstützen. Doch dem Leser konnten die flammenden Artikel gegen Bismarck und die reaktionären Maßnahmen nichts Neues mehr bringen. Sie mußten ihm mehr und mehr als etwas Alltägliches erscheinen.

Bemerkenswert ist die Kritik des C.[1] über die Thronrede,[2] welche die Volksvertretung heftig anklagte. Seine andere Einstellung tritt deutlich hervor. Er spricht die Regierung, was er früher stets zu tun pflegte, nicht frei von aller Schuld an den herrschenden Zuständen. Die Regierung möge bedenken, daß das Haus kraft der Verfassung bestehe, dessen Anerkennung es wenigstens verlangen müsse, um sich dann in der Praxis den Umständen anzupassen. Ein weiteres Nebeneinander dieses Ministeriums mit diesem Abgeordnetenhaus ist nach seiner Ansicht unmöglich.[3] Ein Wechsel im Ministerium war ihm für diesen Augenblick wegen seiner Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage aber sicherlich wünschenswerter als ein gefügiges Abgeordnetenhaus.

Die Stimmung bis zur Wiedereröffnung des Landtages erfuhr keine wesentliche Änderung. Nach wie vor polemisierte man gegen Bismarck, wenn auch nicht so häufig als bisher.

Der F.[4] gibt es auf, mit der Opposition der preußischen Volksvertreter das Ministerium zu stürzen. Er setzt seine ganze Hoffnung auf die Entwicklung in der auswärtigen Politik,[5] vor allem auf die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. Im Falle eines Mißerfolges der Regierung in dieser Angelegenheit, und den wünscht er sehnlich herbei, werde eine Rückwirkung auf die innere Politik nicht ausbleiben. Die R.[6] dagegen will mit dem preußischen Volke selbst zum Ziele kommen. Wenn das Volk nur beharrlich fortfahre, seine Gegner zu bekämpfen, werde Bismarck seiner Niederlage nicht entgehen können. Den Abgeordneten wird empfohlen,[7] dem Vorschlag Twestens, in der kommenden Session überhaupt auf eine Budgetberatung zu verzichten, anzunehmen. Letztere könne der Regierung nur Mittel in die Hand geben, um der Kammer erneut den Vorwurf der Unversöhnlichkeit zu machen. Die Regierung möge noch länger die Verantwortlichkeit für den budgetlosen Zustand tragen, als daß

1) 20. 6. 1865 2) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10 S. 252 f 3) 22. 6. 1865
4) 5. 12. 1865 5) 9. 1. 1866 6) 17. 7. 1865 7) 3. 1. 1866

die Kammer wieder das Schauspiel ohnmächtiger Diskussion bieten solle. Man sah ein, daß man mit Resolutionen, mochten sie auch noch so oppositionell sein, gegen Bismarck nichts erreichen konnte. Man war der eintönigen Budgetberatung müde, bei der bisher nichts herausgekommen war und zweifellos auch in der nächsten Session nichts herauskommen würde.

Wie urteilt nun Geffcken über die gegenwärtige Lage? Nach wie vor spricht aus seinen Berichten eine antibismarcksche Haltung. Bismarck und sein ganzes System würden unterliegen, wenn es, was er aber nicht für möglich hält, zu einem Krieg zwischen Österreich und Preußen käme.[1] Denn Preußen sei in Deutschland isoliert und habe vor allem keinen Rückhalt im eigenen Lande. Der Stern des Ministerpräsidenten sei nicht mehr im Steigen[2], und die bevorstehende Session werde die Lage der Regierung nicht verbessern.[3]

Von der Spannung, mit welcher man früher die Eröffnungen des preußischen Landtages erwartet hatte, war sowohl auf liberaler als auch auf konservativer Seite nichts zu spüren. Man wußte, daß auch die kommenden Verhandlungen nichts weiter bringen würden als ein erneutes Aufeinanderprallen der beiden Parteien. Das war nichts Neues mehr. Der innere Konflikt war nicht mehr der Mittelpunkt des politischen Interesses. Der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich war an seine Stelle getreten.

B.

Die letzten Kämpfe.

Als die Gegensätze zwischen den beiden deutschen Großmächten sich bereits immer mehr zugespitzt hatten, erfolgte am 15. Januar 1866 die Eröffnung des preußischen Landtages,[4] dessen Session nur von kurzer Dauer sein sollte. Die liberalen Blätter setzten ihre Polemik gegen Bismarck fort. Mit der Zuversicht, daß Bismarck schließlich doch einmal den Forderungen des Volkes nachzugeben gezwungen werde, ging man dem neuen parlamentarischen Kampf entgegen. Daß diese Session bereits die Lösung herbeiführen werde, hielt man, wie wir bereits gesehen haben, für ausgeschlossen. Aber sie werde dazu beitragen, den Sturz Bismarcks zu beschleunigen. Das war alles, was man zu hoffen wagte.

Auch Geffcken[5] stellt keine großen Erwartungen an die bevorstehenden Verhandlungen. Die Session werde sich in unerquicklichen Zerwürfnissen hinziehen und die Lage der Regierung, deren auswärtige Politik nicht mehr wie im vorigen Jahr sich in aufsteigender Linie bewege, gewiß nicht verbessern.

Die österreich-preußischen Differenzen hingen wie ein Damoklesschwert über den Parteien. Der Ausgang dieser Differenzen mußte die Entscheidung im inneren Konflikt herbeiführen. Das fühlten alle, Liberale und Konservative.

Je weiter die Verhandlungen des Landtages vorrückten, um so deutlicher fand man die Bestätigung für das, was man vorhergesehen, teils gewünscht, teils gefürchtet hatte: Die Kluft

1) 22. 6. 1865 Geffcken 2) 3. 1. 1866 Geffcken 3) 13. 1. 1866 Geffcken
4) Parisius, a. a. O. S. 71 5) 20. 1. 1866

zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung wurde immer größer. Den Liberalen war es schon recht; denn in einer noch größeren Entfremdung der kämpfenden Parteien erblickten sie den einzigen Weg, um Bismarck schließlich mürbe zu machen und ihn zum Rückzug vor dem Parlament zu zwingen.

War der C. [1] auch lange nicht mehr der Verteidiger der preußischen Regierung, so mißbilligte er doch jede Verschärfung des Konflikts. „Die Reibung der beiden Faktoren gibt eben nur ein negatives Produkt für Preußen, für Deutschland, für Europa. Und keiner hat die Selbstverleugnung, aus der Negation in die Positivität einzutreten".

Einen Sturm der Entrüstung rief der Spruch des Obertribunals vom 29. Januar hervor, [2] welcher eine gerichtliche Verfolgung der Abgeordneten Twesten und Frentzel wegen ihrer Rede im Abgeordnetenhaus verfügte. (s. S. 65) Geffcken [3] berichtet, daß es den Abgeordneten bei der Besprechung dieses Beschlusses in der Kammer nicht schwer geworden sei, die Verfassungswidrigkeit desselben nachzuweisen. Der C. [4] zweifelt überhaupt an die Zuständigkeit des Gerichtshofes zu authentischen Interpretationen von Verfassungsbestimmungen. Interpretationen können nach seiner Ansicht nur vom Gesetzgeber selbst ausgehen, also in diesem Falle von der Krone und dem Abgeordnetenhaus zusammen als Faktoren der Gesetzgebung. Diese Ansicht wich wenig von derjenigen der liberalen Blätter ab. Die veränderte Haltung des C. kommt hier wiederholt zum Ausdruck. Während der C. aber in ruhiger, sachlicher Weise seine Bedenken ausgesprochen hatte, glichen die Leitartikel der Reform und des Freischütz flammenden Protesten gegen diese Vergewaltigung der Redefreiheit der Tribüne. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, die Entscheidung des Obertribunals für verfassungswidrig und somit für ungültig zu erklären, fand allgemeine Zustimmung. „Die Kammer hat ihre Ehre gewahrt, ihre Aufgabe gelöst und ihre Pflicht gegen das Vaterland in vollem Maße erfüllt. An der Regierung ist es, zu erwägen, ob es wohlgetan sei, um mit Heinrich Simon [5] zu reden, die Lebensfasern des Staates zu durchschneiden, indem man die Basen des Rechtszustandes untergräbt. Es gibt Iden des Märzes, die verhängnisvoll sind, und selbst Cäsar hatte wohlgetan, auf die Warnung der Auguren rechtzeitig zu hören". [6]

Nach Geffckens [7] Ansicht ist die Stellung der Regierung, welche nach außen vor dem Krieg mit Österreich, im Innern vor dem Staatsstreich stehe, sehr unsicher. Er führt eine Äußerung Graf Eulenburgs an, [8] welche dieser nach seiner Angabe in angeregter Stimmung getan haben soll, und von welcher er sagt, daß sie ein klares Bild von der Situation gebe: „Wir verteidigen eine verlorene Sache, wir müssen scheitern". Wenige Tage später schreibt er, daß eine Krisis infolge der sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze unvermeidlich geworden sei. [9] Eine Niederlage in der Außenpolitik [10] werde ein strafferes Anziehen der Zügel im Innern ungemein schwierig machen. In einem solchen Fall werde Bismarck sich nicht halten können, und als weitere Folge werde die Abdankung des Königs nicht zu umgehen sein.

In Unfrieden war der Landtag eröffnet worden, in Unfrieden wurde er bereits am 23. Februar wieder entlassen, ohne das

1) 31. 1. 1866. 2) Die innere Politik S. 611 ff. 3) 10. 2. 1866. 4) 4. 2. 1866. 5) Bekannter liberaler Politiker und Publizist in der 40er Jahren, ein Freund Jakobys 6) 12. 2. 1866 R. 7) 20. 2. 1866. 8) 15. 2. 1866. 9) 22. 2. 1866. 10) Österreich.

Budget beraten zu haben. Und das in einem Augenblick, wo das preußisch-österreichische Verhältnis schon fast unhaltbar geworden war.

Geffcken, [1] der die Schließung des Landtages nicht vermutet hatte, bezeichnet die in der Thronrede angeführten Motive, [2] welche den Schluß der Session rechtfertigen sollten, als Vorwände. Der wahre Grund sei, daß die Regierung die Hoffnung aufgegeben habe, eine Unterstützung für ihre auswärtige Politik zu finden. Die Regierung fühle sich nicht stark genug, den Kampf im Innern fortzusetzen und zugleich den Konflikt mit Österreich zu wagen. Daher habe sie die Session geschlossen.

Der F. [3] ist derselben Ansicht. Die letzten Wochen hätten deutlich gezeigt, daß das Abgeordnetenhaus entschlossen sei, das Verfassungsrecht zu verteidigen. In dieser Erkenntnis, doch nichts für ihre Zwecke zu erreichen, habe die Regierung es für klüger erachtet, den Landtag zu schließen. Sein Vertrauen zum Abgeordnetenhaus ist durch dessen entschiedene Haltung der letzten Wochen wieder gestärkt. Er behauptet sogar, die Volksvertretung sei in ihrer Opposition fester als je. Doch schon wenige Monate darauf mußte er sich vom Gegenteil überzeugen.

Die R. [4] prophezeit Preußen eine trübe Zukunft, wofür sie die Feudalen verantwortlich macht. Heftig greift sie diese „wahren" Gegner des preußischen Thrones an, denen es gleich sei, ob der Staat in Trümmer falle, wenn nur ihre alten Privilegien weiter beständen.

In den nächsten Wochen wurde der innere Konflikt durch die sich immer mehr zuspitzende Spannung der beiden deutschen Großmächte fast ganz in den Hintergrund gedrängt. Erst bei der Besprechung des preußischen Antrages am Bundestag vom 9. April, welcher die Berufung einer deutschen Nationalvertretung forderte, wurden innerpreußische Angelegenheiten wieder mehr in den Vordergrund gerückt. Man nahm diesen Antrag garnicht ernst. Man forderte Bismarck auf, erst im eigenen Lande die Rechte der Volksvertretung anzuerkennen. Dann möge er mit seinem Antrag einer deutschen Nationalvertretung wiederkommen. [5] Auch Geffcken [6] zweifelt an der Ehrlichkeit dieses preußischen Antrages. Von einer im eigenen Lande jede verfassungsmäßige Regung unterdrückenden Regierung kann er keine Achtung vor einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen deutschen Volksvertretung erwarten. Der F. [7] empfindet den preußischen Antrag als eine schwere Verhöhnung des Liberalismus. Er nennt diese Aktion Bismarcks eine Komödie, wie sie in der Politik selten vorkomme. „Das kann man Preußen, kann man Deutschland bieten! Man knechtet das Volk mit der einen Hand, — man verhöhnt es mit der anderen. Man treibt Spott mit den Begriffen und Worten, in denen die Nation seit Jahrzehnten ihre Hoffnungen zusammengefaßt hatte! Man übt seinen Hokus-pokus mit: Parlament, allgemeinem Stimmrecht, direkten Wahlen und Bundesreform". [7]

Die am 9. Mai verfügte Auflösung des Landtages kam ganz unerwartet. Geffcken [8] glaubt darin die Absicht der Regierung zu erkennen, das Zusammentreten der neuen Kammer bis

1) 23. 2. 1866. 2) Bismarck, ges. Werke Bd. 10., S. 268 f. 3) 27. 2. 1866. 4) 24. 2. 1866. 5) 5. 5. 1866 R. 6) 10. 4. 1866. 7) 14. 4. 1866. 8) 10. 5. 1866.

nach dem bereits unvermeidlich gewordenen Ausbruch der Feindseligkeiten mit Österreich hinzuziehen, um damit das Haus angesichts des ausgebrochenen Krieges vor die Unmöglichkeit zu stellen, eine Anleihe zu verweigern. Über das Gelingen dieses Planes wagt er noch kein Urteil zu fällen, sondern will die Stimmung der Wahlbewegung abwarten. Doch schon wenige Tage später (17. Mai) berichtet er, daß man im Ministerium nach den bisherigen Berichten aus dem Lande mit einem für die Regierung ungünstigen Wahlresultat rechne. Man sei auch überzeugt, daß keine Anleihe ohne weitgehende Konzessionen von Seiten des Ministeriums zu erreichen sein werde. Den Gedanken eines Umschwunges im preußischen Volk weist Geffcken[1] zurück. Der neue Landtag werde, *wenn* der Krieg ausgebrochen sei, die Mittel dafür nicht verweigern, aber jede Bewilligung an die Forderung der Beseitigung des Ministeriums und vor allem Bismarcks knüpfen. Die R. kommt zu derselben Ansicht des Hamburgischen Gesandten.[2] Nichts deute darauf hin, daß die preußischen Volksvertreter das verfassungsmäßige Recht des Landes, welches sie bisher so tapfer verteidigt hätten, im Augenblick der Kriegsgefahr aufgeben würden. Der Freischütz[3] ist skeptrisch. Er hatte ja schon lange nicht mehr des große Vertrauen zur preußischen Opposition, welches er derselben zu Anfang des inneren Konflikts entgegengebracht hatte. Die preußische Volksvertretung habe eine schwere Probe zu bestehen. Niemand könne verbürgen, wie die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses unter dem Eindruck des Krieges ausfallen würden. Wenn er auch noch so mißtrauisch gegen die kommende Volksvertretung war, so war er doch davon überzeugt, daß sie die Zukunft Deutschlands bestimmen werde. „Mag sie *vor* dem Ausbruch des Krieges, mag sie *nach* demselben zusammentreten, sie wird das Geschick Deutschlands entscheiden.“[4]

Der C., bei dem durch den Tod von Dr. Achilles Runkel[5], dem langjährigen Verfasser der Leitartikel, ein Wechsel in der Schriftleitung erfolgt war, wendet sich nun offen gegen Bismarck.[6] Der neue Schriftleiter ergeht sich sogar in Lobreden auf das preußische Abgeordnetenhaus.[7] Hatte Runkel stets die große Bedeutung der Heeresreform hervorgehoben, so wird jetzt von derselben gesagt, daß sich ihre verheißenen Wohltaten als illusorisch erwiesen hätten.[8] Die Erfolge der preußischen Truppen im deutsch-dänischen Krieg, welche Runkel gerade auf die Reorganisation zurückgeführt hatte, waren vergessen.

Die Stimmung in den liberalen Blättern änderte sich in den ersten Wochen der Wahlbewegung nicht. Der Sieg der Opposition erschien unzweifelhaft, und selbst der mißtrauische F.[9] schöpfte neuen Mut, wenn er schreibt, daß die Ministeriellen dieses Mal nicht die geringste Aussicht auf einen nennenswerten Erfolg hätten. Die liberale Gesamtmasse des Landes stehe dem Ministerium Bismarck unter dem festen Programm gegenüber: Keine Geldbewilligung ohne Änderung des Systems. Er warnt aber davor, diejenigen Volksverteter, welche in der frühere Session sich bereit gezeigt hätten, auch der gegenwärtigen Regierung Anleihen zu bewilligen, wieder in die Kammer zu schicken. Dem

1] 19. 5. 1866 2] 19. 5. 1866 R 3] 12. 5. 1866 4] 12. 5. 1866 5] 8. 5. 1866
6] 20. 5. 1866 7] 24. 5. 1866 8] 17. 5. 1866 9] 7. 6. 1866

F. ist die Opposition noch viel zu lau. Eine neue Partei unter Jakobys Führung würde er daher aufrichtig begrüßen. Er macht den Führern des preußischen Liberalismus bittere Vorwürfe, sich nicht genügend darum gekümmert zu haben, die Wähler über die brennenden Fragen aufzuklären. Sie hätten die Hände in den Schoß gelegt, anstatt die Agitation zu organisieren.

Noch bildeten die liberalen Zeitungen eine geschlossene Front gegen Bismarck. Die Ereignisse des Krieges aber sollten diese liberale Phalanx in Hamburg durchbrechen. Während der F. konsequent in seiner ablehnenden Haltung gegen das preußische Ministerium verharrt, verläßt die R. ihren bisherigen Standpunkt und fordert auf, den Fahnen der preußischen Heere zu folgen; denn es sei der Weg zur deutschen Einigung nunmehr beschritten. Hatte sie noch am 9. Juni prophezeit, daß mit einem Siege Preußens der deutschen Nation auch das jetzt in Preußen herrschende System der Rechtsverachtung und des Machtmißbrauches aufgedrungen werde, daß das triumphierende Preußen die jungen Saaten der konstitutionellen Freiheit überall in Deutschland schonungslos zertreten würde, so hat sie diese Meinung am 20. Juni bereits aufgegeben. Was sie selber noch vor wenigen Tagen behauptet hatte, daß das Überwiegen des preußischen Einflusses in Deutschland ein Unheil sein würde, diese Behauptung bezeichnen sie jetzt als eine verhängnisvolle Torheit. Es sei ein armseliger Trugschluß, um Bismarck wegen seiner inneren Politik eine Niederlage zu gönnen, Österreich den Sieg zu wünschen. „Mögen doch diejenigen, welche nicht die Klarheit des Sinnes und die Geradheit des Herzens haben, jene richtige Ansicht von der Notwendigkeit der preußischen Spitze, die sie in friedlicher Zeit mit Ostentation gepredigt haben, auch in schwerer Zeit zu gewähren, zum wenigsten ein würdiges Schweigen beobachten, denn sie befinden sich in einer schweren Verirrung."[1] Die Einheit Deutschlands ist ihr für den Augenblick mehr wert als die Lösung des inneren Konflikts. Sie läßt ihren Hader gegen Bismarck jetzt ruhen, obwohl sie sehr wohl weiß, daß ein preußischer Sieg zugleich ein Sieg des Ministeriums Bismarck sein wird.[2]

Der F. nimmt mit tiefem Bedauern Kenntnis von dem Stimmungswechsel im preußischen Volk, welcher durch die ersten Erfolge des Krieges eingetreten war. Sein Mißtrauen gegen die Opposition sollte sich bewahrheiten. Die Begeisterung über die kriegerischen Erfolge ließ den Haß im preußischen Volk fast völlig verschwinden, und Bismarck, den man bis dahin mit aller Schärfe bekämpft hatte, empfing von der Berliner Bevölkerung brausende Ovationen.[3] Verbittert über diese veränderte Haltung der preußischen Hauptstädter schreibt der Freischütz[4]: „Die Berliner zeigen, daß sie von anderem Kaliber sind als das Geschlecht der Bourbonen, sie verstehen zu vergessen. . . ." Mochte man in Preußen infolge der Eindrücke des Krieges bereit sein, den Konflikt zu vertagen, der F. dachte nicht daran, das Kriegsbeil gegen Bismarck zu begraben. Es war ihm eine Unmöglichkeit, sich jemals mit dem Manne zu versöhnen, welcher seit Jahren die Freiheitsrechte des preußischen Volkes mit Füßen getreten hatte, obgleich ihm, je näher der Wahltag kam, immer deutlicher wurde, daß die Mehrheit des preußischen Volkes in versöhnliche Bahnen

1) 20. 6. 1866 2) 4 7. 1866 3) 29. 6. 1866 Geffcken 4) 3. 7. 1866

einlenken werde.[1]

In der Tat brachten die Wahlen, welche am 3. Juli, dem Tag von Königsgrätz, stattfanden, dem Ministerium einen überwältigenden Sieg, der sowohl die kühnsten Hoffnungen als auch die schlimmsten Erwartungen übertraf.[2] Nicht weniger als 142 Konservative waren gewählt worden, während die Fortschrittspartei über die Hälfte ihrer Sitze verloren hatte.[3] Der F.[4] führt diese Niederlage der preußischen Opposition einzig und allein auf deren Lauheit in der Organisation und Agitation zurück. Mit einer demoralisierten Partei, welche in sich zerfallen und ihren alten Grundsätzen untreu geworden sei, könne auch kein Sieg erfochten werden. Die R.[5] stimmt in diese Klage des F. nicht ein. Sie will die Hoffnung des preußischen Staatsanzeigers, daß der Konflikt jetzt beseitigt werden möge, durch kein Bedenken trüben und fordert Regierung und Volksvertreter auf, sich bei der gegenwärtigen schwierigen Lage die Hand zur Versöhnung zu reichen. Von der alten Forderung, Bismarck zu entlassen, ist nicht mehr die Rede, auch macht sie die Fortschrittspartei für dieses Wahlergebnis nicht verantwortlich. Kein Wort der Verbitterung wegen dieses ministeriellen Wahlerfolges, im Gegenteil, sie hofft, daß nunmehr die Opposition gemäßigter sein werde, um die Fehler zu vermeiden, welche auch die Gegner der Regierung hin und wieder gemacht hätten. Eine Verständigung könne nicht schwer sein, wenn von beiden Seiten mit dem richtigen Willen ans Werk gegangen werde.[6] Die radikale R. war ins Lager der Gemäßigteren übergegangen.

Was Bismarck in Preußen gelungen war, war auch in Hamburg eingetreten: die liberale Phalanx war durchbrochen. Auf der einen Seite der unversöhnliche F., auf der anderen die R., deren Vertrauen zu dem Ministerium bereits so groß geworden, daß sie hofft, dasselbe werde den Ideen der Kreuzzeitung, die Ergebnisse des Krieges im Sinne des Feudalismus und des reaktionären Systems zu verwerten, nicht folgen.[7] Die R., die während der letzten Jahre sich in ihrem politischen Urteil ganz zurückgehalten hatten, nehmen auch jetzt in ihren Leitartikeln keine Stellung zu den innerpreußischen Fragen und behandeln vorwiegend die deutsche Frage. Der C. schweigt bis zum August ganz. Erst von da ab bringt er wieder seine politischen Leitartikel.

Die Entscheidung mußte durch den neuen Landtag fallen. Würde die Regierung trotz ihres doppelten Sieges bereit sein, einzulenken? Das war die große Frage. Bismarck war in der Tat entschlossen, nach Erledigung des deutschen Krieges auch den inneren Konflikt zu beenden und kam in der Eröffnungsrede des Landtages um Indemnität[8] für die bisher gemachten Ausgaben ein. Es war seit vier Jahren die erste Thronrede, welche von dem führenden Organ des Hamburgischen Liberalismus mit einer wohlwollenden Kritik aufgenommen wurde.[9] Hoffentlich werde der innere Friede auf dieser Grundlage hergestellt werden. Man sprach sich für die Indemnität aus, obgleich man erkannte, daß damit der Sieg im inneren Konflikt auf Bismarcks Seite war. Denn einen Sieg des Budgetrechts sieht die Reform[10] in der Indemnitätsvorlage nicht. Dazu gehöre noch die Erklärung des Königs, fürderhin bei ähnlichen Fällen die Minister, welche sich

1) 3. 7. 1866. 2) 10. 7. 1866 F. 3) Parisius, S. 77. 4] 10 7. 1866. 5] 6. 7. 1866. 6] 28. 7. 1866. 7] 28. 7. 1866 R. 8] Bismarck, Ges. Werke Bd. 10. S. 272 f. 9] 8.8. 1866. 10] 11. 8. 1866.

mit dem Abgeordnetenhaus nicht verständigen könnten, zu entlassen. Aber mit einer derartigen Erklärung des Monarchen war nicht zu rechnen. Das hinderte die R. jedoch nicht, trotzdem den preußischen Volksvertretern zu raten, die dargebotene Hand der Regierung nicht zurückzuweisen. Ihr kommt es vor allem auf die Beseitigung des inneren Konflikts an, denn es geht jetzt um Deutschlands Zukunft. Der nationale Gedanke läßt alle Bedenken zurücktreten. Daher ist sie auch zufrieden, wenn zunächst nur ein Teil ihrer Wünsche erfüllt wird. Gern und nicht widerwillig unterwirft sie sich jetzt dem preußischen Ministerpräsidenten. Von dem C. wird die Thronrede ebenfalls akzeptiert. Sein antibismarckischer Ton der letzten Wochen ist bereits sehr abgeschwächt. Geffcken nimmt zu der Thronrede keine Stellung, desgleichen die N. Den F. hat die Indemnitätsforderung der Regierung nur noch mehr gegen dieselbe aufgebracht. Die versöhnliche Sprache der Thronrede erkennt er durchaus an, aber das bloße Nachsuchen um Indemnität will ihm wenig bedeuten. [1] Auch die Anerkennung, daß der Staatshaushalt bisher der gesetzlichen Grundlage entbehrt habe, gibt ihm keine Garantie für einen Umschwung im Ministerium. Denn diese Anerkennung werde gleich wieder aufgehoben durch die anschließende Behauptung, daß das budgetlose Regiment das Resultat gewissenhafter Prüfung und darum eine „unabweisbare Notwendigkeit" gewesen sei. [2] Wenn nämlich die „gewissenhafte Prüfung" und „pflichtmäßige Überzeugung" des Königs und des Ministeriums das gesetzliche Recht suspendieren könne, so hört nach seiner Ansicht der Rechtszustand überhaupt auf. Hatte die R. den preußischen Abgeordneten dringend geraten, den von der Regierung beschrittenen Weg zur Versöhnung einzuschlagen, so hofft der F., daß es im preußischen Landtag noch Männer geben werde, welche der Regierung die Indemnität, ohne eine Garantie für die Zukunft zu erhalten, versagen würden. Der Kampf um das Budgetrecht müsse von neuem entbrennen. Die bald folgenden Adreßdebatten machten seine Hoffnungen zunichte, und bevor überhaupt die Indemnitätsvorlage zur Abstimmung gekommen war, kommt er schon zu der bitteren Erkenntnis, daß der Kampf gegen Bismarck engdültig verloren ist. Er wünscht nur noch, daß sich eine möglichst ansehnliche Minorität finden möge, die Grundsätze des konstitutionellen Rechts zu verteidigen.

Am 1. September wurde das Indemnitätsgesetz mit großer Mehrheit vom preußischen Abgeordnetenhaus angenommen und damit der langjährige innere Konflikt beendet. [3] R. und C. nehmen diese Nachricht freudig auf. Der C. sagt, [4] die Volksvertretung sei damit der Regierung einen großen Schritt entgegengekommen, und er fordert diese auf, das Entgegenkommen der Volksvertretung in vollem Umfang zu würdigen. Die R. [5] hat mit der Annahme der Indemnitätsvorlage die Tür der Vergangenheit geschlossen. Das führende Blatt des Hamburgischen Liberalismus hatte seinen Frieden mit Bismarck, gegen den sie Jahre hindurch in unerbitterlichem Kampf gestanden hatte, geschlossen. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr alles vergessen und Friede und Eintracht auf immer hergestellt sein möge. Die Heeresreform, [6] welche sie stets abfällig kritisiert hatte, wird jetzt in vollem Maße an-

1) 9. 8. 1866 2) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10 S. 272 f.
3) Bismarck, Ges. Werke Bd. 10 S. 278 f. 4) 6. 9. 1866 5) 5. 9. 1866. 6) 24. 8. 1866

erkannt.

Keine der Prophezeihungen, welche man dem preußischen Regierungssystem während der letzten Jahre gemacht hatte, war eingetroffen. Bismarck war nicht gestürzt worden. Siegreich hatte er alle Hindernisse überwunden. Man fühlte, daß der preußische Staatslenker doch mächtiger war als die Ideen des Liberalismus, durch welche man „mit moralischen Eroberungen" die Einigung Deutschlands herbeiführen wollte. Fast alle Blätter fügten sich nun bereitwillig seiner Macht. Er hatte ja mit der Indemnitätsvorlage gezeigt, daß es ihm ernst war, mit dem Volk in Frieden zu leben und seine Rechte anzuerkennen. Der Haß gegen den pommerschen Junker wurde vergessen. Man vergab ihm nun gern die Sünden. Correspondent, Nachrichten, Reform, Börsenhalle, sie alle sahen in ihm den großen Staatsmann, der nun auch die heißesten Wünsche des deutschen Volkes erfüllen werde: Die Schaffung eines einigen deutschen Vaterlandes! Der Freischütz jedoch wollte von einer Versöhnung nichts wissen. Er stand aber nicht ganz allein. In dem hanseatischen Gesandten Dr. Geffcken fand er einen Bundesgenossen.

Geffcken zog aus dem Sieg Bismarcks seine Konsequenz: Er trat von seinem Posten zurück. Von Anfang an war er ein Gegner Bismarcks gewesen. Schon vor dessen Berufung zum Ministerpräsidenten hatte er sich gegen ihn ausgesprochen. Geffcken war durchaus kein Anhänger der Fortschritspartei, aber ein überzeugter Liberaler. Er war ein glühender Verehrer des preußischen Kronprinzen, dessen liberale Gesinnung Bismarck des öfteren im Wege war. So konnte es ihm auch nicht verborgen bleiben, daß er selber dem „durchtriebenen Minister", wie er Bismarck einst nannte, unangenehm war. Die Siege auf dem böhmischen Schlachtfeld vermochten seine Abneigung gegen den preußischen Ministerpräsidenten nicht zu ändern — wenn er auch in späteren Jahren rückblickend Bismarck als den providentielen Mann für Deutschland erklärte. Schon Anfang 1866 [1] hatte er in vertraulichen Berichten angedeutet, daß er im Falle eines Sieges Bismarcks zurücktreten würde und dem Senat geraten, dann einen Vertreter zu ernennen, der Bismarck weniger zuwider sei als er. Geffcken war kein Preußenfeind. Seine oft antipreußisch klingende Sprache liegt in der Abneigung gegen das dort herrschende System der Gewalt begründet. Entrüstet wies er die Zumutung des Präsidenten der Handelskammer in Bremen Dr. Böhmert, er möge seinen Frieden mit der herrschenden Richtung machen, zurück. [2] Es war ihm unmöglich, seinen Frieden mit einem System zu schließen, welches er auf das Schärfste verurteilte. Geffcken war ein zu aufrechter Mann, als daß er es fertig gebracht hätte, seine Gesinnung zu verleugnen. Er konnte bei seiner entschieden liberalen Überzeugung nicht länger in seinem bisherigem Amt bleiben. Außerdem wünschten Lübeck und Bremen einen bismarckfreundlichen Gesandten. [3] Hinzu kommt, daß Geffcken fühlte, Bismarck wolle ihn fort haben. [4] Treu seiner Gesinnung schied er aus seinem Amt. Bismarck hatte schließlich auch über ihn gesiegt, zu beugen vermochte er ihn aber nicht.

Mochten Freischütz und Geffcken dem preußischen Ministerium weiterhin unversöhnlich gegenüberstehen. Die öffentliche

1) 19. 2. 1866 Vertr. Ber. an. Syndikus Merck. 10. 3. 1866 Vertr. Ber. an Syndikus Merck, 2) 9. 7. 1866 Vertrl. Ber. an Syndikus Merck. 3) 9. 7. 1866 Vertrl. Ber. an Syndikus Merck. 11. 3. 1866. V. B. 4) 19. 7. 1866. Vertrl. Ber. an Syndikus Merck.

Meinung jedoch sah in Bismarck den großen Staatsmann und vertrauensvoll legte man das deutsche Schicksal in seine Hand. „In der einen Hand das starke Schwert zur Abwehr gegen alle feindlichen Gelüste, in der anderen Hand die Magna Charta des deutschen Volkes — so muß Preußen einherschreiten, und sein Weg wird ein glück- und segensbringender sein". [1]

1) 5. 9. 1866. R.

Lebenslauf.

Ich, Karl Heinz Holst, wurde am 3. Mai 1909 als Sohn des Lebensmittelhändlers Karl Holst und seiner Frau Anna geb. Völter in Wismar geboren. Ich bin evangelisch-lutherischer Konfession und besitze die Mecklbg.-Schwerinsche Staatsangehörigkeit. Von Ostern 1915 besuchte ich die Knaben-Bürgerschule meiner Vaterstadt, um dann Ostern 1920 zur dortigen Oberrealschule überzugehen, welche ich Ostern 1928 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Von da ab studierte ich Geschichte, Germanistik und Deutsche Volkskunde und zwar in Rostock (S. S. 1928 bis S. S. 1929; S. S. 1930), Marburg (W. S. 1929/30) und Hamburg (W. S. 1930/31). Seit dem Sommersemester 1931 studiere ich wieder in Rostock.

Ganz besonderen Dank schulde ich Herrn Professor Dr. Schüßler, welcher mich auf diese Arbeit hinwies, für seine wertvolle Beratung und für die vielseitigen Anregungen in Vorlesungen und Seminar.

Auch möchte ich nicht unterlassen, dem Hamburgischen Staatsarchiv und der Hamburgischen Staatsbibliothek meinen Dank auszusprechen für das Entgegenkommen, vor allem dafür, daß ich die Akten und Zeitungen z. T. in Rostock durcharbeiten konnte.